

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando 1 Vierteljahr 3,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Versammlungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erkhelet täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 Beläuft für die sechsstelligen Anzeigen für jeden Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 12. Juni 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das Gegenstück zur Erhöhung der Zivilliste.

Nachdem in Preußen der Krone die Lohnerhöhung mit 3 1/2 Millionen bewilligt worden ist, kommt Reichschatzsekretär Bermuth mit neuen Ausführungsbestimmungen über die Zahlung der Unterstützung an Tabakarbeiter, die durch die Erhöhung der Tabaksteuer arbeitslos geworden sind. Es ist das direkte Eingeständnis, daß das Reich kein Geld für die Opfer der schwarz-blauen Steuerpolitik hat. Die vier Millionen des Unterstützungsfonds sind aufgebraucht. Ebenso ist es mit den noch nachträglich bewilligten 750 000 R. und obgleich selbst die bürgerlichen Parteien unter dem Druck der sozialdemokratischen Anklagen im Reichstag bei dieser Nachbewilligung erklärt haben, daß sie auch bereit seien, noch mehr Gelder für diese Zwecke zu bewilligen, so will doch der Reichschatzsekretär, der offenbar schon den Mißerfolg der sogenannten Reichsfinanzreform in vollem Umfang übersehen kann, Schluss machen mit jeder weiteren Zahlung an die Opfer der Steuerhosen unserer Besitzenden. Er getraut sich das freilich nicht direkt und ohne weiteres zu tun. Er will ein Uebergangsstadium schaffen, indem die Unterstützungen allmählich mehr und mehr verkleinert werden, bis sie sich schließlich gänzlich verflüchtigen. Dieser Zustand soll am 3. Dezember des Jahres erreicht werden. Zwar ist eine Klausel vorbehalten, wonach der Reichskanzler auch noch über den 3. Dezember hinaus Beihilfen gewähren kann, aber auch ihm wird als letzter äußerster Termin, über den hinaus er auf keinen Fall auch nur einen roten Heller mehr an die arbeitslosen Tabakarbeiter zahlen darf, der 1. April 1911 gesetzt. Und diese Ausnahmebestimmung soll auch nur für besondere Zwecke gelten. Es wird also im allgemeinen schon mit Beginn des 3. Dezember mit jeglicher Unterstützung vorbei sein. Die besonderen Fälle, darauf können wir uns bei unserer Bureaufkratie verlassen, werden außerordentlich dünn gefast sein.

Die Verfügung, durch welche dieser Entschluß angekündigt wird, ging am Freitag den beteiligten Organisationen der Tabakarbeiter zu und hat den folgenden Wortlaut:

Grundsätze für die Gewährung von Beihilfen an die Tabakarbeiter.

Nachdem der laut Art. 20 des Gesetzes vom 15. Juli 1909 wegen Änderung des Tabaksteuergesetzes ausgeworfene Betrag von 4 Millionen Mark und der durch den Etat für 1910 bewilligte Betrag von 750 000 R. aufgebraucht sind, gelten in Zukunft für die Zahlung von Beihilfen an Tabakarbeiter und Hausgewerbetreibende, die wegen Änderung des Tabaksteuergesetzes arbeitslos geworden sind, die folgenden Grundsätze:

I. Bis zum 15. Juli d. J. einschließlich werden Beihilfen in Höhe des bisherigen Unterstützungsbetrages gezahlt. Von dem genannten Zeitpunkt an erfolgt eine anderweitige Bemessung. Hierbei sind folgende Gruppen zu unterscheiden:

- a) Arbeiter, die einen eigenen Hausstand besitzen und hierin außer für ihren eigenen Unterhalt noch für den Unterhalt von mindestens drei nicht erwerbsfähigen Familienangehörigen (Eltern, Voreltern, Schwiegereltern, Abkömmlinge, Ehegatten, Geschwister) zu sorgen haben.
- b) Arbeiter, die einen eigenen Hausstand besitzen und hierin noch für den Unterhalt eines oder zweier Familienangehöriger (a) zu sorgen haben.
- c) Sonstige Arbeiter.

- II. Es werden gezahlt:
 1. für die Zeit vom 17. Juli bis 1. Oktober bei Gruppe Ia 2/3 des bisherigen Unterstützungsbetrages, 1/3 des bisherigen Unterstützungsbetrages und 1/3 des bisherigen Unterstützungsbetrages.
 2. für die Zeit vom 2. Oktober bis 3. Dezember d. J. bei Gruppe a 1/3 des bisherigen Unterstützungsbetrages, b 2/3 des bisherigen Unterstützungsbetrages.
 3. für die Gruppe c fällt die Gewährung von Beihilfen mit dem Ablauf des 1. Oktober d. J. weg.

III. Nach Ziffer 2 berechnete Beträge werden nicht gezahlt, wenn sie unter 1 R. für die Woche bleiben.

IV. Für die Zeit nach dem 3. Dezember d. J. werden Beihilfen nicht gezahlt.

V. Der Reichskanzler wird ermächtigt, in besonderen Fällen die Beihilfe über den 3. Dezember d. J., jedoch nicht über den 1. April 1911 hinaus weiter zu gewähren.

VI. Soweit sich nicht aus den vorstehenden Ziffern I—V etwas anderes ergibt, ist den Art. 20 des Gesetzes vom 15. Juli 1909 (Tabaksteuergesetz) erlassenen Ausführungsbestimmungen entsprechend zu verfahren. Als bisheriger Unterstützungsbetrag (Ziffer II) gilt der nach § 7 Abs. II. der Ausführungsbestimmungen sich berechnende Betrag (1/2 des Arbeitsverdienstes).

Das ist die nüchternste Ankündigung, daß den arbeitslosen Tabakarbeitern, die durch die Parteien des schwarz-blauen Blocks in Rot und Elend gestürzt worden sind, damit die Besitzenden aus ihrem Ueberfluß keine direkten Steuern zu zahlen brauchen, der Hungerriemen von Reichs wegen angezogen werden soll, bis schließlich das letzte Loch erreicht ist. Nur noch bis zum 15. Juli werden die Unterstützungen in der Höhe des bisherigen Betrages gezahlt, der, wie bekannt ist, ohnehin nur drei Viertel des früheren Arbeitsverdienstes beträgt. Dieser unzureichende Betrag wird dann für die Zeit vom 17. Juli bis 1. Oktober für die verschiedenen angeführten Kategorien der Arbeiter auf neun, sieben bzw. fünf Zehntel herabgemindert — nicht des früheren Arbeitsverdienstes, sondern der bisherigen Unterstützungsbeträge! Und vom 2. Oktober bis 3. Dezember wird die Unterstützungssumme wiederum um ein Zehntel vermindert. Für die Gruppe der alleinlebenden unverheirateten Arbeiter soll sie für diesen Zeit-

raum schon ganz fortfallen. Wie jammervoll die Unterstützungssätze in dieser Zeit sein werden, das kann man sich ungefähr vorstellen, wenn man weiß, daß nach amtlicher Angabe der Lohn größerer Teile der Tabakarbeiter nur 500 bis 600 R. im Jahre erreicht. Diese Summe auf drei Viertel gelürzt und dann um diverse Zehntel vermindert, wird Beträge ergeben, die nicht mehr den Namen Unterstützungen verdienen, die ein direkter Lohn auf den Begriff Unterstützung sind, die direkt Bettelgroschen darstellen werden. Es ist ja bezeichnend, daß in Ziffer III der Grundsätze sich die Bestimmung findet, daß nach Ziffer II berechnete Beträge nicht gezahlt werden, wenn sie unter 1 R. — geschrieben eine Mark — pro Woche bleiben. Es ist den Herren im Reichschatzamt und im Reichsamt des Innern also wohlbelannt, wie jämmerliche Beträge sich in vielen Fällen bei dieser Vermuthsagen Reduzierung ergeben werden.

So ist die Bestimmung das nackte Eingeständnis, daß für die armen Tabakarbeiter kein Geld mehr in den Reichskassen vorhanden ist, daß das Reich, d. h. die Regierung, die Vertretung der herrschenden Klassen, sich der Verpflichtung entledigen will, für die Opfer ihrer Selbstsucht, ihrer brutalen Klassenpolitik zu sorgen. Den armen Teufeln werden nicht einmal mehr die Bettelpennige gegönnt, mit denen sie ihr Elend mühsam weiterkriechen könnten. Während die Krone in Preußen unter Berufung auf Verteuerung aller Lebensbedürfnisse Millionen zugeschanzt bekommt, wird den hungernden Proletariern der Reichsädel verschlossen.

Es ist nämlich nicht etwa so, daß sich die Tabakindustrie von dem Schaden, den ihr die Parteien der Besitzenden versetzt haben — nicht bloß Konserve und Zentrum, sondern auch die übrigen bürgerlichen Parteien, die ja bereit waren, eine Tabaksteuererhöhung zu bewilligen —, auch nur einigermaßen erholt hätte. Im Gegenteil. Das Tabakgewerbe liegt noch sehr schwer darnieder. Der Rückgang des Verbrauchs, der infolge der Verteuerung des Tabaks eintreten mußte und den die Sozialdemokratie zutreffend vorausgesagt hat, dauert noch immer an und es ist noch gar nicht abzusehen, wann wieder einigermaßen normale Verhältnisse in der Tabakindustrie eintreten werden. Die Erwerbslosigkeit unter den Tabakarbeitern ist noch immer gewaltig, und daß diese Kernstufen der Armen, die ihren Beruf vielfach ergriffen haben, weil sie zu anderer Arbeit nicht kräftig genug waren, in anderen Gewerben nicht leicht unterkommen, vielfach gar nicht imstande sind, andere Arbeit zu leisten, das braucht für jeden, der die Verhältnisse mit einigermaßen lennt hier nicht weiter ausgeführt zu werden. Es ist das Elend unter den Tabakarbeitern infolgedessen immer noch sehr groß und es ist, wie die Stimmen aus den beteiligten Kreisen erkennen lassen, durchaus noch keine Aussicht vorhanden, daß es in Kürze auch nur etwas besser werde. Wenn also die Regierung die Unterstützungen verweigert, sie zunächst zu homöopathischen Dosen verdünnt, um sie schließlich ganz abzuschaffen, so ist es nicht eine Anpassung an eine allmähliche Besserung der Verhältnisse im Tabakgewerbe und der Tabakarbeiter, sondern es kommt praktisch hinaus auf eine Anleiung für zahlreiche Opfer der Steuerpolitik, sich im Hungern auszubilden.

Die Verfügung der Reichsregierung ist ein Dokument der Schande für unsere Herrschenden, für die gesamten bürgerlichen Parteien. Wie gering muß der Reichschatzsekretär den Ernst der Parteien bei ihren Versicherungen einschätzen, sie seien bereit, mehr Ausgaben für die Unterstützung arbeitsloser Tabakarbeiter zu bewilligen. Zweifellos würde er das Verfahren, das er jetzt einschlägt, nicht wagen, wenn er der Meinung wäre, daß er dabei nicht den wahren Absichten dieser Parteien entspräche. Und so erweisen sich diese ganzen Versicherungen als elendes Gaukelspiel, aufgeführt, um die aufs Pflaster geworfenen Proletariats zu täuschen. Oder werden wir in den nächsten Tagen einen Sturm der Entrüstung im bürgerlichen Wälderwald erleben? Wird insbesondere die Zentrums- und die Presse der Partei, die hier ganz erhebliche Verpflichtungen hat, die Regierung auffordern, diese Hungerverfügung zurückzunehmen, die Verpflichtung zur Unterstützung der Opfer der Steuerplünderung weiter anzuerkennen? Wir fürchten, daß es nicht der Fall sein wird, wir fürchten, daß das Zentrum sich mit einigen bedauernden Redensarten aus der Sackgasse zu ziehen versuchen wird. Aber mit wohlfeilen Worten ist hier nichts getan. Das Zentrum ist vor der Verabschiedung des Tabaksteuergesetzes von der Sozialdemokratie scharf genug darauf hingewiesen worden, daß es durch die Begrenzung der Unterstützungssumme die Interessen der Arbeiter verrate. Es ist ihm von unseren Rednern vorhergesagt worden, daß diese Summe nicht entfernt zu reichen werde, und daß das Zentrum sich dann hinterher hinter die billige Ausrede zu verstecken suchen werde, daß es zwar den besten Willen habe, den Tabakarbeitern zu helfen, daß es aber leider nicht imstande sei, gegen den Widerstand der Regierung und größerer Parteien eine neue Auffüllung des Unterstützungsfonds durchzusetzen. Wenn das Zentrum jetzt seinen guten Willen beteuert, aber seinen Einfluß in den Regierungskreisen nicht ausnutzt, die Regierung wirklich zu weiteren Unterstützungen der Tabakarbeiter zu zwingen, so wird jeder denkende und urteilsfähige Mensch wissen, was er davon zu halten hat. Dann wird das Verbrechen des Zentrums an den Tabakproletariern, das mit der Bewilligung der Steuererhöhung begann, vollendet sein.

Die Verfügung, die dem Unterstützungswert für die Tabakarbeiter die Gurgel zudrückt, läßt überdies die Frage auftauchen, was nun aus der Unterstützung für die arbeitslosen Hand- und Hülfsarbeiter werden wird, die der Reichstag auf eine Petition der durch die Steuer ins Elend gestohlenen Proletariats dieser Industrie der Regierung kurz vor seinem Auseinandergehen empfohlen hat. Die Arbeitslosigkeit in diesem Gewerbe ist nicht geringer als in der Tabakindustrie. Die Not der betroffenen Arbeiter schreit zum Himmel und das Elend ist nicht minder groß als das der arbeitslosen Tabakarbeiter. Auch hier sind es gemein-

schwächliche, zum Teil verkrüppelte Proletariats, die betroffen sind, und die in anderen Berufen kaum unterkommen können. Wenn die Regierung schon den Tabakarbeitern die Unterstützungsgelder schmälert und in einigen Monaten ihnen ganz entziehen will, was wird dann aus der Unterstützung der armen Hand- und Hülfsarbeiter werden? Die Aussichten für sie sind außerordentlich trübe. Der Staat der Reichen hat kein Geld für die Habsicht, denen er die Arbeitsgelegenheit genommen hat und die Lebensbedürfnisse verteuert, damit die Junker ihre Steuerentziehungen ungehindert forsetzen können, damit die Besitzenden von ihrem Ueberfluß nicht einen kleinen Teil in Form direkter Steuern an den Reichsädel abzuführen brauchen.

In der Steuerpolitik ist die krause Selbstsucht der Besitzenden in schärfster Form zutage getreten, und ihr Bestreben, die Staatslasten auf die große Masse der Arbeitenden abzuwälzen, ist eine der aufreizendsten Erscheinungen, die das politische Leben je gesehen hat. Aber noch aufreizender, weil noch um vieles schädlicher, ist es, wenn diese im Ueberfluß Schwelgenden nicht einmal das bisherige soziale Pflichtgefühl, nicht einmal das bisherige äußere Ansehen besitzen, diejenigen unter ihren Opfern, die am härtesten getroffen sind, eine ach so niedrige Unterstützung auch nur für ein paar Jahre zu zahlen!

Und keinen besseren Zeitpunkt konnten sie sich aussuchen, diese Tatsache der Welt mitzuteilen, als den, da dem Träger der preussischen Krone eine jährliche Aufbesserung seiner Bezüge um 3 1/2 Millionen zuteil geworden ist. Fürwahr, sie treiben es toll! Ob den Herren nicht soviel Einsicht geblieben ist, um das ungeheuerlich Aufreizende zu erkennen, das in der Gegenüberstellung dieser beiden bezeichnenden Tatsachen liegt? Es scheint so!

Um so dringlicher erwächst der Sozialdemokratie die Pflicht, ihnen diese Einsicht beizubringen. Sie wird alles daran zu setzen haben, daß den unglücklichen Tabakarbeitern die schmale Unterstützung, die sie bisher erhielten, nicht entzogen wird, und daß den arbeitslosen Hand- und Hülfsarbeitern daselbe zuteil wird. Und sie kann dafür nicht besser wirken, als indem sie die beiden Taten der Regierenden, die Hungerverfügung für die arbeitslosen Tabakarbeiter und die Erhöhung der Zivilliste, den Massen in scharfer Beleuchtung vorführt. Das Schicksal der unglücklichen Tabakarbeiter, der brutale Verrat, der an ihnen von allen bürgerlichen Parteien verübt worden ist, muß Hunderttausenden die Augen über das Wesen des kapitalistischen Staates öffnen, muß Hunderttausende den Scharen der kämpfenden Proletariats zuführen. Die Arbeiterklasse wäre es wert, wie ein Hundstot behandelt zu werden, wenn diese Ungeheuerlichkeiten sie kalt lassen würde.

Ein Gutes soll die Verfügung des Herrn Bermuth auf alle Fälle haben — sie soll beitragen zur Sammlung der Arbeiterschaft in einem Lager — unter der Fahne des Klassenbewußtseins!

Die Nachwahl in Friedberg-Büdingen.

Aus dem Wahlkreis wird uns geschrieben:

Ein gar heißer Kampf ist um das freigewordene Mandat des nationalliberalen Landwirtschafters Grafen Oriola entbrannt. Ein Kandidat, der so gut wie der verstorbene Oriola sowohl den Nationalliberalen wie den agrarischen Bündler zu spielen vermag, fand sich trotz allem Mühen nicht. Den Bündlern schien ein Augenblick dazu der famose Reichsverbandsdirektor Dr. Becker recht geeignet, und dieser, der für sein Leben gern wieder ein Reichstagsmandat hätte (1903 hatte er mal den Offenbacher Wahlkreis „erobert“), war sehr geneigt, die demütigenden Bedingungen des Bundes der Landwirtschaft anzunehmen, den Nationalliberalen aber war das doch etwas zu starker Tabak und sie winkten Herrn Becker recht entschieden ab. Jede der beiden großen bürgerlichen Parteien ging nun allein auf die Suche nach geeigneten Kandidaten. Die Bündler fanden den ihrigen bald in einem ihrer im Kreis anfassigen Führer, den Rechtsanwalt v. Helmolt von Friedberg, während die Nationalliberalen einen Strahburger Gelehrten, den Professor van Caller ausstellten, einen platten Redner, der jedoch mit der meist aus kleinen Bürgern und Bauern bestehenden bürgerlichen Wählermasse keinerlei Berührungspunkte hat. Beide Parteien suchten und fanden Bundesgenossen, die Bündler in den Antifemiten und dem Zentrum, die Nationalliberalen in den Freisinnigen des Kreises. Die Sozialdemokraten haben in ihrem bisherigen Kandidaten, dem Parteisekretär D u c h o l d - Friedberg, auch diesmal wieder einen bewährten Vertreter unserer Grundsätze aufgestellt.

Der Wahlkampf wird in diesen Tagen von allen drei Parteien mit größter Anstrengung und allen verfügbaren Kräften geführt. Wo nur irgend ein Lokal zu haben ist, da finden Versammlungen statt, auch in den weltabgelegensten Dörfern des idyllischen Vogelsbergs, und wo keine Versammlungslokale zu haben sind, da tagt man unter freiem Himmel. Den Bündlern steht die auch in Friedberg-Büdingen sehr gut funktionierende Organisation des Bundes der Landwirte trefflich zur Seite. Die drei Parteien ziehen mit einer Schaar bündlerischer Wanderredner von Dorf zu Dorf. Auch der mittelfränkische „Bund der Handwerker“ arbeitet für die bündlerische Kandidatur, und ebensowenig lassen es die Zentrumsgeistlichen an Mitarbeit für den protestantischen Justizrat v. Helmolt fehlen.

Für die Nationalliberalen arbeiten die Agitatoren des Sanabundes und die des Deutschen Bauernbundes in trautem Verein. Auch die heffischen Linksliberalen sind nicht müde, gilt es doch eine erste Probe auf das Zusammengehen des Gesamtliberalismus bei heffischen Wahlen zu machen, die

Abtrennung der National Liberalen von dem in Gessen mit diesen innig vereinten Zentrum herbeizuführen. Auch eine ganze Anzahl national liberaler Parlamentarier beteiligen sich an der mündlichen Agitation.

Wenn in der ersten Zeit des Wahlkampfes der Ton zwischen den bürgerlichen Gegnern noch recht erträglich war — muß bei der sicher zu erwartenden Stichwahl mit den Sozialdemokraten doch jeder auf die brüderliche Hilfe des andern rechnen — so hat man jetzt längst jede Rücksicht dieser Art aufgegeben. Es gilt jetzt für jede der beiden ziemlich gleich starken Parteien nur, zunächst überhaupt erst in die Stichwahl mit dem Sozialdemokraten zu kommen, dem feindlichen bürgerlichen Bruder also um jeden Preis einen wenn auch noch so kleinen Vorsprung abzugewinnen. In Flugblättern, Broschüren, Zeitungsartikeln wie in zahllosen Versammlungen machen National Liberalen und Bündler sich daher in der größtmöglichen, geradezu sich mühsamsten Weise herunter, die gegenseitigen Sprengungen von Versammlungen, selbst Faustlämpfe zwischen den erbitterten Gegnern sind sehr häufig, und besonders hoch gehen die Wogen der Leidenschaft, wenn Landbändler und Bauerbündler in den Versammlungen zusammentreffen. Wiederholt ist in Versammlungen wie in der bürgerlichen Presse des Wahlkreises ausdrücklich betont worden, daß es in den sozialdemokratischen Wählerversammlungen viel anständiger zugehe als in den bürgerlichen.

Um die im Wahlkreise recht zahlreichen kleinen Handwerker einzufangen, versprechen National Liberalen wie Bündler das Blaue vom Himmel. Der Junker Kandidat v. Helmolt ist natürlich auf das Programm der Agrarier, auf möglichst hohe Lebensmittelpreise ebenso wie auf Ablehnung aller die „deutsche Familie zerstörenden“ Besteuerungen, Erbschaftsteuer usw. verpflichtet. Aber diese Kleinigkeit hinderte ihn nicht, dem Bund der Handwerker schriftlich das gerade Gegenteil zu versprechen. Diese hatten verlangt

„Bei Einführung neuer Steuern die Zustimmung zu Verbrauchssteuern zu versagen und nur die Besteuerung des Besitzes zu verlangen.“ „Sollte die Erbschaftsteuer wiederum beantragt werden, so ist neben dieser auch zugleich eine erhöhte Besteuerung des mobilen Kapitals, wie Wertpapiersteuer usw. zu fordern.“ Flug setzte Herr v. Helmolt unter diese Forderungen der Handwerker die schriftliche Versicherung:

„Vorliegende Forderungen des „Bundes der Handwerker“ habe ich gelesen und verpflichte mich, für dieselben im Falle meiner Wahl zum Reichstag jederzeit und nach jeder Richtung hin einzutreten.“

Als dann dies Stückchen junkerlicher Demagogie selbst den Freunden der Kandidatur Helmolt ein wenig zu stark erschien, ließ der nicht verlegene Herr v. Helmolt folgende öffentliche Erklärung los:

„Ich erkläre, daß ich nach wie vor Gegner der Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten bin. Ich halte mich durch die von mir dem Bund der Handwerker gegenüber abgegebene Erklärung verpflichtet, im Falle der Annahme der Erbschaftsteuer zugleich eine erhöhte Besteuerung des mobilen Kapitals, wie Wertpapiersteuer usw. zu fordern. Diesen Standpunkt würde ich im Falle meiner Wahl mit Entschiedenheit vertreten.“

Was der biedere Handwerkerbund zu dieser offenbaren Verhöhnung seiner Forderungen sagte, ist nicht bekannt geworden. Wahrscheinlich wählen diese „Bündler“ den bündlerischen Fuchs trotz alledem.

Somit allerdings ist die Stimmung der Wählermassen weder dem bündlerischen Kandidaten, noch dem national liberalen Universitätsprofessor sonderlich günstig. Die Versammlungen beider sind meist schwach besucht, dagegen sind die sozialdemokratischen Versammlungen überall voll, nicht nur von Arbeitern, sondern auch von Kleinbauern. Und solcher Versammlungen finden bei dieser Wahl sehr viele, viel mehr wie je vorher in diesem Wahlkreise, statt, bis in die allerentlegensten Winkel kommt diesmal die Sozialdemokratie und überall findet sie freundliche, oft geradezu begeisterte Aufnahme. Alle rednerisch befähigten Strafe von Frankfurt, Offenbach, Mainz usw. eilten den Friedberger Genossen zur Hilfe, am kommenden letzten Sonntag vor der Wahl finden im Wahlkreise noch weit über fünfzig sozialdemokratische Wählerversammlungen statt, die Flugblattverbreitung geht besonders infolge der Mitarbeit der zahlreichen im Wahlkreise wohnhaften, jetzt aber ausgesperrten Bauarbeiter trefflich voran. Und wenn nicht alles täuscht, dann wird der Wahltag Dienstag, den 14. Juni, der Sozialdemokratie im Friedberg-Widinger Wahlkreise einen Wählerfolg bringen, der sich den bisherigen Nachwählerfolgen unserer Partei durchaus würdig anschließt.

Albert Traeger!

Am heutigen Tage feiert der Reichstagsabgeordnete Albert Traeger seinen achtzigsten Geburtstag, eine Feier, die nicht vielen Sterblichen zu teil wird und die nur wenige mit der körperlichen Mäßigkeit und der geistigen Frische begehen, die den Achtzigjährigen auszeichnen, dessen ehrenhaftes, freundliches und humorvolles Wesen ihn auch dem politischen Gegner zum Freunde macht.

Traeger ist am 12. Juni 1830 zu Augsburg geboren, aber seiner eigentlichen Abkunft nach ist er ein Sohn des gemüthlichen, fangesprohen Thüringen. Demgemäß besuchte er auch das Gymnasium zu Halle und zum Studium der Rechtswissenschaften die Universitäten Leipzig und Halle. 1861 ließ er sich als Rechtsanwalt in Kölsda nieder, 1875 siedelte er nach Nordhausen über und 1891 nach Berlin.

Noch bevor er in die praktische Politik eintrat, wurde er in den sechziger Jahren durch Gedichte bekannt, die namentlich in der „Gartenlaube“ veröffentlicht wurden; in diesen trat er für eine Einigung Gesamtdeutschlands ein und unterstützte die Kämpfe und Bestrebungen der damaligen Fortschrittspartei. Durch mein Buch „Aus meinem Leben“ ist weiteren Kreisen bekannt geworden, daß unsere persönliche Bekanntschaft aus dem Januar 1869 datiert, woselbst er mich in meiner Leipziger Wohnung besuchte, als eben meine Tochter geboren wurde.

Von 1874 ab, in welchem Jahre Traeger zum Reichstagsabgeordneten für Neuh. J. gewählt worden war, wurden wir Kollegen im Reichstage. Von 1878—80 blieb er dem Reichstage fern. In diesem Jahre wurde er bei einer Nachwahl Vertreter von Berlin V und 1881 von Berlin IV. In diesem Wahlkampf, der in der Hochflut des Sozialistengesetzes ausging, standen wir beide uns als Gegenkandidaten gegenüber. In der engeren Wahl, die eintreten mußte,

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Juni 1910.

Wohnungsgeldzuschuß und Junkerparlament.

Mit Hängen und Würgen ist am Sonnabend zwischen Abgeordnetenhaus und Regierung ein Kompromiß über den Wohnungsgeldzuschuß erzielt worden. Die Regierung erklärte den Kommissionsbeschlusse, wonach in den deslozieren Orten eine Gebührenerhöhung nicht als Ausgleich für die Verminderung der Bezüge an Wohnungsgeldzuschuß gelten soll und wonach die Frist für diese Bestimmung längstens am 1. April 1918 ablaufen soll, für unannehmbar. Trotzdem blieb die Mehrheit des Hauses wenigstens in der zweiten Lesung auf ihrem Standpunkte stehen. Herr v. Rheinbaben hatte scheinbar eine Niederlage erlitten, aber nur scheinbar. Die Kommissionsmitglieder vom Zentrum und von der Rechten waren sich schon bei ihrer Abstimmung klar, daß sie noch am demselben Tage umfallen würden, und tatsächlich war denn auch schon ein von ihnen gestellter Antrag zur dritten Lesung in Vorbereitung, der wenige Minuten später verteidigt und mit großer Mehrheit angenommen wurde. Dieser Antrag stellt die Regierungsvorlage wieder her. Das Randver soll dazu dienen, unter den Beamten den Anschein zu erwecken, als ob der schwarz-blaue Block sich ihrer annimmt, während er in Wahrheit ihre Interessen mit Füßen tritt.

Für die Sozialdemokraten hatte Strödel in der Generaldebatte das Wort ergriffen. Der seine Ausführungen ließ, der wird sich davon überzeugen, daß es wie stets, so auch jetzt wieder die Sozialdemokraten gewesen sind, die für die Beamten, insbesondere für die Unterbeamten eintreten. Unbekümmert um lokale Rücksichten, die für so viele bürgerliche Abgeordnete maßgebend sind, hob Strödel die großen allgemeinen Gesichtspunkte hervor, die die Aufbesserung der Beamtengehälter zur unbedingten Notwendigkeit machen. Daß er bei dieser Gelegenheit auch mit dem preussischen Finanzminister abrechnete und ihm seine grenzenlose Unkenntnis auf sozialpolitischem Gebiete nachwies, verdient besonders hervorgehoben zu werden. Herr v. Rheinbaben, der jetzt in der Erwartung, demnächst auf den Reichsfinanzposten berufen zu werden, ganz besonders in Sozialistenhebe macht, zog sich eine neue Blamage zu.

In der Gesamtabstimmung stimmten die Sozialdemokraten und das Gros der Freisinnigen gegen das Gesetz, da sie keine Veranlassung haben, den schwarz-blauen Kommissions Helfersdienste zu leisten.

Zum Schluß erledigte das Haus noch einige kleinere Vorlagen.

Die bürgerliche Presse zur Nachwahl in Pommern.

Järlische Sorge um die Konserativen berrät sich in der kurzen Wahlbetrachtung der „Germania“. Sie tut alles, um dem Fortschritt recht derbe die Pflicht einzupauken, die Junker herauszuhauen. Natürlich fehlt auch die „Nordd. Allg. Ztg.“ nicht in diesem Reigen. Sie erklärt, „das kräftige und einhellige Bestreben aller bürgerlichen Elemente“ müsse sein, den Wahlkreis vor einer sozialdemokratischen Vertretung zu bewahren.

Ganz anderer Ansicht ist die fortschrittliche „Dresdener Morgenzeitung“, die also schreibt:

„Die Zahlen geben zu denken. Hätte der fortschrittliche Bewerber sich auch nur die frühere Ziffer von 6888 Stimmen zu erhalten vermocht, so wäre er in der Stichwahl. Er hat sie sich nicht zu erhalten vermocht, weil die able Taktik in Sachen der Wählerhöhung wie ein Peltschies in die Wählerenschaft fiel. Diese Abstimmung hat die helle Empörung aller Unerschrockenen und Aufrechten erregt. Sie kam der Sozialdemokratie prächtig zugute. Hätte man schon von vornherein Sorge, ob es gelingen werde, mit dem Fortschrittler auch diesmal den zweiten Platz zu belegen, nach der Zivilistenwahl hätte Justizrat Herendorfer resigniert einpacken können.“

Natürlich bedauern wir die Preislosigkeit des Großen, der aus solchem Verhalten spricht, aber als Stimmungssymbol ist die Zuschrift bemerkenswert. Lausende denken so und sagen es nicht, stimmen aber danach. Wie ungenau orientiert muß eine Parteileitung sein, die von derartiger Stimmung nichts erfährt, oder sie unterschätzt! Man, in Ufedom-Wolin hat die falsche Taktik eine scharfe Quittung bekommen. Wie beklagen es um der Partei willen, aber wenn die Quittung endlich informativ wirkt, mag sie hingenommen werden. Jedenfalls haben wir den Wunsch, daß das Mandat nicht mehr an die Reaktion zurückfalle und daß eine genügende Anzahl fortschrittlicher Stimmen gegen v. Wochendorff-Röhlen und für Kunze abgegeben werde. Wer sich zur Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels absolut nicht entschließen kann, sollte bei der Stichwahl mindestens fortleben. Die blaue schwarze Koalition ist der in der Gegenwart gefährlichste Feind.“

Ebenso urteilt die „Frankfurter Zeitung“:

Dies ist die Parole gegeben. Es gilt, der gegen die Reaktion gerichteten Stimmung Ausdruck zu geben, und darum muß unter allen Umständen verhindert werden, daß die Konserativen den ihnen das vorige Mal entrissenen Wahlkreis wieder erobern. Wo,

siegte scheinbar Traeger, tatsächlich hatte ich gesiegt. Man war bei der Auszählung meiner Stimmen so rigoros vorgegangen, daß meine Mehrheit in eine Minderheit von 51 Stimmen verwandelt wurde. Als es dann infolge eines Protestes gegen die Wahl in der Wahlprüfungscommission zur Entscheidung kommen sollte, waren die Wahlakten verschwunden, eine Abstimmung war nicht mehr möglich. So blieb Traeger Vertreter des vierten Berliner Wahlkreises, eine Würde, die, wie ich weiß, durch die eigentümliche Art, wie er sie erhielt, ihm keine besondere Freude bereite. 1884 wurde er für Grünberg-Freibstadt in den Reichstag gewählt und ist seit 1887 Vertreter für Oldenburg. Dem preussischen Landtage gehört er mit Unterbrechungen seit dem Jahre 1879 an.

Traeger stand alle Zeit auf dem linken Flügel der Fortschrittspartei und hat diesen Standpunkt unentwegt festgehalten, mochten auch noch so viele seiner alten Freunde eine Schwänkung nach rechts machen. Einer politisch unfairen Handlung vermag ihn niemand zu zeihen. Ausgestattet mit einer guten Portion Wit und Humor, Eigenschaften, die ihn auch in den heftigsten politischen Kämpfen nicht verließen, nimmt er insofern im Parlament eine einzigartige Stellung ein, als auch seine politischen Gegner ihm persönlich freundlich gesinnt sind. Ich glaube, er hat keinen persönlichen Feind. Die Art, wie er es versteht, sich selbst mit einer ihm persönlich unangenehmen Handlungsweise seiner politischen Freunde abzufinden, zeigte sein Urteil über den Willow-Block, von dessen Unhaltbarkeit keiner mehr als er überzeugt war. Er nannte bekanntlich das Blockdännris zwischen Liberalen und Konservativen eine Paarung zwischen Kaninchen und Karpyen. Aber auf einen Konflikt mit seinen Freunden ließ er es nicht ankommen, das Gefühl der Kameradschaftlichkeit siegte. Schließlich sagte er sich wohl auch: warten wir's ab, und der Gang der Entwicklung bestätigte die Richtigkeit seines Urteils.

Wie fest, ein konservativer Junker dem Sozialdemokraten gegenübersteht, da ist es für alle linksstehenden Wähler einfache politische Pflicht, ihre Stimme gegen den konservativen Reaktionär abzugeben.

Ob diese kräftigen und treffenden Worte die fortschrittliche Parteileitung zu liberalen Handlungen bringen werden?

Der Wechsel in den Kolonialämtern.

Herr v. Bindequist hat heute sein Amt als Nachfolger Dernburgs angetreten. Zum Unterstaatssekretär im Reichskolonialamt wurde der bisherige Direktor Dr. Conze ernannt; für den Direktionsposten kommen die Geheimräte Dr. Schnee und Dr. Gleim in Betracht. Gouverneur v. Schumann nimmt seinen Abschied; Gouverneur Dr. Selz von Kamerun soll nach Südwestafrika kommen, während Geheimrat Dr. Gleim Gouverneur in Annam werden dürfte. Wer nach Togo kommt, ist noch ganz unbestimmt.

Schöne Ausichten.

Im Reichschatzamt fand am Freitag mittag eine Konferenz statt, an der neben dem Reichschatzsekretär Bernuth und dem Unterstaatssekretär noch mehrere Räte, sowie zahlreiche Abgeordnete aus allen Parteien teilnahmen. Es handelte sich um die Beschaffung von Mitteln zur Erweiterung der Veteranenfürsorge. Nach mehrstündiger Beratung wurde die Konferenz vertagt. Eine weitere Sitzung soll im Laufe der nächsten Woche stattfinden.

Wie der „Neue Vol. Tagesdienst“ meldet, rechnet man in Regierungskreisen damit, daß die Wertzuwachssteuer, die in erster Lesung recht erhebliche Abschwächungen erfahren hat, nach ihrer Verabschiedung höchstens 6—7 Millionen Mark einbringen wird. Es käme also nur soviel heraus, um den Veteranen, die das 65. Lebensjahr überschritten und nicht mehr als 500—600 Mark Jahreseinkommen haben, eine kleine Beihilfe zu gewähren. Da aber die Wünsche des Reichstages weiter gehen, so reichen die Mittel nicht aus. Deshalb soll doch noch in erster Linie die Einführung einer Verbrauchssteuer durchgeführt werden.

Sobald also auch nur eine neue verhältnismäßig kleine Ausgabe kommt, langten die durch blaueschwarze Reichsfinanzreform angeblich sanierten Reichsfinanzen schon wieder nicht. Man kann sich danach vorstellen, was an neuen Steuern erst nötig sein wird, wenn die von der „Norddeutschen Allgemeinen Ztg.“ angekündigte Seereservermehrung sich vorstellt. Denn dabei kommen ganz andere Summen in Betracht, als für die Unterstüzung der Veteranen!

König Landrat.

Der „Vorwärts“ brachte in seiner Freitagnummer den Bericht über eine Verleumdungsklage gegen Genossen Zielowski von der „Frankfurter Volksstimme“, in der die diktatorische Amtsführung des Landrats Dr. Schröder (Kreis Wittgenstein) an den Pranger geschlagen wurde. Am Freitag wurde das Urteil gefällt: Der Angeklagte Zielowski wurde wegen Verleumdung in einem Falle zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Redakteur des national liberalen „Eigener Volksblatt“ erhielt wegen Verleumdung in zwei Fällen 200 Mark Strafe. Der Bauunternehmer Kompel und der Gastwirt Achenbach, die die „Volksstimme“ im Kreise verbreiten, wurden zu je 50 Mark verurteilt. Das Gericht hat als festgestellt erachtet, daß die Behauptungen der „Volksstimme“ und des „Eigener Volksblatt“ im wesentlichen der Wahrheit entsprechen, namentlich wurde festgestellt, daß Landrat Dr. Schröder sich wiederholt Uebertretungen seiner Amtsbefugnisse hat zuschulden kommen lassen, daß er wiederholt in dienstlichen Angelegenheiten die Unwahrheit gesagt hat, und daß er seine Beamten in der schroffsten Weise behandelt.

Sonderbarer Weise gelangte aber das Gericht trotz dieser den Landrat kennzeichnenden Feststellungen zur Verurteilung. Auf den Prozeß werden wir noch zurückkommen.

Die Geld in deinen Beutel!

Der Treptower Wahlrechtsprozeß wird demnächst noch ein weiteres Nachspiel erfahren. Die bei dem Prozeßgange von einem Genossen übergriffene Frau Schube hat bekanntlich gegen die Gemeinde Treptow Schadenerschaftsprüche erhoben. Der Gemeindevorstand von Treptow hat sich mit dieser Angelegenheit bereits beschäftigt und beschlossen, den Ansprüchen nicht stattzugeben, sondern es auf eine gerichtliche Entscheidung ankommen zu lassen. Auch will die Gemeinde gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“, Genossen Barth, Nagbar werden; sie leitet aus der Aufforderung zum Wahlrechtsprozeß Regrehanprüche her

Ein neuer Reinfall der Bresdener Polizei.

Der große Wahlrechtsprozeß der Bresdener Genossen nach dem Subpart am 10. April, veranlaßt durch den Um-

Traeger ist keine eigentliche Kämpfer- oder Führernatur. Er hat nie den Ehrgeiz besessen, eine solche Rolle zu spielen. Doch gebot ihm der Sinn für Disziplin, sich der Mehrheit seiner Freunde zu fügen, auch wo er nicht mit ihnen einverstanden war. Nur in der letzten Session sah man ihn einige Male bei Abstimmungen seiner Freunde, die er nicht verstehen konnte, mit der Sozialdemokratie stimmen, womit natürlich keine Annäherung an uns ausgedrückt war.

Eine Eigenschaft, die ihm dies in sein hohes Alter verblies, ist seine Neigung und Verehrung für das Gwigweibliche. Hier ist die Seite, wo er sterblich ist. Bei allen festlichen Zusammenkünften, denen er in seinem langen Leben wohl unzähligen beizuwohnte, fiel der Toast auf die Frauen stets Albert Traeger zu, eine Aufgabe, der er sich stets zu allseitiger Zufriedenheit unterzog. Liebt er die Frauen, so lieben die Frauen ihn, er ist eben ein angenehmer Schwärmer. Bezeichnend für das eigentliche Wesen Traegers ist, daß die einzige größere literarische Produktion, die er veröffentlichte, ein Band Gedichte ist, der kürzlich die 18. Auflage erlebte.

Ist Albert Traeger kein Kämpfer im Streit, so ist er doch allezeit für seine Gesinnungsgenossen ein guter Kamerad, auf den sie in jeder Stunde sicher rechnen können.

Und wir Sozialdemokraten ehren in ihm einen Gegner, der in all den Kämpfen, die wir seit Jahrzehnten nicht zuseht auch gegen seine Partei führen, stets sich als Gentleman benahm, dem nie ein beleidigendes Wort oder eine ungerechtfertigte Anklage über die Lippen kam.

Wir wünschen dem lebensfrohen Alten noch viele Jahre die bisher bewährte körperliche und geistige Frische, gestärkt durch das Bewußtsein, allezeit nach besten Kräften für die Verwirklichung freier, menschlicherer Zustände im junkerlichen Preußen und im Reich gekämpft zu haben. Kämpfe er frohlich weiter!

A. Bebel.

Soll das Verbot von Jagow in Berlin, hatte am Mittwoch ein Nachspiel vor dem Schöffengericht. Die Polizei und mit ihr die Staatsanwaltschaft erklärten in den Genossen Keulrich und Albert die Verantwortlichkeit des Spaziergangs, und in diesem selbst eine „polizeilich nicht genehmigte Versammlung unter freiem Himmel“. Hauptzeuge war der Chef der politischen Polizei, der aber nichts weiter aussagen konnte, als daß Keulrich „neben Albert gestanden“ und daß Albert — fälschlicherweise Verbrechen! — vor den 6000 Versammelten ein Hoch auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ausgebracht habe, in welches die 6000 eingestimmt. Daraus hätten die Arbeiterfänger ein paar Lieber gesungen und Albert hätte die „Versammlung“ ermahnt, ruhig und in losen Gruppen nach Hause zu gehen. Alles Dinge, die die Anklagen gar nicht bestritten. Ja, beide gaben sogar offen zu, daß der Spaziergang, wie die Polizei tiefgründig vermutete, vorher verabredet war.

Zwei andere Kriminalpolizisten hatten gar nur gehört, wie Keulrich zu einigen Leuten gesagt hatte: „Seht euch doch!“ Daraus hatte die Staatsanwaltschaft eine „Versammlung unter freiem Himmel“ gemacht! Die Angeklagten ließen mit größter Würflichkeit das schwere Geschick der polizeilichen Aussagen gegen sich auf sich nehmen und gingen der polizeilichen Manier, den Gerichten überfällige Arbeit aufzubürden, ewig sich zu Weibe. Der Staatsanwalt beantragte für jeden der beiden Sänder 40 M. Geldstrafe. Das Gericht aber sprach beide Angeklagte kostenlos frei.

Unberechtigtes Verbot einer Versammlung unter freiem Himmel.

Zur Zeit der Erjagwahl im Reichstagswahlkreis Koblenz-St. Goar hatte der Genosse Hausmann eine öffentliche Wählerversammlung unter freiem Himmel im Bienenort bei Pfaffenort abhalten wollen. Der Polizeiverwalter in Ehrenbreitstein verweigerte aber die erforderliche Genehmigung mit der Behauptung, daß eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bestehe. Dafür herhalten mußte die Erbitterung, die, wie die Polizei sagte, „infolge der Annahme der neuen Steuergesetze unzweifelhaft weite Volkskreise ergriffen habe“. Dazu komme, daß in dem Wahlkreis die Anhänger der Zentrumspartei weit überwiegen, also einer Partei, die mit der Verantwortung für die Annahme der Steuergesetze trage. Landrat und Regierungspräsident, bei denen durch Hausmann vergeblich Beschwerden geführt wurde, machten sich die Gründe zu eigen und meinten, bei den scharfen Gegenständen der hier in Betracht kommenden Parteien müsse sehr wohl mit Rücksicht auf den Umstand, daß die zur Verprechung gelangenden Gegenstände zu einer Erhöhung der Gemüter führen könnten, befürchtet werden, daß es in der Versammlung zum Ausbruch von Streitigkeiten zwischen den Versammelten oder zwischen ihnen und den überwachenden Beamten kommen könnte.

Hausmann klagte durch Rechtsanwalt Wolfgang Heine beim Obergerverwaltungsgericht, vor dem er durch Rechtsanwalt Dr. Behrend vertreten wurde. Das Obergerverwaltungsgericht gab am Dienstag der Klage statt und erklärte unter Aufhebung der Verwaltungsbeschwerden das Versammlungsverbot für unberechtigt. Das Gericht geht davon aus, daß die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit im Sinne des Reichsbereinsgesetzes nur angenommen werden könne, wenn konkrete Tatsachen vorlägen, aus denen nach vernünftigem Ermessen eine nahe Möglichkeit der Verwirklichung der Gefahr sich ergebe. Das sei aber hier zu verneinen. Es fehle am tatsächlichen Anhalt für die Annahme der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, wegen der allein die Versammlung hätte verboten werden können. Die allgemeine Vermutung, daß eine Gefährdung zu besorgen sei, könne das Erfordernis, daß bestimmte tatsächliche Gründe vorliegen müßten, nicht ersetzen.

Die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit im Sinne des Vereinsgesetzes.

Für eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel, die am 20. September 1908 im Dorfe Schönborn bei Breslau auf dem Grundstück des Gärtners Keimann stattfinden sollte, war dem Ortsvorsteher die Genehmigung verweigert worden, weil eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten sei. Namentlich operierte der Polizeiverwalter damit, daß in Schönborn wegen der „Treibeien der Sozialdemokratie“, wie er sich geschmackvoll ausdrückte, eine so erbitterte Stimmung herrsche, daß Ausschreitungen und eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit von der Abhaltung einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel befürchtet werden müßten. — Der Parteisekretär Scholich klagte vergeblich gegen den Amtsvorsteher beim Kreisaußschuß des Kreises Breslau. Der Bezirksauschuß wies dann die Verurteilung des Klägers zurück. In dem Verfahren spielte der Verlauf einer Versammlung vom 5. Juli desselben Jahres eine große Rolle, die in Schönborn unter freiem Himmel abgehalten worden war. In der fraglichen Versammlung war ein „Schaffer“ des Gutes (der Amisvorsteher ist selber Gutsbesitzer) mit einer Anzahl Leute, zum Teil Dominicalarbeiter, erschienen und hatte während der Ausführungen des Genossen Schütz wiederholt lärm gemacht. Dies „Treiben“, um mit den Worten des Polizeigewaltigen zu reden, war schließlich derart, daß die Leute vom Versammlungsgrundstück weggewiesen werden mußten. Der Schaffer begab sich mit seinen Leuten, meist Anwohner vom Gut, auf ein Nachbargrundstück und sie machten dort einen derartigen Lärm, daß die Versammlung zeitweilig erheblich dadurch gestört wurde. Wie im preussischen Polizeistaat nicht anders zu erwarten, wurden die Angelegenheiten der „Ordnungsfreunde“ gegen die sozialdemokratischen Einberufer der Versammlung vom September zur Rechtfertigung des Verbots benutzt. Außerdem aber noch ganz besonders eine von 42 Stellenbesitzern und Arbeitern unterzeichnete Eingabe an den Amtsvorsteher, worin gesagt wird: „Wie wir hören, planen die Sozialdemokraten wieder eine Versammlung unter freiem Himmel. Wir sind in der Versammlung vom 5. Juli von den Sozialdemokraten beleidigt und beschimpft worden. Wir bitten, keine weitere Versammlung unter freiem Himmel zu genehmigen, weil wir infolge der Beleidigungen im höchsten Grade erbittert sind und es nicht ausgeschlossen ist, daß sich die Erbitterung in Tätlichkeiten Luft machen würde.“ In der Begründung rechnete nun der Bezirksauschuß mit der „Erbitterung“ und führte aus: Es lägen Tatsachen vor, die das Verbot rechtfertigten. Die Versammlung vom 5. Juli habe einen erregten Verlauf genommen und die Eingabe der 42 lasse keinen Zweifel, daß infolge der Versammlung eine starke Erbitterung gegen die Sozialdemokraten wegen ihrer Agitation herrsche. Hinzu komme, daß die Worte des Referenten, das nächstemal werde man seine eigene Polizei mitbringen, als eine Drohung mit Gewaltmaßnahmen aufgefaßt worden sei. Das eine spätere, genehmigte Versammlung ohne Störung verlaufen sei, wäre unerheblich. Jedenfalls rechtfertige sich das Verbot der Versammlung vom September.

Gegen das Urteil legte der Kläger Revision ein. Vor dem Obergerverwaltungsgericht vertrat ihn Rechtsanwalt Dr. Behrend. Es wurde Verleugung des Begriffs der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit in verschiedener Hinsicht gerügt. Unter anderem wurde auch darauf hingewiesen, daß die Eingabe der 42 einfach eine Rechtswidrigkeit sei. Eine solche Erklärung, daß man erbittert sein und stören werde, könne jeder Gewalttätigen abgeben. Wegen solcher Erklärung dürfe nicht gegen die vorgegangen werden, die ihr Versammlungsrecht ausüben wollten, sondern gegen die Erklärer selber. Gegen die Leute, die so mit dem Bruch des Landfriedens drohten, sei einzuschreiten.

Das Obergerverwaltungsgericht verwarf aber die Revision mit folgender Begründung: Als Revisionsinstanz habe der Senat diesmal nur zu prüfen, ob der Vorderrichter sich eines Rechtsirrtums schuldig gemacht habe. Das sei zu verneinen. Eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit liege nicht nur da vor, wo bestimmte Rechtsgüter (Leben, Gesundheit, Ehre) unmittelbar in Frage ständen, sondern überhaupt bei jeder Gefährdung des Rechtsfriedens, die auch in einer Schlägerei bestehen könne. Auch sei es falsch, wenn geltend gemacht werde, bei einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit müßte es sich um das Publikum außerhalb der Versammlung handeln. Die Mitglieder der Versammlung bildeten eben das Publikum. Der öffentliche Friede sei auch dann gefährdet, wenn die Versammlungsteilnehmer gefährdet seien. Ferner sei eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nicht nur dann anzunehmen, wenn es sich um Vorgänge in der Versammlung selbst handelte, sondern auch dann, wenn aus Anlaß der Versammlung Zustände eintreten, die die Gefährdung bedingen (Unruhm nach Auflösung usw.). Die Dorentscheidung lasse keinen Rechtsirrtum erkennen.

Das Obergerverwaltungsgericht dehnt den Begriff einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit unseres Erachtens in diesem Urteil durchaus irrig aus.

Echo im Lande.

In Köln a. Rh. fand eine große von der Sozialdemokratie einberufene Versammlung statt, in der Protest gegen die Erhöhung der Zivilliste erhoben wurde.

Im Polenlager geht es ob der Zustimmung der polnischen Landtagsfraktion zur Erhöhung. Verschiedene polnische Blätter machen aus schärfste Front dagegen. Das Berliner Polenorgan bezweifelt, daß ein Fraktionsbeschluss in diesem Sinne gefaßt wurde und fordert, wenn dies der Fall sein sollte, die demokratischen Mitglieder der Fraktion zum Austritt auf. Dem Wortführer der Fraktion, Prälat Jagadowski wird angehängt, daß ihn seine regierungsfreundliche Haltung sein Mandat kosten werde.

Preussische Rechtspflege.

Die Strafkammer des Landgerichts in Götlich verurteilte am Mittwoch den Genossen Redakteur Robert Grösch aus Dresden wegen Richterbeleidigung zu einer unerbittlich hohen Strafe.

Die Beleidigung wurde in einem Artikel erklährt, der am 8. Oktober v. J. in der „Götlicher Volkszeitung“ abgedruckt worden war. Die „Götlicher Volkszeitung“ bezog damals ihren politischen Teil noch aus Dresden, den Grösch als verantwortlicher Redakteur zeichnete.

In dem Artikel ist eine Gerichtsverhandlung in Königsberg fiktisch besprochen. Ein Arbeiter in Lubau i. O., der angeblich Zechprellerei begangen haben soll, was sich aber als unwahr herausgestellt hat, war vom Stadtwachmeister Hartwig zum Kräppel geschlagen und dann noch von der Strafkammer in Königsberg wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt verurteilt worden. Der Artikel, überschrieben: „Preussische Rechtspflege“, kritisierte dieses Urteil in scharfen Ausdrücken. Der Vertreter der Anklage in Götlich, Seiler Staatsanwalt Panneemann, verteidigte das Verhalten des Stadtwachmeisters und meinte, es könne ihm auch dann nicht ein Vorwurf gemacht werden, wenn er von der Schusswaffe Gebrauch gemacht und den Arbeiter erschossen hätte. Den angeklagten Redakteur bezeichnete er als einen Menschen, der gewerksmäßig beleidigt und darum nicht anders behandelt werden könnte, als ein gewerksmäßiger Verbrecher. Er beantragte 6 Monate Gefängnis und sofortige Verhaftung wegen Muthverdachtes. Einen Antrag des Verteidigers auf Ladung des Verfassers der Notiz lehnte das Gericht ab. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis. Der Antrag auf sofortige Verhaftung wurde abgelehnt.

Zur Nachwahl in Gannstatt-Ludwigshagen.

Die nationalliberale Partei hat den Pögeleibbesitzer Dettinger als Kandidaten aufgestellt, nachdem Rechtsanwalt Viss aus beruflichen Gründen die Kandidatur abgelehnt hat. Die Fortschrittliche Volkspartei unterstützt auch den neuen Kandidaten.

Weisse Raben.

Hochrufe auf Wahlrecht sind kein großer Anflug, so hat in einer Reihe von Wahlrechtsprozessen, die in den letzten Tagen vor der Wahl in der Verurteilungskammer zur Verhandlung kamen, das genannte Gericht erklärt. In einer Sache — es handelte sich um einen hiesigen Kriegervereiner, der seine Unschuld beteuerte — erklärte der Vorsitzende, daß es bei der allgemeinen Erregung, die über die unglückseligen Wahlrechtsvorfälle entstanden, verständlich sei, wenn sich ein sonst durchaus friedfertiger Mensch mit fortgerissen lasse. Rechtschuldigermasse wurde aber gerade bei diesem gutgeachteten Mann zusehenderdem Atem angenommen und das Strafmaß herabgesetzt. Der Vorsitzende bemerkte noch, wenn in diesem Falle die Anklage unterbleiben würde, wäre auch nichts deroreen gewesen, denn auf einen Hochrufer mehr oder weniger komme es bei einem solchen Lärm nicht mehr an.

Das alles sollte selbstverständlich sein — ist aber eine seltene Ausnahme in der preussischen Justiz!

Rußland.

Arbeitervereinschaft.

Die Dummheit offenbart sich kürzlich aus Anlaß der Interpellation der Sozialdemokraten über die Ausweisung von 23 streikenden Arbeitern der Armaturwerke von Gadenhof in Moskau ist wahres Gefühl. Bei den Beratungen in der Kommission bemerkte der Berichterstatter Schubinoff, die Interpellation sei abzulehnen, da die ausgewiesenen Arbeiter die übrigen Arbeiter an der Arbeit verhielten, und ferner, da der Moskauer Gouverneur auf Grund des verstärkten Schusses berechtigt gewesen sei, zur Verhaftung und Ausweisung der Arbeiter zu schreiten. Die Kommissionsmehrheit ließ diese „Beschlüsse“ hochleben und lehnte die Interpellation glatt ab.

Die Judenverfolgungen.

Aus Petersburg wird telegraphiert: In vielen Städten der Provinz werden alle Häuser durchsucht, um festzustellen, ob nicht irgendwelche Juden sich darin befinden; so sind in Gubernement Smolensk eine Reihe von Heden von berittener Polizei umzingelt worden und alle Juden, denen nach dem Ermessen

dieser niederen Polizeibeamten das Wohnrecht nicht zu stand, wurden verhaftet. Auf viele, die sich vor den Soldaten der Polizei in den angrenzenden Wäldern versteckten, wurde eine förmliche Treibjagd veranstaltet. Aus der Umgegend der Orte, in denen diese ungläublichen Maßnahmen stattfanden, fliehen viele Juden, ihr Hab und Gut völlig preisgebend.

Cirrhé.

Der Dohott.

Smyrna, 11. Juni. Die Behörden erlaubten gestern die Ladung griechischer Dampfer durch Schiffmannschaften und christliche Arbeiter. Mohammedanische Kreter wollten die Ladung gewaltigam verhindern. Darauf gab der Dragoman des griechischen Konsulats drei Revolverkugeln in die Luft ab. Die Polizei schritt ein und gestreute die Kreter, worauf die Schiffe laden konnten.

Die Ermordung Samins.

Konstantinopel, 10. Juni. Die Ermordung des Chefredakteurs Ahmed Samins wird allgemein als politischer Mord angesehen. Die Verwandten verlangten, das Verbrechen begangen solle morgen stattfinden. Die Polizei ordnete jedoch aus Furcht vor Demonstrationen die sofortige Beisetzung an. Sämtliche zu dem Hause des Ermordeten führenden Straßen sind durch einen starken Polizeikordon abgesperrt. Die von den Verwandten zugesperrte Haustür wurde erbrochen und der Leichnam gewaltsam ohne religiöse Zeremonien weggetragen und bestattet. Dies hat bei den Mohammedanern einen peinlichen Eindruck gemacht.

Amerika.

Die Destradationen des Zuckers.

New York, 11. Juni. Die Geldmagnaten haben gestern zwei hohe Beamte des Zuckers in's Geise und Verbracht für schuldig befunden, das amerikanische Zollamt durch falsches Berwiegen von Zuckeladungen betrogen zu haben. Das Urteil soll heute gefällt werden.

Aus der Partei.

Delegation zum internationalen Sozialistenkongress.

Eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Lübeck delegierte den Reichstagsabgeordneten Th. Schwarz. In der Versammlung wurde bedauert, daß die Parteiführer nicht auf die Tagesordnung des internationalen Kongresses gesetzt worden ist.

Nach einer Fortbildung des Vorkrechts.

Einen gewolligen Fortschritt in der Rechtsprechung bedeuten zwei Urteile, die von der an juristischen Berühmtheiten reichen herzoglich sächsisch-altenburgischen Justiz gefällt worden sind.

Am 2. Mai wurde der verantwortliche Redakteur der „Altenburger Volkszeitung“, Genosse Disreiter, vom Schöffengericht Altenburg wegen angeblicher Beleidigung durch die Presse zu einer Geldstrafe von 100 M. verurteilt. In einer Besonderheit wird dieser Urteilspruch dadurch, daß er erfolgt ist, trotzdem dem Bericht vom Privatkläger nicht die in Frage kommende Nummer der Zeitung vorgelegt werden konnte. Der angeklagte Redakteur verlangte vom Bericht die Feststellung seiner Verantwortlichkeit durch die betreffende Nummer und erklärte, daß er sich an den Verhandlungen nicht beteiligen werde. Er habe nur ein juristisches Interesse an der Sache. Er interessiere sich für nichts weiter als für die Frage, ob man einen Redakteur auch dann bestrafen könne, wenn man den Nachweis, daß er für den Inhalt einer Nummer verantwortlich sei, nicht führen könne. Trotzdem dieser Nachweis nicht erbracht werden konnte, wurde verurteilt. Das Gericht schickte sich darauf, daß es gerichtsbekannt, der Angeklagte sei Redakteur der „Altenburger Volkszeitung“. Außerdem habe er in einem Zivilprozeß, der sich mit der gleichen Sache bezog, keine Verantwortlichkeit nicht bestritten. Dieses merkwürdige Urteil unterlag am 7. Juni der Nachprüfung des Landgerichts Altenburg. Hier führte nun der Angeklagte den Beweis, daß er die betreffende Nummer gar nicht verantwortlich gezeichnet habe. Man sollte nun glauben, daß eine glatte Freisprechung erfolgt wäre. Aber trotz des klaren Nachweises, daß er nicht verantwortlich für den unter Anklage stehenden Artikel sei, kam das Gericht zur Verurteilung der Berufung. Es tat noch mehr. Im Eröffnungsbeschluss und im Strafantrag war ausdrücklich nur die Nummer der Zeitung unter Anklage gestellt worden, die der Verurteilte nicht verantwortlich gezeichnet hatte. Trotzdem kam das Landgericht zu einer Verurteilung der Berufung, weil in einem drei Wochen später erschienenen Artikel, den der Angeklagte verantwortlich bedachte, auf den unter Anklage gestellten Artikel Bezug genommen war. Zur Erläuterung seiner Klage hatte der klägerische Vertreter auf diesen Artikel Bezug genommen, ohne ihn aber in den Strafantrag einzubringen. Um nun seine Entscheidung zu rechtfertigen und den einmal gefassten Sünden festzuhalten, konstruierte das Gericht aus der bloßen Erwähnung der nicht unter Anklage gestellten Nummer einen Strafantrag und machte aus den drei Wochen auseinanderliegenden Artikeln eine einheitliche Handlung. So wird im Lande Altenburg „Recht“ gesprochen. Selbstverständlich ist gegen dieses Urteil, das der Rechtsprechung gegen die Presse neue Wege weist, Revision angemeldet worden. Bei dem bekannten Verständnis unserer Richter für die Presse kann man der Entscheidung der Revisionsinstanz mit einiger Spannung entgegensehen.

Verein deutscher Arbeiter in Prag. Den durch Prag reisenden Genossen zur Kenntnis, daß sich das Privatkollekt des Vereins Prag 1. Elisabethstr. 161, befindet. Eine größere Anzahl Parteiblätter liegt auf. Aufkünfte an Wochentagen von 8 bis 9 Uhr abends, Sonntags von 10—12 Uhr vormittags.

Ans dem russischen Parteileben.

Das Zentralkomitee des jüdischen Arbeiterbundes hat für die in nächster Zeit stattfindende Konferenz folgende provisorische Tagesordnung aufgestellt: 1. Der Charakter unserer Tätigkeit; unsere Tätigkeit in den kulturellen Vereinen. 2. Unserer Weltanschauungsbewegung. 3. Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Demofraktion im allgemeinen und auf dem Gebiete der jüdischen Frage im besonderen. 4. Die Sonntags- und die Sonntagsruhe. 5. Unsere Tätigkeit in den Gemeindeinstitutionen. 6. Unsere Presse. 7. Kampf um die Gleichberechtigung der jüdischen Sprache.

Ein internationales Fest in Oesterreichisch-Schlesien. Am 6. Juni war in Teschen ein großes Arbeiterfest anläßlich der Eröffnung des Arbeiterbundes und einer Fahnenenthüllung. Die Beteiligung war größer als die an drei gleichzeitig abgehaltenen bürgerlichen Festen zusammen, wie der Vergleich der von allen Richtungen herankommenden Festzüge ergab. Es sprach zu den Massen die Genossen Bog. Schanzmeyer (Wien deutsch), Regier.-Präsident (polnisch) und Abg. Cingir-Ohran, der kürzlich bei seinem W. Geburtsort von seinen Arbeitgeberkollegen vielfach gefeiert wurde, in tschechischer Sprache. In der Zeit des Separatismus darf man eine solche Kundgebung des alten, unbedingten Internationalismus schon verzeichnen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Methode der hohen Geldstrafen.

Genosse Leopoldi vom „Halleschen Volksblatt“ erhielt von der Strafkammer in Halle wegen Beleidigung eines Reichstagsabgeordneten 800 M. Geldstrafe zugesprochen. Der Vorwurf, der dem Politiker gemacht wurde, war durchaus nicht besonders schwer (er sollte einen jungen Menschen „Vengel“ genannt haben), außerdem hatte er die Sache in einer Erklärung zurückgenommen, als er erfuhr, daß er geladigt worden. Trotzdem die ungehörig hohe Strafe.

Gewerkchaftliches.

Das Schiedsgericht im Baugewerbe

soll am Montag in Dresden zusammentreten. Es setzt sich aus den drei Unparteiischen zusammen, die schon in den letzten zentralen Verhandlungen dem Schiedsgericht angehört, und aus drei Unternehmern und drei Arbeitern. Da sich die örtlichen Verhandlungen etwas verzögerten, ist damit zu rechnen, daß das Schiedsgericht erst Dienstag zu der ihm aufgetragenen schweren Arbeit zusammentritt.

Die örtlichen Verhandlungen

zeigen immer wieder dasselbe Bild: Die Unternehmer lehnen alle wichtigen Forderungen der Arbeiter ab.

So sind in Kiel die Einigungsverhandlungen deswegen gescheitert.

Die Aussperrung im Königsberger Baugewerbe, die, wenn alles glatt gegangen wäre, am Montag, den 13. d. M., ihr Ende finden sollte, bleibt einstweilen weiter bestehen, weil es bei der Aufhebung des Lokalarbitts hinsichtlich der Lohnfrage zu keiner Einigung kam. Bis Freitagmittag wurde im Sitzungssaal des Münzpalastes, hier befinden sich die Büreaus der Unternehmerorganisation, über die Lohnfrage verhandelt, leider vergeblich. Die Unternehmer wollten absolut hier keine Zugeständnisse machen, obwohl für die nächsten Jahre, durch die bevorstehende Entfestigung Königsbergs, eine gute Baukonjunktur mit Sicherheit zu erwarten ist. Die Arbeiter verlangten durch ihre Vertreter zehn Pfennig Lohnerhöhung pro Stunde. Ihre Forderungen wurden begründet durch die immer noch zunehmende Steigerung der Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten. Es kommt noch hinzu, daß seit dem Jahre 1904 keine Lohnerhöhung eingetreten ist, und ferner, daß Königsberg hinter allen deutschen Großstädten im Durchschnitt um 8 Pf. pro Stunde im Lohn zurücksteht. Eine Generalversammlung der Maurer, die sich am Donnerstagabend mit dem Bericht über die Einigungsverhandlungen beschäftigte, erklärte sich mit den Bestimmungen des Vertragsentwurfes der Unparteiischen einverstanden, soweit die zentralen Festlegungen in Frage kommen; sie war aber empört über die Haltung der Unternehmer bei den Verhandlungen, die zum Abschluß des örtlichen Lohnarbiters führen sollen. Die Redner erklärten, daß schon in diesem Jahre eine Lohnerhöhung eintreten müsse, anderenfalls wäre ein Streik nach erfolgter Aufhebung der Aussperrung sicher. Herr Lauffer, Obermeister der Bauinnung und Vorsitzender des ostpreussischen Arbeitgeberverbandes, der sonst in den Reihen der ersten Scharfmacher zu finden ist, will persönlich für eine Lohnerhöhung eintreten, allerdings erst vom Jahre 1911 ab, also auch er will von einer Lohnerhöhung in diesem Jahre nichts wissen. Er will unter seinen Kollegen im Arbeitgeberbunde aber dafür eintreten, daß es vom Jahre 1911 ab 2 Pf. pro Stunde und vom Jahre 1912 ab weitere 2 Pf. pro Stunde Lohnerhöhung gibt. Das wäre also 4 Pf. Lohnerhöhung für die dreijährige Vertragsdauer, eine Aufbesserung von so minimaler Bedeutung, daß sie bei den Arbeitern schwer auf Annahme wird rechnen können, wie es auch schon in der Generalversammlung der Maurer zum Ausdruck kam. Einstweilen muß nun erst der Dresdener Schiedspruch abgewartet werden.

Aus Augsburg wird gemeldet: Die am 9. Juni zwischen den Parteien geführten örtlichen Verhandlungen sind nach zehntägiger Dauer ergebnislos verlaufen. Die Einigung scheiterte an dem Widerstande der Arbeitgeber, die nur geringfügige Zugeständnisse machen wollten. Die strittigen Punkte betreffen die Lohnfrage, Bezahlung der Ueberstunden, Regelung der Arbeitszeit und Gleichstellung der Tiefbauarbeiter mit den Hochbauarbeitern. Die Differenzpunkte sollen nunmehr dem Schiedsgericht unterbreitet werden.

In Straßburg i. E. wollten die Unternehmer nur 2 Pf. Lohnerhöhung geben und sich auf eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden nicht einlassen. Die Verhandlungen wurden hierauf abgebrochen.

Auch in Metz wurde eine Vereinbarung nicht erzielt. Die Gelben gaben sich mit einer Lohnerhöhung von 1 Pf. ab 1. April 1911 und einer weiteren ab 1. April 1912 zufrieden.

Die örtlichen Verhandlungen nahmen auch am Mittwoch in der Provinz Brandenburg ihren Anfang. Sie tragen mehr lokalen Charakter, entsprechend der eigenartigen Struktur des Landes. Für das Braunföhlegebiet wurde in Senftenberg verhandelt, in Lübbenau für 3, in Guben für 4 und in Cüstrin für drei andere Aussperrungsgebiete usw.

Zu einer Einigung ist es bisher in keinem einzigen Falle gekommen. Alle Aussperrungsorte überweisen ihre Angelegenheit dem Schiedsgericht und erwarten von diesem das Heil.

Unsere Vermutung, daß die Arbeitgeber auf ihrer Leistungslosigkeit sich dahin geeinigt haben, örtliche Zugeständnisse nicht zu machen, findet ihre Bestätigung in Auslassungen der den Unternehmern nahestehenden Presse. Von verschiedenen Rednern soll auf der Generalversammlung des Arbeitgeberbundes hervorgehoben worden sein, daß durch die Zustimmung zu dem Hauptvertrage eine Lohnerhöhung für dieses Jahr vermieden werde. Diese Auffassung der Sachlage entspricht durchaus nicht den Intentionen der drei Unparteiischen. Diese haben darüber keinen Zweifel gelassen, daß in Rücksicht auf die Feuerungsverhältnisse und in Rücksicht darauf, daß seit 1906 eine Lohnerhöhung für die Bauarbeiter nicht eingetreten ist, eine Lohnerhöhung in diesem Jahre eintreten müßte. Die Abkürzung in Hamburg und Berlin beweisen übrigens schon durch die bewilligten Lohnerhöhungen, daß eine Lohnzulage notwendig ist und in welcher Höhe sie erfolgen müßte.

Die Entscheidung über die Lohnhöhe dem Zentralschiedsgericht zu überlassen, muß nicht allein als höchst unpraktisch, sondern auch als langwierig und verschleppend bezeichnet werden. Der Spruch der Unparteiischen wollte gerade durch die Festsetzung der Lohnhöhe in den örtlichen Verträgen die lokalen Besonderheiten berücksichtigt wissen, und bei der Festsetzung der Arbeitszeit sollten auch die besonderen lokalen Verhältnisse (weite Entfernung des Wohnsitzes von der Arbeitsstätte) in Erwägung gezogen werden. Das kann durch die Zentralinstanz nicht gemacht werden, zum mindestens ist eine solche Entscheidung für das Zentralschiedsgericht sehr zeitaufwendend, wenn man bedenkt, daß die Lohnfrage und Arbeitszeitfestsetzung in etwa 300 Orten geregelt werden muß.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der an den Schraubenautomaten und Einzelbänken beschäftigten Einrichter beendet.

Die neuerlichen Verhandlungen mit den Firmen, die noch nicht bewilligt hatten, haben ein zufriedenstellendes Ergebnis gezeigt. Zwar sind die Verträge nicht überall ganz gleichmäßig ab-

geschlossen worden, jedoch sind in den wesentlichen Punkten die Forderungen der Arbeiter bewilligt worden. Wenn auch nicht alles bis aufs kleinste Tüpfelchen erreicht worden ist, so kann der Erfolg doch im großen und ganzen als ein höchst befriedigender bezeichnet werden. Das Erreichte ist um so höher anzuschlagen, als diese Lohnbewegung die erste seit 14 Jahren in diesem Berufe ist, die eine allgemeine Lohnregelung zum Ziel hatte. Zweifellos sind nun geregelte Lohnverhältnisse in der Branche geschaffen. Auch gehen die Streikenden glücklich in die Betriebe zurück. Die Versammlung beschloß einstimmig, daß überall dort, wo Vereinbarungen abgeschlossen sind, die Arbeit aufgenommen werde.

Ein Strafantrag wegen Erpressung gegen den Schneiderverband.

Jene Schneidermeister in Steglitz und Friedenau, die sich in diesem Frühjahr so eifrig, aber vergeblich bemühten, die Durchführung der Tarifbewegung zu verhindern und dabei den Schneiderverband auch auf dem Wege der einstweiligen Verfügung mit einer Strafandrohung von 1500 M. bedachten, haben nun obendrein noch die Staatsanwaltschaft in Tätigkeit gesetzt zu einem Strafantrag wegen Erpressung gegen den Zentralvorstehenden Stähler und den Berliner Filialvorstehenden Kunze des Schneiderverbandes. Der Strafantrag stützt sich im wesentlichen auf ein am 7. März von dem Filialvorstehenden an den Vorstehenden der Arbeitgeber gerichtetes Antwortschreiben, in dem auseinandergesetzt wird, daß die Meinung der Arbeitgeber, der alte Tarifvertrag müsse erst geändert werden, ehe neue Forderungen gestellt werden dürften, irrig wäre. Der Schlußsatz des Briefes:

„Wir werden heute abend unsere Mitglieder sowohl von dem Inhalt Ihres Schreibens als von dem der einzelnen Firmen in Kenntnis setzen und denselben empfehlen, dem vorliegenden Sachverhalt entsprechende Beschlüsse zu fassen,“

soll als Beweis für die Veranlassung der „Erpressung“ dienen, obwohl jene Mitgliederversammlung, auf die hier hingewiesen wird, keinen andern Beschluß faßte als den, daß mit den einzelnen Arbeitgebern Verhandlungen über die neue Tarifvorlage angeknüpft werden sollten. Ob ein auf so loser Grundlage beruhender Strafantrag Erfolg haben wird, scheint denn doch mehr als zweifelhaft. Als die beiden Vertreter des Schneiderverbandes kürzlich über die Sache polizeilich vernommen wurden, haben sie sich denn auch damit begnügt, von dem Strafantrag einfach Kenntnis zu nehmen, um in aller Ruhe abzuwarten, was dabei herauskommt. Der Strafantrag, der gegen die Vorstandsmittelglieder der Arbeitgeber wegen ihrer Versuche, durch Androhung von Geldstrafen, andere Schneidermeister zur Kündigung des eben abgeschlossenen neuen Tarifvertrages zu zwingen, beruht offenbar auf viel soliderer Grundlage.

In den beiden Zivilprozessen, die mit der Steglitzer Lohnbewegung zusammenhängen, und bei denen es sich darum handelt, ob die erwähnte einstweilige Verfügung zu Recht besteht und ob der alte Tarifvertrag noch weiterhin Geltung haben müßte, haben am vorigen Sonnabend und letzten Mittwoch Termine stattgefunden. Das Urteil soll am 22. Juni verkündigt werden.

Für die Mitglieder aller Gewerkschaften!

Zu dem Artikel in der Nr. 110 des „Vorwärts“ vom Donnerstag, den 9. Juni, in der Unterhaltungsbeilage über die 2. Ton-, Zement- und Kalkindustrie-Ausstellung können wir mitteilen, daß sich die Ausstellungsverwaltung auf unsere Anfrage sofort bereit erklärt hat, für die Mitglieder der Gewerkschaften und für deren Angehörige Eintrittskarten zu einem ermäßigten Preise zu überlassen.

Es sind Eintrittskarten zum Preise von 30 Pf. das Stück während der Vorkaufstunden von 8 bis 1 und von 3 bis 7 Uhr in unserem Bureau, Engelauer 15 III, Zimmer 53, zu haben.

Der Vorstand des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Zweigverein Berlin.

Buchbinder, Glaserarbeiter, Galanteriearbeiter und Arbeiterinnen! Die Firma H. Böhner, Apparate- und Maschinenbau, Velle-Allanstraße 92, ist wegen Reduzierung der Akkordpreise bis zu 33% Pros. gesperrt. Die Ortsverwaltung.

Stuckateure! Bei L. Hunger, Pantow, liegen Differenzen vor. Verband der Stuckateure, Gipsler und verw. Berufsgenossen.

Achtung, Maler! Der Dachdeckermeister Klingebiel, Franzstraße 44, führt augenblicklich den Fassadenansatz des Hauses Boerstraße, Ecke Weidenweg, aus und hält hierbei die Bundesratsverordnung (betreffend Bleiweißschuß) nicht ein. Diese Arbeit ist deswegen bis auf weiteres für Maler und Anstreicher gesperrt. Die Ortsverwaltung.

Die Mühlenarbeiter der Salomon-Mühle sehen nunmehr seit 8 Tagen im Streik und ist es der Firma auch bis heute noch nicht gelungen, nur einigermaßen brauchbare Leute zu erhalten. Gestern war die gesamte Kriminalpolizei vom Revier Nr. 45 betreten, um das Grundstück Mühlenstraße 8 zu besetzen. Zu diesem großen polizeilichen Aufgebot haben die Streikenden keine Veranlassung gegeben. Man sollte auch meinen, daß die Beamten besseres zu tun hätten, als friedliche Bürger und Arbeiter an der Ausübung ihrer gesetzlichen Rechte zu hindern. Trotzdem wird die Firma mit all ihren Helfern nichts ausrichten. Sie wird auch nicht imstande sein, in den Reihen der Streikenden Uneinigkeit zu sät. Die auf dem Grundstück wohnenden Mieter haben wegen ihrer Sympathie für die Streikenden Briefe erhalten, in denen ihnen u. a. mit dem Hausfriedensbruch-Paragrafen gedroht wird. Die Mieter erwarten, daß die Firma auch dafür sorgt, daß die Maudreißer Ruhe halten. Der Obermüller Bangerer hantiert auf offener Straße mit dem Revolver, das sah auch ein Schutzmann mit an, ohne dagegen einzuschreiten.

Deutsches Reich.

Zum Streik der Parkettbodenleger in Rheinland und Westfalen.

In bürgerlichen Zeitungen wird über den Streik der Parkettleger in Rheinland und Westfalen der Wahrheit wieder einmal Gewalt angetan. Um die Oeffentlichkeit gegen die Arbeiter einzunehmen, wird von hohen unerfüllbaren Forderungen der Arbeiter geredet und von Tagelöhnen von 10, ja bis zu 20 M. fabuliert. Wohlweislich wird aber der Oeffentlichkeit verschwiegen, daß die Arbeiter nur eine vertraglich festgelegte, einheitliche Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse wünschen. Ferner wird verschwiegen, daß die Arbeiter, der Eigenart ihres Berufes zufolge oft wochen-, ja monatelang arbeitslos sind, daß sie bei ihren fast ständigen Montagearbeiten außerhalb ihrer Wohnquartiere oft tagelang auf Material warten, oder schon auf ihren Arbeitsplätzen angelangt, oft tagelang auf den Beginn der Arbeit warten müssen, wofür nur in den seltensten Fällen eine Entschädigung gewährt wird. Daß die Familien der fast ständig außerhalb beschäftigten Arbeiter nicht von der Luft leben können, ist klar.

Der Streik der Parkettleger erstreckt sich nicht nur auf Rheinland und Westfalen allein, sondern auch auf die Firma Gail in Wiesbaden. Gerade diese Firma war es, die den im vorigen Jahre schon zum Abschluß gebrachten Vertrag mit den Parkettunternehmern wieder zu Fall brachte. Diese Firma führt sehr viele Arbeiten nach Rheinland-Westfalen aus und ist eines der wesentlichsten Konkurrenzgeschäfte. Vornehmlich die süddeutschen Parkettleger wollen letzteres behalten und keine Arbeiten für Gail annehmen.

Der Friede im Königsberger Tischlergewerbe, der bereits Mitte April durch den Berliner Schiedspruch herbeigeführt wurde, aber solange nur auf mündlicher Verständigung beruhte, hat nun auch seine schriftliche Bestätigung gefunden. Am 8. Juni wurde der

Vertrag, der bis zum 15. Februar 1914 läuft, von den Vertretern des Holzarbeiterverbandes (Zahlstelle Königsberg) und von der Ortsverwaltung des Arbeitgeberverbands für das deutsche Holzgewerbe unterschrieben. Der Vertrag bringt bis zum 1. April 1913 eine Verkürzung der Arbeitszeit um drei Stunden pro Woche, d. h. in den Jahren 1910, 1911, 1912 tritt je eine Stunde Arbeitszeitverkürzung ein. Ebenso bringt der Vertrag eine Lohnerhöhung von 6 Pf. pro Stunde mit der Maßgabe, daß der Lohn in den genannten Jahren um je 2 Pf. pro Stunde zu erhöhen ist. Das letzte Vertragsjahr bleibt ohne Herabsetzung der Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse. Für die gesamte Akkordarbeit erhöhen sich die Preise um 15 Prozent. Bei Provinzarbeiten ist außer der Lohnzahlung ein Zuschlag von 2,50 M. pro Tag als Kostgeld festgesetzt.

Ausland.

Die Lokomotivführer geben Soldampf.

Paris, 11. Juni. Die Vertreter der Lokomotivführer und Feizer hielten im Laufe der Nacht mit dem Ausschuss des Eisenbahner-Syndikats eine Sitzung ab, in welcher beschlossen wurde, sämtliche Verbände der Eisenbahnbediensteten zu gemeinsamem Vorgehen aufzufordern, um alle Forderungen durchzusetzen. Das Syndikat wird demnächst einen Aufruf erlassen, in welchem eine Lohnerhöhung gefordert und Einspruch gegen die Verwendung von Truppen zum Erzög der Ausständigen erhoben wird. Gleichzeitig wird erklärt, daß die Truppen im Falle eines Generalausstandes nicht ausreichen würden, um den Bahndienst zu sichern.

Ein Fortschritt in Oesterreich. Das Abgeordnetenhaus hat die Aufhebung der Strafbestimmungen für den Kontraktbruch der Arbeiter beschlossen. Auf den Kontraktbruch der Unternehmer sind überhaupt keine Strafen gesetzt. Zu bemerken ist, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter nicht der Gewerbe-, sondern der hundertjährigen Gesinde- und Dienstbotenordnung unterstehen.

Die Arbeitszeit in der Diamantindustrie.

Man meldet uns aus Brüssel: Die belgische Kammer wird sich mit einer Vorlage zu befassen haben, die auf die Einführung des Reunfundentages in den belgischen Diamantfeilereien abzielt. Der Arbeitstag soll um 7 Uhr früh beginnen und um 6 Uhr abends enden. Ferner soll in den Diamantbetrieben die Nacht- und Sonntagsarbeit verboten werden. Daß es, trotzdem in Belgien die Sonntagsarbeit gesetzlich verboten ist, noch eine Separatbestimmung bedarf, zeigt, wie das Sonntagsgesetz gehandhabt wird — übrigens nicht nur im Diamantbetrieb. Insbesondere in den mittleren und kleinen Geschäften gibt es fast keine Sonntagsruhe, da so gut wie keine Kontrolle geübt wird und der Schichtwechsel den Unternehmern volle Ausbeutungsfreiheit ermöglicht. Die betreffende Gesetzesvorlage verbietet ferner die Kinderarbeit bis zum 14. Lebensjahre und die Beschäftigung von Personen jeden Alters in den Diamantfeilereien, deren Schorgan nicht völlig gesund sind. In Antwerpen, dem Sitz der großen Diamantfeilereien Belgiens, hat sich allerdings, dank der Organisation der Diamantarbeiter, der Reunfundentag durchgesetzt; aber in den kleineren Betrieben auf dem Lande herrscht noch unbeschränkte Arbeitszeit, Nachtarbeit und Sonntagsarbeit. Vielleicht hat das Gesetz umso eher Aussicht auf Erledigung und Verwirklichung, weil die unregelmäßige Arbeitszeit und die damit verbundenen niedrigen Löhne in den ländlichen Betrieben nicht nur den Arbeiter schädigen, sondern auch durch die Ueberproduktion die Marktverhältnisse ungünstig beeinflussen und den Unternehmern unangenehme Störungen im Handel verursachen. Würde sich die Kammer zu dem vom Betroffenen verhandelt schon vor Jahren eingebrachten Entwurf über die allgemeine Regelung der Arbeitszeit aufraffen, so wäre die Beratung dieser speziellen Bestimmung überflüssig. Aber die liberale Majorität hat andere Sorgen als den Arbeiterschutz der Proletarier.

Allgemeine Aussperrung in der holländischen Textilindustrie.

In Enschede, dem Sitz der holländischen Textilindustrie, stehen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilwarenfabrik von Reno seit einigen Wochen im Streik. An dem Kampf sind ungefähr 300 Personen beteiligt. Um die Ausschüßigen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen, hat die Fabrikantenvereinigung eine allgemeine Aussperrung in der gesamten Textilindustrie beschlossen, die mit dem 1. Juli beginnen soll. Es sind rund 9000 Arbeiter und Arbeiterinnen, die davon betroffen werden, und organisiert sind von ihnen nur 2850, nämlich 1200 in dem modernen Zentralverband De Endracht, 1100 im christlichen Verband Unitas, 800 in einer „freien“ Organisation und 250 im katholischen Textilarbeiterverband.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Keine Einigung.

Eberfeld, 11. Juni. (B. L. B.) Die Einigungsverhandlungen im Baugewerbe, die heute in Eberfeld für das Einigungsgebiet Eberfeld stattfanden, haben eine Verständigung nicht herbeigeführt. Die Lohnforderungen der Arbeiter wurden abgelehnt. Mit der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit erklärten sich die Arbeitgeber für die Orte einverstanden, in denen diese bereits eingeführt ist. Eine Verkürzung der Arbeitszeit in den Orten, wo eine längere Arbeitszeit besteht, wurde abgelehnt. Hierauf wurden die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen.

Beim Baden ertrunken.

Oleiswich, 11. Juni. Beim Baden im Rönthnkanal wurde der Eisenbahnbeamte Bordzik vom Krampf befallen und ging unter. Sein Kollege Orlitz, der den Unfall Bordziks angesehen hatte, wollte ihn retten, wurde aber von dem sich verzweifelten an ihn ankammernden Bordzik in die Tiefe gezogen. Beide ertranken.

Schwefingen, 11. Juni. (B. L. B.) Beim Baden im offenen Rhein bei Retz sind zwei sechszehnjährige Burschen ertrunken.

Das Urteil im Gertinger Friedhofsprozess.

Reg., 11. Juni. (B. L. B.) Das Urteil in dem Gertinger Friedhofsprozess lautete auf Freisprechung sämtlicher neun Angeklagten von der Beschuldigung der Nötigung des Bürgermeisters, dagegen wurden wegen Nötigung des Zeugen Thardt drei Angeklagte zu je dreihundert Mark und drei weitere Angeklagte zu je 150 Mark Geldstrafe verurteilt.

Zur Hofrichter-Affäre.

Wien, 11. Juni. Der „Wiener Allg. Ztg.“ zufolge soll Hofrichter in der Verhandlung vor dem Kriegsgericht sein Geständnis widerrufen haben. Darauf sei er zu zwanzig Jahren Kerker verurteilt worden.

Aus der russischen Duma.

Petersburg, 11. Juni. (B. L. B.) Heute beendete die Reichsduma die dritte Lesung der Gesetzesvorlage über die Selbstverwaltung in den weltlichen Gouvernements. Die Bestimmung der Regierungsvorlage über die obligatorische Vertretung der orthodoxen Geistlichkeit wurde abgelehnt und durch fakultative Vertretung ersetzt. Die Gesetzesvorlage wurde mit 165 Stimmen der Mitte, der Nationalisten und eines Teiles der Rechten gegen 139 Stimmen der Extremrechten und der Opposition, darunter der Polen, angenommen.

Abgeordnetenhaus.

84. Sitzung, Sonnabend, den 11. Juni, vormittags 10 Uhr.

Am Ministertisch: v. Rheinbaben.

Die zweite Lesung des

Wohnungsgeldzuschußgesetzes

wird fortgesetzt.

Abg. Weidh (natl.): Ueber 100 große und mittlere Städte sollen nach der Vorlage im Tarif herabgesetzt werden. Dagegen hat sich mit Recht ein Sturm der Entrüstung in den Beamtenkreisen erhoben. 67 000 Beamte wohnen in den deflazierten Städten. Wenn wir jetzt die Kommissionsbeschlüsse annehmen, kann ja das Reich vor dem Jahre 1918 seine Tarife abändern und sich unseren Beschlüssen anpassen. (Wraol bei den Nationalisten.)

Abg. Kewoldt (freil.): Ein Teil meiner Freunde hält die Grundlagen des Gesetzes für falsch, ein anderer Teil stimmt der Regierungsvorlage im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes und der Übereinstimmung mit dem Reich zu. Der Herr Finanzminister weist darauf hin, daß kein Beamter weniger bekommt, als er bis 1909 gehabt habe, daß 1909 beschlossene Provisorium aber läme nicht in Betracht. Das trifft nicht zu. Wir haben das Provisorium beschlossen, obgleich wir die Klasseneinteilung des Reiches schon kannten. Diese konnten wir nicht akzeptieren aus schwerwiegenden sachlichen Gründen, weil wir überzeugt waren, daß Provisorium enthalte das, was der Beamenschaft zukommt. Auf dieses Provisorium haben die Beamten sich eingerichtet, und man kann es doch nun nicht auf einmal wie mit einem Schwamm hinwegwischen. (Sehr richtig!) Wir sind ja überzeugt, daß die preußischen Beamten ihre Lokalität nicht für 40 M. aufgeben werden, aber wir verlangen aus sozialen Gesichtspunkten, daß der Staat seine Beamten ausreichend bezahlt. (Sehr richtig!) Interessant wäre vor allem eine Feststellung, in welchem Maßstabe von der Deflation gerade die Unterbeamten betroffen werden. Sollte die Regierung diesen Gesichtspunkten noch nicht in den Kreis ihrer Erwägungen gezogen haben, dann allerdings würde ich es auch für besser halten, wenn das ganze Gesetz scheitert. (Wraol)

Abg. Waldstein (Fortschr. Sp.): Es soll uns hier eine Vorlage, die wir feinerzeit nicht akzeptiert haben, auf dem Umwege über den Reichstag aufoktroziert werden. (Sehr richtig! links.) Die Beamten werden durch diese Vorlage um so mehr enttäuscht sein, als ihnen bei der Beamtenbesoldung gerade Hoffnungen auf die Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse gemacht wurden. (Sehr richtig!) Wir werden gegen das Gesetz stimmen, wenn die Kommissionsbeschlüsse nicht aufrecht erhalten werden. (Wraol links.) Wir bedauern, daß nicht auch die Konservativen in der Kommission für die Beschlüsse der übrigen Parteien eingetreten sind. Einem einstimmigen Beschlusse des Hauses gegenüber hätte die Regierung zweifellos auf ihrem „Unannehmbar“ nicht bestanden. (Wraol links.)

Abg. Ströbel (Soz.):

Wir werden in erster Linie für die Verbesserungsanträge stimmen. Freilich befriedigen diese Anträge unsere Wünsche keineswegs, und wir würden selbst einen anderen Antrag gestellt haben dahingehend, die Höhe des Wohnungsgeldzuschusses für die Unterbeamten überhaupt zu erhöhen, wenn auch nur die allgeringste Hoffnung auf Annahme dieses Antrages vorhanden gewesen wäre. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung lehnt nun sogar die minimale Verbesserung der Kommission ab. Leider haben sich auch innerhalb der Parteien starke Teile gefunden, die sich ebenfalls auf den Boden der Regierungsvorlage stellen wollen. Allein die fortschrittliche Volkspartei und die Sozialdemokraten lehnen sie ab. Es ist überhaupt sehr merkwürdig, daß sich in dieser Frage eine Zersplitterung innerhalb der Parteien zeigt. Ich meine, solche Fragen können doch nicht nach den lokalen Interessen gelöst werden, sondern sie müssen prinzipiell erwoogen werden. Wenn durch die Regierungsvorlage, durch die Deflationierung von 100 Orten, den unteren Beamten und einem Teil der mittleren Beamten nachträglich ein Unrecht geschieht, so muß es das politische Verantwortungsgefühl jeder Partei bedingen, daß die ganze Partei dagegen stimmt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es geht aber nicht so, daß diejenigen, bei denen ein Interesse des betreffenden Wahlkreises nicht in Frage kommt, einfach für die Deflationierung stimmen, und ein anderer Teil, der von Kreisen gewählt ist, wo Verschlechterungen eintreten, für Verbesserungsanträge stimmt. Das ist eine Politik, die auch ihnen vom Standpunkt der Logik aus unmöglich erscheinen sollte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im

Kleines Feuilleton.

Schumann und die Marschallk. Im 160. Geburtsjahr des Rouget de Lisle, das zugleich das 100. Geburtsjahr Robert Schumanns ist, sei ein Werk in Erinnerung gebracht, daß diese beiden im Grunde miteinander und mit — Goethe zeigt. Wie nämlich Schumann die Melodie der Marschallk. in seiner Komposition der „Weiden Grenadiere“ Heinrich Heines verarbeitet hat, so hat er sie nicht minder passend in seine Overtüre zu Goethes „Hermann und Dorothea“ verschlungen. Die Klänge des Revolutionsliedes ziehen sich durch das ganze Konflikt, wie es denn auch — nach sechs oder sieben einleitenden Takten — damit beginnt, und zwar pianissimo. Diese Overtüre war nämlich für ein Singspiel bestimmt, dem die Goethesche Dichtung zugrunde lag, und die erste Szene stellte den Abzug von Soldaten der französischen Republik dar. Die ganze, kurze, aber sehr reizvolle Overtüre ist aus unseren Konzertsälen so gut wie verschwunden — und das hat mit ihren Klängen die Marschallk. getan! Dabei sind die markigen D-dur-Motiv dieser Schumannschen Fassung von außerordentlicher Pracht. Goethe allerdings, der kein sonderliches Musikverständnis hatte, meint: Dieses revolutionäre Liedem habe „ohnein etwas Trauriges, Ahnungsvolles, wenn es auch noch so mutig vorgetragen wird“. — Schumann hat durch die Wahl der Tonart gerade bei dieser Goethe-Overtüre den Alten glänzender desaboniert. Denn D-dur gilt ja auch nach der überlieferen Deutung der Tonarten (die natürlich ansehbar, aber von Schumann selbst in seinen Schriften bedingt anerkannt ist) als Ausdruck von „Triumph, Sieg, Festjubel“!

Jesus-Anekdoten. In der Bremer Ortsgruppe des Monistenbundes (1) hat Pastor Biegke einen Vortrag gehalten über die „Geschichtlichkeit Jesu, nachgewiesen besonders durch den Begriff der Anekdoten“. Das Schema des durchaus ernstgemeinten Vortrags war, nach bürgerlichen Zeitungsberichten, das folgende: „Begriff der Anekdote: 1. genus proximum (Artbegriff). Anekdoten sind biographische Erzählungen. 2. Die spezifische Differenz: Anekdoten sind gelegentliche plötzliche Improvisationen eines Genies. Die Anekdote ist biographisches Persönliches — Extempore. Natürlich gibt es auch falsche Anekdoten. In den Synoptikern (den ersten drei Evangelien) finden sich aber 50—60 echte Anekdoten. Zusammenfassung: Echte Anekdote kann nur von Persönlichkeiten erzählt werden, die ihren Platz in der geordneten Weltgeschichte einnehmen, d. h. existiert haben (Dersay). Da wir über einen angeblichen Jesus von Nazareth eine Reihe echter (?) Anekdoten finden (Unterjay), so folgt: So muß Jesus von Nazareth nicht nur existiert haben, sondern eine historische Persönlichkeit gewesen sein.“

vorigen Jahre hat man sich über die Deflationierung außerordentlich entzündet und jetzt werden noch mehr und zum Teil größere Teile deflaziert. Speziell für die Unterbeamten ergeben sich aus der Deflationierung geradezu unerträgliche Verhältnisse. Die Unterbeamten haben bei der Besoldungsreform am schlechtesten abgefunden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist damals unbefriedigt geblieben, daß die bayerischen Unterbeamten weit besser besoldet werden als die preussischen Unterbeamten, während in Preußen die höheren Beamten besser besoldet werden als in Bayern. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß die Besoldungsbesserungen für die Unterbeamten nicht genügen, ist feinerzeit auch von den bürgerlichen Parteien im Reichstage zugestanden worden. Ich habe früher schon nachgewiesen, daß diese Stellungnahme damals einfach Wahldemagogie war. Nur der Finanzminister in Preußen bestritt, daß die Gehaltsaufbesserung der Unterbeamten zu gering gewesen ist. Herr v. Rheinbaben bestritt ja schließlich alles, was zweifellos erwiesen ist, sogar die eigene preussische amtliche Statistik, wie wir vorgestern erlebt haben, wo er von den 19 Millionen preussischer Arbeiter sprach, die nirgend existieren, die einfach aus der Luft gegriffen sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Finanzminister geht mit den Zahlen so fahrlässig um, daß er gelegentlich auch sich selbst einmal durch seine eigenen Zahlen widerlegt. Er hat selbst zugegeben, daß die Aufbesserung der unteren Beamten 20 Proz. beträgt. Das soll aber nach ihm nicht nur eine Entschädigung für den Mehraufwand infolge der Lebensmittelerhöhung usw. sein, sondern soll auch eine Steigerung an Kulturgenüssen bedeuten. Nun hat vorgestern der Herr Finanzminister sich auf Calwer und dessen Zahlen berufen. Aber gerade Calwer hat, wie der Finanzminister selbst ausführt, eine Steigerung der Lebensmittelpreise um 22 1/2 Proz. herausgerechnet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Gehaltsaufbesserung bleibt also nach Calwer noch hinter der Steigerung der Ausgaben für die notwendigen Lebensauswendungen zurück. Der Herr Finanzminister sollte also etwas vorsichtiger zitiieren und hier nicht alles vortragen, was ihm von einem sorglosen Geheimrat zugefleht ist. (Abg. Hoffmann: Wenn er aber nichts anderes hat?)

Nun sollen die unteren Beamten durch die Deflationierung noch mehr geschädigt werden. Nach den amtlichen Zahlen sollen 75 000 von 224 000 in Betracht kommenden Beamten in eine höhere Klasse aufrücken, 82 000 bleiben in der gleichen Ortsklasse, erhalten aber ein höheres Wohnungsgeld.

Dabei ist kein einziger Unterbeamter,

denn die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses ist bekanntlich nur den mittleren und höheren Beamten zuteil geworden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) 67 000 Beamte werden aber durch die Deflationierung schlechter gestellt; davon ist natürlich ein unüberhältnismäßig großer Prozentsatz Unterbeamte. Herr Kewoldt hat vorhin auf seine Frage an die Regierung, wieviel Unterbeamte von der Deflationierung betroffen würden, keine Antwort erhalten. Es ist eigentlich bezeichnend, daß eine solche Frage erst hier gestellt wird, und daß die Regierung von vornherein nicht darüber Auskunft gegeben hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wichtig ist auch, was Herr Kewoldt sagte, daß die Verschlechterung viel mehr ins Gewicht fällt als die Verbesserung. Die 159 000 aufgebesserten Beamten erhalten pro Kopf 37 M. mehr; die 67 000 Deflazierten werden aber um 72 M. pro Kopf geschädigt.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sehr richtig hob der Berichterstatter in der Kommission hervor, die Deflationierung sei besonders bedenklich bei den Unterbeamten. Bei diesen sei bisher schon eine große Zahl von persönlichen und Teuerungszulagen mit der Begründung fortgefallen, daß sie nunmehr durch eine höhere Besoldung gedeckt seien. Infolgedessen hätten die Unterbeamten in diesen Städten — namentlich die Eisenbahnbeamten — durch die Besoldungsreform überhaupt keine nennenswerten Aufbesserungen erhalten. Wenn jetzt die Deflationierung eintrete, so würden viele Unterbeamte bis zu sechs Jahren überhaupt nicht aufgebessert werden, während in dieser Zeit durch das Heranwachsen der Kinder die Ausgaben für die Familie wachsen würden, wofür doch die Zulage berechnet sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch der Finanzminister hat in der Kommission zugegeben, daß viele Unterbeamte nur die geringfügige Aufbesserung von 4 M. erhalten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist kennzeichnend für die sozialpolitische Auffassung unserer Regierung, daß sie jede Milderung dieser ungläublichen Härten abgelehnt hat. Für die Unterbeamten ist kein Geld da. Als aber vorgestern 3 1/2 Millionen zur Erhöhung der Krondotation gefordert wurden, ohne daß der mindeste Nachdruck nachgewiesen werden konnte (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), wurde alles glatt bewilligt. Hier, wo eine wirkliche Notlage für Tausende vorliegt, wie sogar ein Parteigenosse des Herrn v. Jeddlich anerkannt hat, hat

Das ist die angewandte Methode der Berliner Hoftheologie. Garnaad kann einpacken.

Die Entvölkerung Spaniens. Einem relatativen Bevölkerungsrückgang unterliegen mit Ausnahme von Italien alle romanischen Staaten; am härtesten davon betroffen sind aber Spanien und Portugal. Der Bevölkerungsrückgang Spaniens hängt im Gegensatz zu dem Frankreichs weniger mit dem Rückgang der Geburten zusammen als mit der immer mehr steigenden Auswanderung, die durch die Mißwirtschaft im Lande veranlaßt ist. Wie die „Zeitschrift für Sozialwissenschaft“ berichtet, betrug die Zahl der spanischen Auswanderer im Jahre 1904 etwa 40 000, 1906 aber bereits 122 000. Diese Menschenmasse ergießt sich hauptsächlich nach den spanisch sprechenden Republiken Südamerikas, besonders nach Argentinien. In diesen Staat wanderten 1906 von den 122 000 spanischen Auswanderern allein 78 000 ein. Diese Steigerung der Auswanderung hat in Spanien zu einer richtigen Bevölkerungsnot geführt. Von 1887 bis 1900 wuchs denn auch Spaniens Bevölkerung nur um eine Million, nämlich von 17 auf 18 Millionen, und für die Volkszählung, die demnächst stattfinden soll, wird überhaupt keine Zunahme mehr, sondern ein Rückgang erwartet.

Die Zahl der sichtbaren Sterne. Mit bloßem Auge vermögen wir nur solche Sterne wahrzunehmen, die innerhalb des sechsten Lichtgrades liegen, das sind, nach den astronomischen Berechnungen, am ganzen Himmel nicht mehr als 7647. Aber selbst diese können nicht auf einmal wahrgenommen werden; denn es erscheinen niemals mehr als rund 4000 zu gleicher Zeit auf unserem Horizont. Diese Zahl schnell jedoch sofort ins Enorme, wenn man mit einem einfachen Fernglas die hinter dem sechsten Grade liegenden Sterne aufsucht: mit einem Opernglas kann man rund 100 000, mit einem Fernglas von 8 Zentimeter Durchmesser 300 000 Sterne sehen. Mit den Niefeninstrumenten, wie sie etwa die Lichterwarte in Amerika besitzt, können Sterne 17. Grades gesichtet werden. Zur Feststellung und Berechnung ihrer Zahl braucht man die photographische Platte, und durch sie ist festgestellt, daß die Zahl der Sterne bis zum 15. Grad mindestens hundert Millionen beträgt. Nach Kapteyn beträgt die Gesamtzahl aller durch die Niefenteleskope sichtbaren Sterne 248 Millionen und die Zahl aller durch die photographische Platte festgestellten 600 Millionen. —

Wie spricht der Hund? Die Naturlaute der Tiere in der Menschensprache wiederzugeben, ist keine ganz leichte und einseitige Unternehmung. In der „Zeitschrift für Deutsche Wortforschung“ untersucht Oskar Hauschild systematisch die Naturlaute der Tiere in Schriftsprache und Mundart. Wie vielvältig die Lösungen sind, mag das Kapitel über den Hund zeigen. Der Verfasser unterscheidet für die Wiedergabe des Hundelauts fünf Gruppen, die Bau-Gruppe, die Weh-Gruppe, die Binsel- und Deul-Gruppe, die Knurr-Gruppe

man wieder einmal kein Geld. Und da wundern Sie sich, wenn wir von volksfeindlicher Klassenpolitik sprechen und nennen das Verbeugung. Ach nein, wir Sozialdemokraten treiben keine Verbeugung; wir hängen nur der Rahe die Schelle um. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unter den Anhängern der Regierungsvorlage gibt es ganz besondere Gemütsmenschen, man möchte sagen Gemütsathleten. So sagte ein Kommissionsmitglied: Wenn die Unterbeamten, welche sich unter den 30 Proz. schlechter gestellten Beamten befänden, die Beibehaltung des Provisoriums wünschten, so sollten sie doch bedenken, daß ihnen schon vor der Besoldungsreform die Teuerungszulagen gegeben worden seien, um ihnen vorzeitig die bevorstehende Gehaltserhöhung zukommen zu lassen; und wenn sie jetzt sagten, sie bekämen nichts, weil sie schon früher etwas bekommen hätten, so liege darin eine Warnung, jemandem etwas zu früh zu geben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das betreffende Mitglied gehörte wohl zu der edlen Prot- und Heißschwulderpartei. Erst macht man die Verteuerung, dann verhöhnt man die Beamten wegen ihrer Klagen. Selbst wenn aber die Kommissionsbeschlüsse angenommen würden, wären die Wünsche der Unterbeamten keineswegs befriedigt. Der Wohnungsgeldzuschuß für die Unterbeamten ist viel zu niedrig; er beträgt im Durchschnitt 300 M. gegenüber 546 der mittleren und 874 bezw. 1404 M. der höheren Beamten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch Redner bürgerlicher Parteien haben dieser Reimung Ausdruck gegeben. Der Wohnungsgeldzuschuß für die Unterbeamten müßte mindestens auf durchschnittlich 360 M. erhöht werden. Der Herr Finanzminister kam wieder mit seiner 100prozentigen Aufbesserung seit 1873. Ich konstatiere erneut, daß von damals bis 1906 die Ingeheuerlichkeit bestand, daß der Wohnungsgeldzuschuß für die Unterbeamten 75 bis 240 M. betragen hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dafür kann man sich in Berlin höchstens ein Zimmer, nicht einmal zwei mieten. Daß da eine 100fache Aufbesserung kommen müßte, war selbstverständlich. Wenn man den Unterbeamten etwas gegeben hat, so deshalb, weil die qualifizierten Arbeiter sich höhere Löhne erkämpft haben, als sie zum guten Teil die Beamten beziehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Verdienst also an der Aufbesserung der Gehälter der Unterbeamten kommt den Arbeitergewerkschaften zu. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dem preussischen Finanzminister erinnert die Forderung von 360 M. Wohnungsgeldzuschuß für die Unterbeamten freilich schon an den Zukunftsstaat. Wir sind ihm dankbar für eine solche Einschätzung des preussischen Gegenwartsstaates. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Minister braucht auf unseren Zukunftsstaat gar nicht zu warten, er braucht sich nur den

sozialdemokratischen Gegenwartsstaat

anzusehen. Im „Vorwärts“-Betrieb, den man doch als einen sozialdemokratischen ansprechen kann, soweit nämlich sozialdemokratische Grundzüge innerhalb unserer heutigen Gesellschaft überhaupt durchgesetzt werden können, beträgt das höchste Rebalteurgehalt 4800 M., während kein Zeitungsbeförderer weniger als 3000 M. bezieht, was auch ganz selbstverständlich ist bei dem aufreißenden Dienst, obendrein bei Nachtzeit, den die Zeitungsbeförderer zu leisten haben. Aber auch die Redaktionsboten im „Vorwärts“, die schon einige Jahre im Dienst stehen, erhalten 27,50 und 34 M. Wochenlohn, das sind 1404 und 1768 M. pro Jahr, pro Tag 4,58 M. und 5,66 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es gibt sehr viele preussische Beamte, die einen solchen Lohn nicht beziehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und die ungeheure Mehrheit der preussischen Staatsbahnarbeiter, denen man noch verfassungswidrig das Koalitionsrecht nimmt, bezieht ein weit geringeres Einkommen. Also folgen Sie nur dem Beispiel des sozialdemokratischen Gegenwartsstaates. Doch Sie werden das nicht tun, Sie werden vielmehr sogar den Unterbeamten das Wenige noch nehmen, was sie bis jetzt schon zu besitzen glaubten. Und das 48 Stunden später, nachdem man hier 3 1/2 Millionen verschleubert

hat! (Hol rechts.) Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Solche Taten werden auch die konservativen Beamten zum Nachdenken bringen. Das beweisen ja die letzten Wahlen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Damit schließt die Debatte. Die ersten Paragraphen werden in der Kommissionsfassung angenommen. Beim § 4 erklärt Finanzminister v. Rheinbaben nochmals den entscheidenden Kommissionsbeschluss für unannehmbar. Nach kurzer Debatte wird der Kommissionsbeschluss gegen einen Teil der Reden und des Zentrums angenommen, ebenso der Rest der Vorlage. Eine Resolution der Kommission, die die Regierung ersucht, durch entschiedenes Eintreten im Bundesrat

die Schnapp-Gruppe. Jede dieser Gruppen zeigt wieder eine reiche Mannigfaltigkeit. So erscheint in der ersten Gruppe zunächst der „wauwau“. Im Niederdeutschen „wufft“ der Hund. Aber der Laut wird auch als bau, boff, biss, buff wiedergegeben. Im Bairischen bedeutet „bauffen“: bellen wie kleine Hunde. Sie „bauffen“ jedoch auch, sie „gauffen“ und „pauffen“. Sie blauffen, bausfen und bäffen, blauffen und bläuffen, sie machfen „Rau hau“, sie „hauschen“ in der Schweiz, sie gauzen, gäuffen, klautschen, klaffen, kläuffen, mauffen, zauern, schaulen. — Und all das verüben sie bloß in der Wau-Gruppe!

Humor und Satire.

Vor dem preussischen Herrenhaus. Fremdenführer (D Spreuche): „Das da ist das preussische Herrenhaus.“ Fremder (Schwerhörig): „Da schau her, a Herrenhaus. Herrschaft, is döös nobel! Da wern aber wohl nur die ganz vornehmen Verrückten eingesperrt?“ Die Würde des Hauses. „Ich habe die Würde des Hauses gewahrt,“ sagte der Junker, da warf er die Dienstmagd, die er geschwängert hatte, zur Tür hinaus. Regentenhumor. Also auch gepanzerte Fäuste schätzen nicht vor Furrunkeln? Das werde ich mir merken. Eine chinesische Militärdeputation habe ich schon empfangen. Wie die Kerle die Augen zusammenkniffen! Wenn ich nur wüßte, ob das in der Rasse liegt, oder ob sie mich etwa — scheel angesehen haben! („Der Postillon.“)

In einem Kloster. „Wer hat Euch denn den Bischofsstab geschenkt?“ Ach, irgend so'n Nachkomme von den korumpierten Fürsten, die die Verberbung des Glaubens und der Sitten unter dem Namen Reformation förderten! Zukunft. „Wie viele Fakultäten hat die Universität in Ihrem Städtchen?“ „Warten S' mal —, meine Tochter war verlobt mit einem Juristen, von einem Theologen hatte sie ein Kind — und ein Altphilologe hat sie geheiratet; somit hat die Universität drei Fakultäten.“ („Jugend.“)

Notizen.

— Professor Dr. Goldscheider, der ärztliche Direktor des Rudolf-Birchow-Krankenhauses, hat eine Verurteilung als ärztlicher Direktor des poliklinischen Universitätsinstituts in Berlin erhalten, bez er Folge zu leisten gedenkt.

haben zu wirken, daß baldmöglichst die erheblichen Mißstände beseitigt werden, welche in einigen Städten die Ortstaxen- und die Wohnungssteuern bei der jetzigen Regelung des Wohnungsgeldzuschusses hervorgerufen hat, wird angenommen.

Damit ist die zweite Beratung erledigt; es folgt die dritte Lesung.

Umfall der Mehrheit.

Es liegt ein konservativer Antrag vor, in § 4 die Regelungsvorlage wieder herzustellen.

Ein Antrag Dr. Reibold (fl.) und Waldstein (fortsch. Sp.) schlägt eine etwas veränderte Fassung des Beschlusses der zweiten Lesung vor.

Finanzminister Frh. v. Helldorf: Dieser Antrag trägt wohl gewisse technische Mängel in sich, läßt aber die Disparität zwischen preussischen und Reichsbeamten bestehen. Ich bin aber bereit, eine eingehende Prüfung der Beschwerden einzelner Orte vorzunehmen. Wo uns dann Änderungen in der Ortstaxeneinteilung erforderlich erscheinen, werden wir solche beim Bundesrat beantragen. (Rebater Beifall rechts.) Ich kann auch dem Antrag Reibold gegenüber mein „Anschreiben“ nur wiederholen.

Abg. v. Derggen (fl.): Nach der neuerlichen Erklärung des Finanzministers (Abg. Hoffmann (Soz.)) fallen wir uml. — Große Heiterkeit. — werden wir die Kommissionsbeschlüsse nicht mehr aufrechterhalten, da wir das Gesetz nicht scheitern lassen wollen. Wir werden daher für den konservativen Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage stimmen. (Abg. Dr. Dieckhoff (Soz.) Politischer Epitaph — Abg. Hoffmann (Soz.) Politischer Weitzanzl. — Heiterkeit.)

Abg. v. Henning (fl.): Ich tritt für den konservativen Antrag ein. Ich freue mich, daß Herr v. Derggen jetzt auch zu einer anderen Auffassung gekommen ist. Wir waren und eben schon vorher darüber klar, was zu erreichen war. (Abg. Hoffmann (Soz.) zu den Freikonserverativen: So wird Ihre Intelligenz eingeschätzt. — Heiterkeit.)

Die Abg. Dr. Schröder-Rassel (natl.) und Waldstein (fortsch. Sp.) erklären sich gegen den konservativen Antrag.

Abg. Dr. Savigny (B.) ist für Besetzung der Kommissionsbeschlüsse.

In der Abstimmung wird der konservative Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage gegen die Linke und einen kleinen Teil des Zentrums und der Freikonserverativen angenommen und hierauf das ganze Gesetz in dritter Lesung gegen die große Mehrheit der Rationalliberalen, der Volkspartei und gegen die Sozialdemokraten.

Nach Erledigung des Gesetzes betreffend den Rogatenschluß in zweiter und dritter Lesung vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 11 Uhr: Sekundärbahnvorlage in dritter Lesung (Anträge, Petitionen).

Schluß 4 1/2 Uhr.

Verhandstag der Brauereiarbeiter.

Berlin, 11. Juni.

Die gestern eingesehene Kommission hat sich auf einen Vermittelungsantrag hinsichtlich der streitigen Frage im Unterstufungsbescheid geeinigt. Er geht dahin, daß die Bezugszeit für den Empfang von Arbeitslosenunterstützung 7 Tage, für Krankenunterstützung 10 Tage betragen und daß die Bezugnahme auf § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuchs fortfallen soll. Hinsichtlich der im Statutenentwurf vorgesehenen Sterbegeldsätze schlägt die Kommission vor:

„Diejenigen Mitglieder des Wählerarbeiterverbandes, welche bei Vollzug der Verschmelzung bereits den Anspruch auf ein höheres Sterbegeld als den Höchstbetrag von 90 M. erworben haben, bewahren sich diesen entsprechend den Bestimmungen des Sterbegeldregulativs ihres bisherigen Verbandes. — Auch hinsichtlich der Höhe des Sterbegeldanteils, der beim Tode der Frau eines Mitgliedes gemährt wird, macht die Kommission einen Vermittelungsantrag.“

Die Vorschläge der Kommission wurden in getrennten Sitzungen der Delegierten beider Verbände beraten, weil es nach Ansicht der Kommission auf diese Weise besser gelingen wird, die Gegner im Kreise der eigenen Mitglieder zum Nachgeben zu bewegen.

In der Sitzung der Brauereiarbeiter

gab Sassenbach den Bericht der Kommission, der ihn als Unparteiischer vorgelesen hat. Er betonte, daß die Kommission ihre Beschlüsse einstimmig gefaßt habe. Wie man sich zur Verschmelzungfrage auch stellen möge, man müsse bedenken: Wenn eine Einigung jetzt nicht zustande käme, so würde das eine Schädigung der Arbeiterinteressen und eine Blamage vor der deutschen Arbeiterbewegung bedeuten. Selbst die Gegner der Verschmelzung in der Kommission seien der Meinung, daß die Verschmelzung, nachdem sie schon so weit gediehen sei, an den Differenzen im Unterstufungsbescheid nicht scheitern dürfe.

Heyshold (Vertreter des Bäckerverbandes) empfahl die Annahme der Kommissionsvorschläge. Der Brauereiarbeiterverband habe sich in der Verschmelzungfrage soweit engagiert, daß er nicht mehr zurückkomme. Es dürfe nicht gefragt werden: Was geben uns die Wählerarbeiter und was kosten sie uns? Dieser Standpunkt würde dem Zentralisationsgedanken widersprechen. Nicht das Trennen, sondern die großen Gesichtspunkte, welche die Arbeitererschaft einigen, müssen betont werden.

Zwei von den nachfolgenden Rednern betonten scharf, daß die Situation keineswegs eine Verschmelzung unter allen Umständen notwendig mache. Allerdings sei die ganze Angelegenheit verfahren, aber nicht durch die Schuld der Mitglieder, sondern durch die Schuld der beiden Vorstände, welche die Verschmelzung zu betreiben bemüht gewesen seien, obwohl der Rühener Verband die Brauereiarbeiter den Zusammenschluß der Rühener- und Genußmittelarbeiter abgelehnt hat. Es liege in der Arbeiterbewegung einzig da — sagte Träger — Berlin —, daß der Wählerarbeiterverband gleichzeitig mit zwei Organisationen über seinen Anschluß verhandelte und daß jede der beiden Organisationen den Anschluß an die andere zu hintertreiben gesucht habe. Die Gegner der Verschmelzung hätten keine Bekanntschaft, die Situation zu retten, die die beiden Vorstände verfahren hätten. Wenn die Ablehnung als eine Blamage gelten sollte, so sollte die Schuld dafür nur auf die Vorstände. — Hierauf kamen mehrere Redner zum Wort, darunter grundsätzliche Gegner der Verschmelzung, die alle übereinstimmend für Annahme der Kommissionsvorschläge eintraten, mit der Begründung, daß die gegenwärtige Situation keinen anderen Ausweg übrig lasse. Jetzt sei die Verschmelzung im beiderseitigen Interesse geboten, deshalb müsse eine Verständigung über die Differenzpunkte erzielt werden.

In namentlicher Abstimmung wurden die Vorschläge der Kommission mit 40 gegen 8 Stimmen angenommen. Das Verhältnis der Stimmen, nach den Mitgliederzahlen berechnet, ist 94:17 gegen 8:17.

Inzwischen war auch die

Sonderberatung der Wählerarbeiter

beendet. Sie traten wieder mit den Brauereiarbeitern zu gemeinsamer Sitzung zusammen. Ihre Vorsitzenden Käppler verkündete, daß die Vorschläge der Kommission von den Wählerarbeitern mit einer unwesentlichen redaktionellen Änderung einstimmig angenommen worden sind.

Hierauf wurde noch ein als strittig bezeichneter Punkt behandelt:

Die Zusammenlegung des künftigen Verbandsvorstandes.

Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, den Vorstand zusammenzusetzen durch einen ersten, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, von denen einer der bisherige angestellte Vorsitzende des

Wählerarbeiterverbandes sein soll, den Kassierer, den Revisor, zwei Sekretäre, deren einer der bisherige zweite Angestellte des Wählerarbeiterverbandes sein soll, und neun Beisitzer. Die Sekretäre sollen nur beratende Stimme im Vorstand haben.

Nach einer längeren Debatte über die Höhe der Gehälter wurde die Aufstellung einer Gehaltskala einer Kommission übertragen. Dann folgte der Verbandsrat die Statutenberatung fort. — Unter den ausnahmsfähigen Personen werden auch die Brauereiarbeiter in den betreffenden Paragraphen ausdrücklich benannt. Im übrigen wurden die Vorschläge des Entwurfs ohne wesentliche Änderungen angenommen. Danach bleibt der Beitrag von 30 Pf. bei einem Wochenverdienst unter 18 M. und 50 Pf. bei höherem Verdienst bestehen. Die Unterstützung bei Erwerbslosigkeit beträgt pro Tag eine Mark in der höheren Beitragsklasse und wird gemindert nach einer Mitgliedsdauer von einem Jahre für 45 Tage, nach drei Jahren für 60 Tage, nach fünf Jahren für 75 Tage, nach sieben Jahren für 90 Tage. In der niedrigen Beitragsklasse beträgt die Unterstützung pro Tag 60 Pf. Die ebenfalls nach der Dauer der Mitgliedschaft abgestuften Sterbegeldsätze betragen 45 bis 90 M. in der höheren und 27 bis 54 M. in der niedrigen Beitragsklasse.

Auf Vorschlag der Kommission wurde eine Gehaltskala angenommen, welche im wesentlichen folgendes festsetzt: Die Vorstandsbeamten, Bezirksleiter und Sekretäre im Hauptbureau erhalten ein Anfangsgehalt von 2000 M., welches in acht Jahren nach und nach auf 3000 M. steigt. Die vom Verbandsrat zu wählenden Vorstandsmitglieder erhalten 300 M. mehr wie die vorgenannten. Die männlichen Hilfsbeamten erhalten ein Anfangsgehalt von 1800 M., welches bis 2500 M. steigt. Für Orte mit besonders teuren Lebensverhältnissen können Ortszuschüsse gewährt werden. Der Rest der Tagesordnung wird am Sonntag erledigt.

Die Wählerarbeiter hatten nicht, wie im gestrigen Bericht steht, eine sieben-, sondern eine viertägige Karenzzeit für den Bezug von Unterstützungen.

13. Generalversammlung der Schuhmacher Deutschlands.

Bonn, 10. Juni 1910.

Fünfter Verhandlungstag.

Die Statutenberatung wird weitergeführt. Ein Antrag des Vorstandes, der besagt, daß selbständige gewerbetreibende Kollegen keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben, ruft eine längere Debatte hervor. In berechneten Worten wird der schmachvolle Zustand geschildert unter dem die selbständigen Kollegen recht oft leiden, besonders jene Kollegen, die für Lieferungsarbeiten arbeiten. Um nicht zweierlei Mitglieder zu schaffen, wird die Ablehnung des Vorstandes angedeutet; die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrages.

Stille Anträge wünschen die Sterbeunterstützung auch für die unbeschäftigten Mitglieder. Dies wird abgelehnt.

Eine umfangreiche Debatte wird entfacht durch einige Anträge, die sich mit den Pflichten der Baustellen gegen die Gauleitungen und andererseits über die Art der Wahl der Gauleiter beschäftigen. Bürger, Berlin will, daß die Mitglieder selbst die Gaubeamten wählen und auch absetzen können, da nur diese Art der Wahl der Demokratie entspreche.

Simon tritt dem entgegen und verlangt, daß diese Angelegenheit vom Vorstand geregelt werden müsse unter Berücksichtigung der Wünsche der betreffenden Kollegschaft, da sonst Ungleichheiten aller Art entstehen könnten. — Alle diesbezüglichen Anträge wurden abgelehnt.

Beschlossen wurde, daß in Zukunft die Gauberichte vier Wochen vor Stattfinden der Gauleitungen veröffentlicht werden sollen. Desgleichen wurde der Vorstand verpflichtet seine Anträge zum Verbandsrat zirkulär zu versenden, damit die Mitglieder Zeit und Gelegenheit haben, sich mit diesen Anträgen zu beschäftigen. Ferner wurde statutarisch festgelegt, daß die Kollegen, die wegen Invaldität keine Beiträge mehr zahlen, nur Anspruch in allen Unterstützungsanstalten auf die vom Vorstand festzusetzenden Summen haben.

Der Bezug der Krankenunterstützung soll künftig nach voller Aussteuerung erst nach weiterer Zahlung von 65 Wochenbeiträgen erfolgen. Die weiteren Beratungen der einzelnen Unterstützungsreglemente ergeben keine wesentlichen Änderungen.

Von einigen Rednern wird bedauert, daß der Vorstand keine verwaltungsmässigen Neuerungen im Verband eingeführt hat; genannt werden Regulativ für die Unterkassen, Anweisung für die Ortsverwaltung uim.

Weiter erklärt namens des Vorstandes, daß der Vorstand deshalb keine Neuerungen eingeführt habe, weil solche nicht absolut notwendig waren und man nicht unnötigerweise die Ortsverwaltungen beunruhigen und damit die Verwaltung erschweren sollte. Ein neu ausgearbeiteter Entwurf über die Art der Abrechnungen würde in nächster Zeit den Ortsverwaltungen zugehen.

Von Weise-Dresden und Simon-Bonn begründet, wird folgender Antrag angenommen:

„Der Vorstand sollte dahin wirken, ein gutes Einvernehmen und solidarisches Verhalten zwischen älteren und jugendlichen Arbeitern herbeizuführen; insbesondere Material zu sammeln, in welcher Weise die Bestimmungen der neuen Gewerkeordnungs-novelle eingehalten werden.“

Haupt-Regensburg begründet die von der Kommission aus-

Gehaltskala.

Er führt aus, daß die Gehälter der Verbandsbeamten durchaus nicht mehr zeitgemäß seien und dringend der Aufbesserung bedürfen. Der Zahl seiner Mitglieder nach stehe der Schuhmacherverband an 18. Stelle der deutschen Gewerkschaften, in der Entlohnung seiner Beamten jedoch an 64. Stelle. Das sei ein Zustand, der nicht länger aufrechterhalten werden könne. Die Vorschläge der Kommission lauten: Das Grundgehalt der Vorstandsmitglieder beträgt 2200 und steigt in 16 Jahren auf das Höchstgehalt von 3000 M. Das Grundgehalt der Gauleiter beträgt ebenfalls 2200 M. und steigt in 13 Jahren bis zum Höchstlohn von 3000 M.; die Hilfsarbeiter fangen mit 1800 M. an und steigen deren Gehalt in 10 Jahren auf 2000 M. — Diese Vorlage stößt auf ziemlich energischen Widerstand der Delegierten.

Sinkheimer-Bremen hielt zwar auch eine Erhöhung der Beamtengehälter für notwendig; aber für den Kommissionsantrag könne er nicht stimmen. Er vertritt die Ansicht, daß, wenn ein Beamter seine volle Arbeitskraft bezahlt erhalte, er sie dann auch voll für den Verband verwenden müsse, das sei aber bei einigen Kollegen, z. B. bei Simon, nicht der Fall. (Simon ist bayerischer Landtagsabgeordneter.)

Gegen diese Ansicht wendet sich Haupt. Er betont, daß sowohl die Mitarbeit Simons im Landtag als die Kenntnisse, die er sich dabei erworbe, im Interesse der Arbeiterchaft liegen und ihr wieder zugute kommen. Nach mehrstündiger Debatte, in der Vertagungsanträge gemacht wurden, einigt man sich schließlich, nachdem auch der Vertreter der Generalkommission dazu gesprochen, auf folgende Skala: Das Gehalt des Vorstandes soll in 11 Jahren von 2200 auf 3300 M. steigen, das der Gaubeamten in 13 Jahren von 2000 auf 3000 M. und das der Hilfsarbeiter und Ortsbeamten soll in 10 Jahren von 1800 auf 2000 M. steigen.

Wieviel Jahre rückwirkende Kraft diese Skala haben soll, darüber wird die Kommission am Sonntage berichtet.

Frau von Schönebeck vor den Geschworenen.

Sechster Verhandlungstag.

Gestern wurde die Öffentlichkeit wieder hergestellt und die Beweisaufnahme begonnen. Sie erstreckt sich zunächst auf den Leichensfund. Kriegsgerichtsrat Reichardt (Vorn) bekundet, daß

er der erste Gerichtsbeamte war, der zur Leiche des Majors v. Schönebeck gerufen wurde. Als er in das Haus eintrat, kam ihm Göben entgegen, der auffallend bleich und übermäßig aus-sah. Zeuge ist dann in das Schlafzimmer Schönebeds gegangen, in dem an der Decke noch die elektrische Lampe brannte. Major v. Schönebeck lag tot zwischen Bett und Türschwelle, und zwar lag der Kopf am Bett, die Füße an der Schwelle. Zwischen den Beinen am linken Knie lag ein Armeerevolver. Die Wundung der Waffe war nach dem linken Bein zu gerichtet. Die Bettdecke war zurückgeschlagen und wies ebenso wie der Erdboden in der Nähe der Leiche einige Blutflecke auf. — Verteidiger Rechtsanwalt Bahn: Hören Sie, daß Göben sagte, Frau v. Schönebeck könne froh sein, daß sie diesen Mann los sei; er sei ein roher Mensch gewesen? — Zeuge: Ja, habe das nicht von Göben direkt gehört, sondern erfahren, daß er es zu anderen gesagt hat. — Verteidiger Rechtsanwalt Bahn: Angeht die Leiche? — Zeuge: Jawohl, angeht die Leiche. — Vors. (erregt): Es wird mir mitgeteilt, daß im Zuschauerraum mit einem Opernglas hantiert wird. Man sagte mir, daß das auch schon in der Eröffnungssitzung der Fall gewesen sein soll. Es ist hier aber kein Theater. Ich kann dieses Verhalten nur als höchst ungehörig rügen. — Kriegsgerichtsrat Konradi, steht in Hofglen, befindet: Am 26. Dezember morgens begegnete mir auf der Straße der Gerichtsbote, der mir sagte, daß Major v. Schönebeck sich erschossen habe. Da ich der zuständige Untersuchungsrichter für das Dragonerregiment war, begab ich mich ins Haus. Hier öffnete mir Fr. v. v. Schönebeck und es trat mir dann Hauptmann v. Göben entgegen. Ich bat ihn, mir die Leiche zu zeigen. Er betam offensichtlich einen Schreck und tat, als ob er mich nicht kenne. — Vors.: Kennen Sie ihn denn? — Zeuge: Jawohl, wir hatten uns noch zwei Tage vorher gesprochen. In dem Zimmer waren schon mehrere Herren, unter ihnen Kriegs-gerichtsrat Reichardt, Militärarzt Graef und Oberleutnant Dr. Ebener. Ich vernahm zuerst im Eßzimmer, das mit dem Schlaf-zimmer, in dem die Leiche lag, zusammenhängend, einige Zeugen, unter ihnen auch die Vorgesetzten und Hauptmann v. Göben. Ich hatte durchgesehen, daß die Zeugen die Leiche ansehen mußten. Mir fiel dabei sofort auf der scheue Blick, den Göben auf die Leiche gab. Die Vernehmung war jetzt nur eine kurze. Inzwischen war das Lazarettpersonal herbeigekommen. Ich wollte den Revolver ent-laden. Da ich aber eine derartige Waffe noch nicht in der Hand gehabt habe, verstand ich es nicht. Ich habe nichts an dem Revolver geändert. Auch der Wundarzt konnte ihn nicht entladen. Es war inzwischen Militärarzt Graef eingetreten und der entlad den Revolver. Es zeigte sich, daß der Revolver noch alle sechs Patronen enthielt. Das überraschte uns, denn wir waren der An-sicht gewesen, daß Major v. Schönebeck einen Selbstmord verübt hätte. Wir waren daher sehr erstaunt, daß alle sechs Patronen unversehrt im Revolver waren. Bei einer Patrone war eine kleine Vertiefung sichtbar.

Oberstabsarzt Dr. Ebener-Altenstein wurde gleichfalls am Morgen nach der Tat in die Schönebedsche Villa gerufen und hat die Leiche gesehen. Die Schußwunde befand sich auf der rechten Stirnseite über den Augenbrauen. Die Blutspur an der rechten Seite war bereits eingetrocknet. Major v. Schönebeck war sofort tot, wenn auch das Herz vielleicht noch einige Minuten geschlagen haben mag. Er ist sofort bewußlos gewesen, ist hingefallen und so liegen geblieben. Die Tür zum Gewehrschrank stand offen. Merkwürdig kam mir vor die Lage des Revolvers. Wenn jemand so hingefallen ist, wie die Leiche am Boden lag, dann mußte die Schußwaffe eigentlich anders liegen. Ich habe gleich gesagt, daß ein Selbstmord ausgeschlossen sei. Ich kam dazu erstens, weil am Schädel keinerlei Anzeichen von Schussverletzungen vorhanden war, die sonst hätte da sein müssen, und da ich gleich den Unterschied zwischen dem Kaliber des Armeerevolvers und dem der Schußwunde er-kannte. Der Sachverständige hat weiter am 27. Dezember die Leiche sezirt und festgestellt, daß die Einschulöffnung schräg nach hinten ging, so daß eine Auschulöffnung nicht vorhanden war. Nach Entfernung des Schädeldaches und Blosslegung des Gehirns kam der Sachverständige auf eine Höhle, die vollständig mit ge-zückter Gehirnmasse und Blut angefüllt war. Diese Höhle war etwa 6 Zentimeter im Durchmesser. Im hinteren Schädeldach war der Eindruck zu sehen, den das Gesicht beim Aufsprallen hinterlassen hatte. Das Gesicht selbst lag inwendig, etwas vom dem hinteren Schädeldach entfernt. Der Schußkanal ging direkt horizontal. Der Tod des Major v. Schönebeck ist durch Erschießen eingetreten. Die Wunde war absolut tödlich. — Oberstabsarzt Dr. Richter-Altenstein bekundet als Sachverständiger gleichfalls, daß der Schußkanal in gerader Richtung ging und daß der Schuß absolut tödlich war.

Eine Reihe Beweisaufnahmen wurden vorgelegt, darunter die Kugel, die die Kugel aus dem Schädel des Major v. Schönebeck entfernt hatten, und die Munition, die in dem noch voll geladenen Armeerevolver des Major v. Schönebeck gefunden wurde, ferner eine Pistole, die vollkommen derjenigen gleicht, mit der Hauptmann von Göben den Major v. Schönebeck erschossen hat. Die Waffe, mit der er die Tat selbst ausgeführt hat, hat Göben damals in die Kasse gemworfen.

Gestern wurde als Zeuge Militärarzt Graef-Altenstein auf-gerufen, der mit der Familie des Majors v. Schönebeck eng be-freundet war und bei dem Frau v. Schönebeck nach der Tat durch Vermittelung des Hauptmanns v. Göben mit ihren Kindern Auf-nahme gefunden hat. Er wurde am Morgen nach der Tat zu der Leiche gerufen und hat den Revolver entladen, in dem sich noch alle sechs Patronen befanden. Ob der Revolver entriegelt war, kann Zeuge nicht mehr angeben, ebensowenig, ob etwa die Waffe verjagt hat. — Bäckermeister Fuhrmann (Altenstein) macht ein-gehende Bemerkungen über die von ihm vorgenommene Schieß-versuche. Der Sachverständige widerlegt die bisherige Annahme, daß Major v. Schönebeck auf Hauptmann v. Göben einen Schuß habe abgegeben wollen, daß aber der Revolver verjagt habe. Er habe damals zwar eine kleine Vertiefung in der Patrone als einen indirekten Verjäger bezeichnet, aber ein richtiger Verjäger hätte eine tiefe Rinne machen müssen. Diese kleine Vertiefung wäre auch beim Entladen entstanden sein. Er habe den Ausdruck Ver-jäger gebraucht unter dem Einfluß der Offiziers, die formwährend von einem Verjäger sprachen. Der Einschlag des Hahns hätte an einer ganz anderen Stelle erfolgen müssen, wie die spätere Ver-suche gezeigt hätten. Es liegt kein Verjäger vor.

Sachverständige Bäckermeister Fuhrmann und Biesche (Sens-burg) bekunden übereinstimmend, daß die Stärke des Kalibers von verschiedenen Umständen abhängt, von der Entfernung, aus der ge-schossen würde, von den verschiedenen Portieren, Gardinen usw. Der eine Sachverständige meint, es sei möglich, daß der Schuß-geklungen habe wie ein Hauch. — Kriegsgerichtsrat Konradi gibt hierzu an, daß er in Gemeinschaft mit anderen in dem Nord-zimmer Schießversuche gemacht habe. Man hörte oben im Zimmer der Angeklagten den Knall ganz deutlich. Allerdings waren bei diesen Versuchen keine Kugeln im Zimmer.

Der jebige Untersuchungsrichter Pollok hat in der Nacht vom 26. zum 27. Dezember von 11 bis 1 Uhr auf Posten gestanden, und zwar am Schloße, in einem Winkel, der nach dem Hofe zu einspringt. Um 1 Uhr etwa kam ein Herr von großer Gestalt mit einer Pelzmütze von schwarzer Farbe an ihm vorbei. Der Herr hatte einen vorn-übergebeugten Gang. Der Zeuge fragte ihn, wie spät es sei. Der Herr antwortete 1 1/2 Uhr. Er sah den Zeugen dabei an. Der Herr ging dann weiter und blieb am Schönebedschen Hause stehen. Dann kam die Ablösung und der Herr ging auf die andere Seite der Straße, wo es etwas dunkler war. Der Vorstehende hält dem Zeugen vor, daß der Mann, der als v. Göben bezeichnet wird, eine Spornmütze getragen habe. Der Zeuge bleibt aber dabei, daß es eine Pelzmütze gewesen sei. Auf die Frage, wie das Wetter war, erklärt der Zeuge, es sei ziemlich hell gewesen. Ob der Herr etwa Strümpfe über den Stiefeln getragen habe, habe er nicht bemerkt. Um 1 1/2 Uhr habe er einen dampfen Schlag gehört und geglaubt, es sei ein Ziegel vom Dache gefallen, er habe aber sonst weiter nichts bemerkt. Von 3 bis 5 Uhr hat der Zeuge wieder Posten ge-standen, hat aber in dieser Zeit nichts Verdächtigendes gemerkt. Der Zeuge Militärarzt Graef macht ähnliche Bemerkungen, als ich

mit seinen Kameraden von der Abfertigungspost am dem Schöne-
 beschen Hause vorbeizumachen, sahen wir einen Mann am Zaune
 stehen. Als wir in seine Nähe kam, drehte er sich um und ging auf
 die andere Seite, wo es etwas dunkler war. Vorher: Haben Sie den
 Mann nicht gefragt, was er da noch so spät macht? Zeuge: Das
 habe ich nicht gefragt, ich habe nur nachher zu meinen Kameraden
 gesagt: Was der noch hier rumtrudelt. Justizrat Sella: Es muß
 v. Köben doch bezeugt gewesen sein, daß am Schloß ein Posten stand.
 Staatsanwalt: Es war ein Patrouillierposten, der nicht nur vorn
 am Schloß, sondern auch innerhalb zu tun hatte. Justizrat Sella:
 Herr v. Köben mußte doch aber wissen, daß er einer Abfertigung be-
 gegnen konnte. Zeuge: Ja.

Hierauf wurde die Verhandlung auf Dienstag vertagt. Mon-
 tag soll auf Antrag der Verteidigung mit Rücksicht auf den Gesund-
 heitszustand der Angeklagten sühnensfrei bleiben.

Soziales.

Bundesratsverordnung.

Der gestrige Reichsanzeiger veröffentlicht eine Bundes-
 ratsverordnung vom 4. Juni 1910 über die Beschäfti-
 gung von Arbeiterinnen in Meiereien
 (Molkereien) und Betrieben zur Sterili-
 sierung von Milch. Die Verordnung soll am 1. Juli
 1910 in Kraft treten und an Stelle der Bundesratsverord-
 nung vom 10. Juni 1904 treten. Danach dürfen in Meiereien
 (Molkereien) und Betrieben zur Sterilisierung von Milch für
 die Beschäftigung von Arbeiterinnen über sechzehn Jahre die
 Bestimmungen im § 137 Abs. 1 der Gewerbeordnung und
 unter Ziffer 5 Abs. 1 der Bekanntmachung vom 13. Juli 1900
 (Reichsgesetzbl. S. 566) mit folgenden Maßgaben außer An-
 wendung bleiben:

1. die Arbeitsstunden müssen zwischen vier Uhr morgens
 und neun Uhr abends liegen (bislang 4 bis 10);
2. denjenigen Arbeiterinnen, welche abends nach acht Uhr
 (bislang 8½) beschäftigt werden, ist an Stelle der nach § 137
 Abs. 3 der Gewerbeordnung und nach Ziffer 5 Abs. 3 der
 Bekanntmachung vom 13. Juli 1900 (Reichsgesetzbl. S. 566)
 zu gewährenden Pause um Mittag eine mindestens drei-
 stündige Pause zu gewähren.

Die Grubenbarone im Kampfe gegen Arbeiter und Beamten.

Es fielen und soeben zwei Dokumente in die Hand, die zwar
 schon etwa drei Jahre alt sind, aber darum an Wert nichts ein-
 gebüßt haben, weil sie den Krieg kennzeichnen, den die Herren
 gegen Arbeiter und Beamte führen.

Gewerkschaft Gottesfegen.

Böttchinghausen i. B., den 17. Sept. 1907.

An Herrn Betriebsführer Dellmann, Zeche „Güdauf Tfo.“
 Baryp.

Herrn Kollege!

Im Auftrage des Herrn Bergassessor Kleine die ergebene Bitte
 von unserer Zeche doch keine Schleppler mehr anzunehmen, denn es
 haben in diesem Monat 18 Schleppler gekündigt, wobei ich keinen
 einzigen Schleppler angenommen habe. Die haben schon laut werden
 lassen allmählich bei uns abzugehen, sobald wir keinen Mann
 mehr hielten. Auf diese Art und Weise kämen wir in die größte
 Kalamität. Ich appelliere daher an die gute Kollegialität auch
 dieses Wanders mit verhüten zu helfen.

Freundlichen Gruß S. Christ.

Coar- und Rosel-Bergwerks-Gesellschaft. Schacht IV—V, Wer- lenbach.

Roxlingen, 6. Mai 1907.

Herrn Betriebsführer Dellmann, Zeche „Güdauf Tiefbau“
 in Baryp.

Für hiesige Schachtanlage ist ein Steiger Heinrich Rütten von
 Zeche „Güdauf“ kommend entlassen und in Dienst gestellt worden.
 Da aber der Mann auf mich keinen guten Eindruck macht bitte ich
 um gültige Nachricht, weshalb Rütten von Rütten von dort abgefchri-
 ist bzw. weshalb er entlassen wurde. Für Ihre Bemühung im
 Voraus bestens dankend zeichnet mit

Hochachtung Bernh. Schmidt,
 Betriebsführer.

(Privatim. Diskretion.)

Solche Schreiben fliegen immer von Zeche zu Zeche, wenn
 man es auch nur gelegentlich, wie das hier der Fall ist, beweisen
 kann. Entweder werden die Sachen gesperrt oder der einzelne
 wird verurteilt. Was früher noch ziemlich regellos geschah, ist jetzt
 durch den Zwangsarbeitsnachweis in ein unsehbar funktionierendes
 System gebracht worden. Lustig an der Sache ist höchstens, daß die
 Herren Betriebsführer nicht bloß mit ihren Arbeitern und Be-
 amten, sondern auch mit der Orthographie und der Grammatik
 auf dem Kriegsfuß stehen.

Der Vorkoster Wertkrieg.

Der längst zuungunsten der früheren Klassenärzte boendigt ist, zeitigt
 immer noch merkwürdige Erscheinungen. So hatten kürzlich einige
 der neuen Ärzte die Absicht kundgegeben, sich in den St. Georgius-
 Schützenverein und das Kasino aufnehmen zu lassen. Sie haben
 dadurch die Vorstände der beiden Vereine in nicht geringe Ver-
 legenheit gebracht. Wohl würden manche Mitglieder, einschließlich
 der Vorstände, die Aufnahme der neuen Ärzte in die Vereinigung
 gern sehen, nicht aber die den Vereinen bereits angehörenden alten
 Ärzte und deren Anhang. Es muß also damit gerechnet werden,
 daß eine Anzahl Mitglieder aus den genannten Vereinen austreten
 würden, falls die neuen Ärzte aufgenommen werden. Die Vor-
 stände haben nun einen originellen Ausweg aus dieser Verlegen-
 heit gefunden: sie haben den neuen Ärzten, unter denen sich
 obendrein beachtenswerte Partien befinden, bedeutet, mit ihren
 Aufnahmegebühren — noch zu warten. Auch eine Illustration zu
 dem Bibelwort: Du sollst deinen Nächsten lieben, wie dich selbst!

Aus Industrie und Handel.

Petroleummonopol.

In den „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik“
 untersucht Dr. Franz Gehre die Frage, wie den Finanzen des
 Reiches neue Einnahmequellen erschlossen werden können. Trotz
 aller drückenden Abgaben, unter denen die deutsche Volkswirtschaft
 leidet, könne der Staat nicht balanciert werden. „Im Hintergrunde
 steht drohend das Gespenst des finanziellen Bank-
 rotts.“ Auch die neuen Steuern, die man vom Reichstag in 2,
 höchstens 3 Jahren wieder verlangen wird, werden daran nichts
 ändern, weil eine stärkere Veranzugung der bestehenden Klassen
 einzuweisen bei der Zusammenfassung des Reichslages leider nicht
 zu erwarten ist. Unter diesen Umständen sieht Herr Dr. Gehre
 keinen anderen Ausweg, als durch Errichtung einiger extragewerlicher
 Monopole dem Reich neue Einnahmen zu schaffen, und schlägt des-
 halb vor ein Monopol auf Petroleum, Kali und Steinkohle.

Was das Petroleumgeschäft in Deutschland anbelangt, so ist
 unseren Lesern dessen Lage im ganzen bekannt. Es wird heute
 fast vollständig von der amerikanischen „Standard-Oil-Company“

besetzt, die neuerdings zwar im österreichischen Petroleum einen
 beachtlich wachsenden Konkurrenten erwachsen sieht. Jedoch sind
 schon seit über Jahresfrist die Verhandlungen im Gange, die darauf
 abzielen, sich mit den Österreidern in irgendeiner Form zu be-
 reitigen. Da Petroleum in Deutschland in irgend beachtlichen
 Mengen nicht gewonnen wird, so könnte es sich nur darum handeln,
 den Verkauf zu monopolisieren. Einlaufen müßte das Reich
 aber ebenso gut wie die Privatbändler von der „Standard-Oil-
 Company“. Wenn diese nun sieht, daß sie aus dem deutschen
 Handel herausgedrängt werden soll, so wird sie — das ist der erste
 Gedanke, der sich aufdrängt — einfach die Preise exorbitant in die
 Höhe schrauben oder überhaupt die Lieferung von Petroleum nach
 Deutschland eine Zeit lang sperren und so das Monopol von vorn-
 herein unmöglich machen.

Die Frage, ob sie das tun kann, verneint Dr. Gehre ganz
 entschieden, weil sie sich damit selbst schaden würde. An Viehöl
 werden aus Amerika insgesamt zirka 20 000 000 Faß exportiert,
 davon direkt nach Deutschland rund 2 000 000 Faß, d. h. ungefähr
 1/4. Berücksichtigt man jedoch, daß sehr erhebliche Mengen ameri-
 kanischen Viehöls auf dem Umwege über Belgien, die Niederlande
 und England nach Deutschland eingeführt werden, so ergibt sich
 nach der Reichsstatistik für 1907 eine Gesamteinfuhr amerikanischen
 Öls von rund 5 500 000 Faß im Werte von zirka 66 Millionen
 Mark, d. h. mehr als den vierten Teil des ganzen Leuchtöl-Exportes
 Amerika. So große Mengen können die Amerikaner nicht ein-
 fach zurückhalten und ausspielen. Das würde nicht nur riesige Ka-
 pitalien festlegen und enormen Jinderlust bringen, sondern auch
 den Weltmarktpreis ganz erheblich drücken. Um was für Gewinn-
 summen es sich dabei handelt, zeigt Dr. Gehre wie folgt. Die
 Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft, die größte deutsche
 Tochtergesellschaft der „Standard-Oil-Company“, hatte im Durch-
 schnitt der zehn Jahre 1896—1905 einen jährlichen Reingewinn von
 über 2 1/2 Millionen Mark trotz ganz außerordentlich hoher Ab-
 schreibungen. Wehrlich gewinnreich arbeiten die anderen Tochter-
 gesellschaften der „Standard-Oil-Company“. Die Petroleumraffinerie
 vormals Aug. Hoff und die Mannheim-Beemer A.-G.
 zahlten z. B. seit 1896 eine durchschnittliche Dividende von 40 bzw.
 30 Proz. In Wirklichkeit ist aber der Gewinn noch weit größer,
 weil der Truß selber seinen Tochtergesellschaften schon einen über-
 mäßig hohen Einkaufspreis anrechnet, damit der Gewinn in den
 Augen der unheimlichen deutschen Kritik nicht gar zu hoch erscheine.
 In Wahrheit ist also der Gewinn des Trußes am deutschen Geschäft
 gleich dem Gewinn seiner deutschen Tochtergesellschaften plus dem
 Ueberzuschuß des für Deutschland festgesetzten „Grundpreises“ über
 den Selbstkostenpreis. Der Truß hatte 1899 110 Millionen Pfund
 Sterling Kapital. Daraus verteilte er seit 1896 einmal 30 Proz.
 Dividende, sonst stets mehr (bis mehreremal 48 Proz.). Da gut ein
 Viertel des Exports nach Deutschland geht, zieht er allein aus
 diesem Lande einen Reingewinn von 40 bis
 45 Millionen Mark jährlich. Er kann also nicht daran
 denken, den Verkauf nach Deutschland zu sperren, zumal er risi-
 kieren würde, daß ihm dann die Konkurrenz von Gas, Spiritus,
 glühlicht und Elektrizität den deutschen Markt dauernd weg-
 schnappen würde.

Wie aus diesen Schilderungen hervorgeht, haben wir in
 Deutschland tatsächlich schon jetzt ein Petroleummonopol. Nur ist
 es ein Privatmonopol zugunsten der amerikanischen Gesellschaft.
 Dieses abzulösen durch ein Reichsmonopol, das wenigstens einen
 Teil jener Millionen, die jetzt als Profit in die Taschen amerika-
 nischer und anderer Kapitalisten fließen, in die Reichskasse lenkt,
 erklärt Dr. Gehre für eine Notwendigkeit und eine Pflicht. Er
 beschreibt dann im einzelnen, wie er sich die Einrichtung und den
 Betrieb eines solchen Monopols denkt.

Von geringerer allgemeiner Interesse sind seine Ausführungen
 über ein Kali- und ein Kohlenmonopol, da diese Dinge bei den viel-
 fachen Erörterungen der letzten Monate und Jahre oft berührt
 worden sind. Doch sei angeführt, daß nach seinen Berechnungen
 die drei Monopole dem Reich ganz erhebliche Summen liefern
 müßten. Er berechnet als Mindesteinnahme aus dem Petroleum
 24 Millionen Mark, aus dem Kali 85 Millionen, aus der Kohle
 100 Millionen. Das wären schon rund 230 Millionen, die sich aber
 nach seiner Ansicht zweifellos auf über 250 Millionen jährlich
 steigern ließen.

In Oesterreich plant man Maßnahmen gegen den Deltruss.
 Eine in diesen Tagen abgehaltene Ministerkonferenz hat folgendes
 erzwungen: Kündigung der Schlepplahnverträge zwischen den Fabriken
 der Vacuum Oil Co. und den Staatsbahnen, Aufhebung des er-
 mäßigten Kohlen- und Petroleumtarifs, Einstellung von Zisternen-
 wagen unter Verzicht auf die Bestimmung, wonach die Fabriken
 nicht mehr als 8000 Waggons Kohlen verarbeiten dürfen. Die Auf-
 hebung der ermäßigten Tarife dürfte im Laufe dieser Woche ver-
 öffentlicht und in Kürze mit der Kündigung der Schlepplahnverträge
 vorgegangen werden.

Die von selten der preussischen Eisenbahnverwaltung erfolgte
 Kündigung der Vorzugstarife für österreichisches Petroleum wird
 nicht aufrechterhalten bleiben.

Kommunale Abhängigkeit vom Privatunternehmen.

Die Stadt Köln hat mit der Rh. Aktien-G. für Braunkohlen-
 bergbau und Elektrizität einen Vertrag geschlossen, laut
 welchem der Gesellschaft auf 30 Jahre allein das Recht auf Lieferung
 elektrischer Energie für alle Zwecke der Stadt Köln innerhalb
 und außerhalb ihres Weichbildes zusteht. Im Vertrage sind Höchstpreise
 vorgegeben, auf welche unter bestimmten Voraussetzungen Er-
 mäßigungen eintreten. Formell ist die Abhängigkeit der Stadt
 etwas gemildert, indem man ihr einen Sitz im Aufsichtsrat der
 Gesellschaft zugesichert hat.

Die erste Zuwachssteuer auf dem Lande im Osten hat, wie man
 und schreibt, der Kreis Osterode i. Ostpr. eingeführt; sie ist am
 15. Mai in Kraft getreten. Erdboden werden 10 1/2 Proz. bei
 einem Zuwachs von über 10—15 Proz., 11 Proz. bei 15—20 Proz.
 Wertzuwachs und so fort bis 25 Proz. bei einem Wertzuwachs von
 155 Proz., die übrigen Bestimmungen schließen sich den bewährten
 Mustern an.

Höhere Schlachtviehpreise.

Die auf dem städtischen Viehhof im Monat Mai d. J. erzielten
 Schlachtviehpreise sind bedeutend höher als im gleichen Monat des
 Vorjahres. Es wurden im Mittel gezahlt für Rinder 132,50 M.
 (1909: 122,00 M.), Kühe 188,— M., (1909: 160,11 M.), Schafe
 136,37 1/2 M. (181,11 M.) und Schweine 126,— M. (118,83 M.).

Deutsches Kapital in Ungarn.

Wie aus Budapest berichtet wird, errichtet die Scheidemannsche
 Aktiengesellschaft für chemische Industrie in Berlin mit einem Kapital
 von 2 Millionen Kronen eine größere Fabrik in Budapest. Die
 Verhandlungen mit dem ungarischen Handelsministerium sind
 bereits dem Abschlusse nahe. Die Fabrik wird die Erzeugung
 solcher Produkte kullivieren, die bisher in Ungarn nicht produziert
 worden sind.

Betriebseinsparungen amerikanischer Baumwollspinnereien. Zwei
 große Baumwollspinnereien, die beide in Fall River im Staate
 Massachusetts liegen und über mehr als 600 000 Baumwollspinn-
 verlässen, haben sich entschlossen, die Arbeit auf die Hälfte herab-
 zuziehen.

Betrunkung des Handels in den Vereinigten Staaten. Die Ver-
 einigte Zigarrenladen-Gesellschaft, eine Gründung des Tabaktrusses,
 die vor einigen Jahren mit einem Kapital von 900 000 Dollar er-
 richtet wurde, hat ihr Kapital auf 9 Millionen erhöht. Sie betrieb
 im vorigen Jahre 400 Läden, die einen Ueberzuschuß von 832 500 Dollar
 ergaben. Jetzt sind es schon 600 Läden.

Großreedereien.

Ueber die gegenwärtige Größe des Schiffesbestandes einer Reihe
 Großreedereien gewährt folgende Zusammenstellung, die wir den
 „Hamburger Beiträgen“ entnehmen, einen Ueberblick:

	Anzahl der Seedampfer	Dr. Reg.- Lonnen	Danon in Bau Dr. Reg.- Lonnen	Danon in Bau Dr. Reg.- Lonnen
Hamburg-Amerika Linie	168	984 000	6	71 100
Norddeutscher Lloyd	194	679 000	—	—
White Star Line	80	461 000	2	90 000
Britisch India Steam Nav. Co.	111	452 000	3	15 000
Ellermann-Rines (inkl. Puschall's)	118	450 000	—	—
Peninsular and Oriental S. N. Co.	58	412 000	2	25 000
Alfred Holt u. Co.	65	381 000	2	80 600
Elber, Dempster u. Co.	118	345 000	8	80 000
Rippon Puien Kaisha (Japan)	79	307 000	—	—
Union Castle Line	41	295 000	8	83 500
Navigazione Generale Italiana	108	290 000	—	—
Deutsche Dampfschiffahrts-Ge- sellschafts Hansa	58	272 000	4	21 000
Furness Line	96	268 000	6	25 400
Lealand u. Co.	42	249 000	1	6 300
Canard Line	21	234 000	1	18 000

Demnach steht die Gropag weitläufig an der Spitze. Das sec-
 männliche Personal der Gesellschaft besteht aus 14 200 Mann; an
 Land sind 8500 Personen beschäftigt.

Die goldene Internationale.

Die Französisch-Russischen Summiwerke Provoznik in Nigo, an
 denen auch deutsches Kapital beteiligt ist, haben das abgelaufene
 Geschäftsjahr bei einer Bruttoerlösmehre von 22 894 641 (i. W. 21 673 557)
 Rubel mit einem Reingewinn von 2 210 180 (i. W. 1 983 540) Rubel
 abgeschlossen. Dieser günstige Abschluß des zweitgrößten Unter-
 nehmens dieser Branche in Russland ist in der Hauptsache auf die
 Erhöhung der Fabrikpreise um 7 1/2 Proz. zurückzuführen. An die
 Aktionäre gelangen zur Ausschüttung 1 080 000 Rubel gegen 840 000
 in den beiden Vorjahren, jedoch der Prozentfuß der Dividende, ob-
 wohl das Aktienkapital in der Zwischenzeit um 2 auf 9 Millionen
 Rubel erhöht worden ist, mit 12 Proz. der gleiche wie in den Vor-
 jahren geblieben ist. Da die Rohmaterialpreise von ihrem Höchst-
 stande wieder herabgekommen sind, jedenfalls auch wohl noch weiter
 sinken werden, die Summifabriken bis in die letzte Zeit hinein die
 Verkaufspreise erhöhten und mit diesen der rückläufigen Bewegung
 am Rohgummimarkt nicht folgen, ist für das laufende Jahr mit einer
 weiteren Gewinnsteigerung zu rechnen.

Aus der Frauenbewegung.

Die Hauptsache.

Das Organ des Verbandes süddeutscher katholischer Arbei-
 tinnenvereine, das in streng kirchlichem Sinne redigiert wird, ver-
 öffentlicht, „mit besonderer Freude“, wie die Redaktion sagt, das
 Urteil einer Arbeiterin über die Bedeutung des Verbandstages.
 Die „weiterblickende und in Vereinsfachen vielersahrene Arbeiterin“
 schreibt:

„Ihr alle, die Ihr diese Zeilen lest, dürft ja nicht meinen,
 daß ich einer oder eine von den „Studierten“ bin, die berufsmäßig
 in die Zeitung schreiben — o nein, ich bin eine ganz einfache
 Arbeiterin aus Südbayern, die aber einen Präfes hat, der
 die Wichtigkeit der Delegiertentage von vornherein richtig er-
 kannt und mich deshalb 1907 nach Mannheim, 1908 nach
 Rempten und 1909 nach München geschickt hat. (1) Mir war
 immer etwas bange bei der Vorbereitung und hatte Furcht vor
 der Verantwortlichkeit einer Delegation. Denn wenn man so
 viel Geld vom Verein mitbekommt, dann muß man auch den
 entsprechenden Erfolg für den Verein mit nach Hause bringen.
 Doch war man mit mir bei meiner Rückkehr immer ganz zu-
 frieden und darum lade ich von jedem Vereine eine, die einen
 gesunden Verstand und guten Willen hat, ein, heuet ganz be-
 stimmt nach Karlsruhe zu kommen; man wird auch mit Euch
 zufrieden sein.“

Und was weiß die Schreiberin von der praktischen Bedeutung
 eines katholischen Verbandstages zu sagen? Man höre:

„Nun, was ist und was will der Delegiertentag? Die Ver-
 bandleitung setzt einen Tag fest, an dem von jedem dem Ver-
 bande angeschlossenen Vereine ein tüchtiges Mitglied nach einem
 bestimmten Orte zu gemeinsamen Beratungen und gegenseitiger
 Aussprache über Verbandsangelegenheiten erscheinen soll. Vor
 allem lernen sich da die einzelnen Vertreterinnen und somit die
 einzelnen Vereine näher kennen, als es durch unser Vereins-
 organ, „Die Arbeiterin“, möglich ist. Man erkundigt sich gegen-
 seitig, wie die verschiedenen Vereine ihre Versammlungen ab-
 halten, welche Vorträge gehalten werden und welche von ihnen
 die Mitglieder am meisten begeistern, welche am meisten bele-
 hren. Man fragt, wie es die verschiedenen Vereine anstellen,
 um recht viele Mitglieder zu gewinnen, was sie da tun, um gute
 und billige Lehrkräfte für die einzelnen Kurse zu erhalten,
 wie viele und welche Festlichkeiten sie veranstalten. Rament-
 lich für Festlichkeiten ist der Delegiertentag kostbar. Da kann
 man sich erkundigen, was für Theater und musikalische Dar-
 bietungen die Vereine aufgeführt, bei welchen sie den größten
 Erfolg erzielt haben. Die Auswahl von schönen und passenden
 Festaufführungen ist bekanntlich sehr schwer; darum soll man sie
 immer zuvor gesehen haben, oder sie sollen empfohlen werden von
 solchen, die sie aufgeführt und dabei großen Erfolg erzielt haben.
 Jede Delegierte hat so viel sozialen Verständnis und so viel
 schwesternliche Liebe, daß sie gerne bereit ist, auf dem Delegiertentag
 ihren ganzen Programmreichtum auszukommen und ihn den
 Kolleginnen des Verbandes mitzuteilen und zu empfehlen. Es
 wäre ganz gut, wenn die eine oder andere, die mit ganz be-
 sonderen hübschen Sachen aufwarten kann, gleich die Noten oder
 Festschen selbst mitbringen würde zur Ansicht. Zum mindesten
 soll man sich vor der Abreise zum Delegiertentage die Autoren
 und Komponisten von Theater- und Musikstücken aufschreiben
 zur Weiterempfehlung. Vielleicht ist gleich gar ein musikalischer
 Präfes da, der die einzelnen mitgebrachten Stücken gleich vor-
 spielen kann; das wäre freilich ganz fein!“

Also der Präfes schlägt die Delegiertinnen, und als Hauptsache
 unterhalten diese sich über Theater, Festlichkeiten usw. Die reinste
 Kirkes! Da versteht man, daß die geschickte Delegierte zum
 Schluß ihres Vortruges also sich vernehmen läßt:

„Drum, meine lieben Kolleginnen, auf nach Karlsruhe,
 keine Zeit, kein Geld gespart, es wird Euch und Euren Verein
 nicht reuen! Ihr werdet zurückkehren vom Delegiertentage mit
 neuem Mut, neuer Begeisterung, neuer Schaffensfreude, mit
 neuen Vorteilen für den Ausbau Eures Vereines. Adieu! Auf
 Wiedersehen in Karlsruhe!“
 Viel Vergnügen!

Der Bund für Mutterschutz ruft die Mitglieder der Ortsgruppe
 Berlin zu Dienstagabend im Restaurant Tiergartenhof zu frischer
 Betätigung zusammen. Der Abend wird vorwiegend der Aus-
 gestaltigung des praktischen Mutterschutzes gewidmet; die Fragen der
 Mutterschutzversicherung, der Erwerbung eines Rentengutes zum
 Zweck der Errichtung eines Erziehungsheimes für uneheliche
 Kinder, ein Bericht über die Petition um Einführung der geschlecht-
 lichen Bezeichnung u. a. m. stehen auf der Tagesordnung.

Der Bund für Mutterschutz hat sich die Aufgabe gestellt, ledigen
 Müttern nicht nur augenblickliche Hilfe angedeihen zu lassen, son-
 dern vor allem auch ihnen in jeder Beziehung durch Nachweise von
 Beschäftigung im Haushalt, Bureau, Fabrik, Kissen, Infertigung
 von Schreibmaschinenarbeiten, Erteilen von Unterricht in Sprachen,
 Malen, Musik, als Hausdame, Reisebegleiterin usw. bei der
 Gründung einer neuen Existenz zur Seite zu stehen. Er bemüht
 sich ferner, den Müttern die in Berlin so schwierige Wohnungs-

frage zu erleichtern und bittet alle, die geneigt sind, eine Mutter mit Kind gegen Hausarbeit und geringen Entgelt aufzunehmen oder auch nur ein Kind als Pflegerin, ihre Adressen und Bedingungen dem Bureau des Bundes mitzuteilen. Sprechstunden täglich von 9-1 Uhr, außerdem Dienstag und Freitag abends von 7 bis 9 Uhr. Briefe sind an Frau Franziska Schulz, Trautenaustraße 20, zu richten.

Gleichzeitig spricht der Bund für Mütter, die die Bitte um Unterstützung an Geld, Wäsche, Kleidung aus. Bei dem großen Andrang der Hilfesuchenden ist jede Gabe sehr willkommen.

Emancipation unter den türkischen Frauen.

Konstantinopel, 10. Juni. Hier hat sich ein Frauenkomitee gegründet zu dem Zweck, Vorträge für die türkischen Frauen über die Frauenfrage zu halten. Der erste Vortrag wurde bereits vorgestern in der amerikanischen Schule von Salih Bey gehalten. Zum ersten Male in der Türkei dürfte es geschehen sein, daß diesem Vortrage auch zahlreiche vornehme türkische Frauen beizwohnten.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Die Genossinnen der 12. Abteilung des 6. Wahlkreises veranstalten am 13. Juni in Hermsdorf, Forsthaus, Augusta-Viktoria-Straße 18, ein Kaffeegebot. Abfahrt von Bahnhof Gefundbrunn 1.01, 1.26, 1.46, 2.21 Uhr, vom Bahnhof Schönholz 10 Minuten später.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Mittwoch, den 15. Juni, abends 7/9 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstraße 72: Vortrag des Herrn Dr. Röder: „Die sozialen Ursachen und die Verhütung von Verkümmungen“.

Gerichts-Zeitung.

Der allmächtige Herr Landrat.

Nach Verlebung im Sauerlande wird eine Eisenbahn gebaut, nebenbei bemerkt, mit ausländischen Arbeitskräften. Ein gewisser Steinbach hat die Verherbergung und Bewirtung der Leute übernommen und wolle in seinem Hause eine Kantinenwirtschaft errichten. Hierzu bedarf er aber der Konzession, das Gesuch wurde aber vom Kreisaußschuß abgelehnt. Am anderen Tage wurde der Kaufmann der Eisenbahngesellschaft, Klein, nach Verlebung beordert, dort wurde ihm nahegelegt, die Konzession zu beantragen, die dem Steinbach abgelehnt worden war. Auf Drängen der Bau-Gesellschaft ließ er sich schließlich dazu herbei, die Konzession zu erlangen, an welcher ihm wirklich nicht viel lag. Und das schönste an der Sache ist, daß die Konzession erteilt wurde für das Grundstück des Steinbach, für das aber der Klein, dem die Konzession erteilt wurde, nicht das geringste Verfügungsrecht besitzt. Nun ergaben sich aber die tollsten Komplikationen. Zunächst klagt Steinbach gegen den ablehnenden Bescheid beim Bezirksauschuß. Wegen ihm war geltend gemacht worden, daß er nicht die zur Wirtschaftsführung erforderliche Gewähr biete, da er schon zweimal als Wirt bestraft worden sei. Vor dem Bezirksauschuß wurden nun diese „Bestrafungen“ durch den Vertreter Steinbachs zur Sprache gebracht. Die „Bestrafungen“ beruhten auf zwei Strafmandate von je 1 Mark! Wie sie zustande gekommen (so sagte der Vertreter), das sei wohl gerichtsbekannt! Der Beamte, der die Anzeige gemacht, habe vor Gericht beschworen, daß ihm der Landrat gesagt habe, er solle aufpassen, ob bei Steinbach auch alles ruhig sei. Darauf habe er, der Beamte, erwidert: „Da muß ich aber auch die anderen Wirte anzeigen.“ „Nein“, habe der Landrat gesagt, „nur Steinbach!“ Und das Resultat waren dann die ominösen zwei Strafmandate von je 1 Mark, die den Steinbach nun zur Wirtschaftsführung unfähig machen sollen.

Dieser Fall kam am Dienstag vor dem Bezirksauschuß in Arnberg zur Verhandlung, mußte aber schließlich vertagt werden. Keiner der Herren verzog auch nur die Miene, als die Landratsgeschichte vorgetragen wurde. Man scheint da an allerlei gewöhnt zu sein.

Der Lehrer mit dem Revolver.

Vom Landgerichte Prenzlau ist am 8. März der Lehrer Wilhelm Herrmann in Zehdenitz wegen gefährlicher Körperverletzung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. H., der nervös und leicht erregbar ist, hatte den neunjährigen Sohn des neben ihm wohnenden Arbeiters W. in der Schule mit einem Stocke geschlagen. W. wollte den Knaben vom Arzte untersuchen lassen und ihn deshalb vom Nachmittagsunterricht befreit wissen. Auf dem Gutshofe, wo er arbeitete, traf er den Angeklagten, dessen Schwager dort Statthalter ist. W. hatte eine Dunggabel in der Hand und ging mit dieser auf den Angeklagten zu. Da er sehr schlecht sieht, erkannte er ihn nicht sogleich, dann rief er: Herr Lehrer, bleiben Sie doch einmal stehen! Der Angeklagte will nun einen Angriff befürchtet haben und hat sogleich aus seinem Revolver, den er ständig bei sich führte, vier Schüsse auf W. abgegeben. Der vierte Schuß traf W. unter dem rechten Auge. Nach acht Tagen war die Gefahr für W. beseitigt. Notwehr wurde vom Gerichte nicht angenommen. Die Revision des Angeklagten wurde am Freitag vom Reichsgericht verworfen.

Das erblöhte Kometengespenst.

Als der Vorläufer des Halleyschen Kometen, der Komet 1910 A, Ende Januar in Sicht kam, zog die gesamte Schuljugend des eichsfeldischen Dorfes Dingenebe abends auf einen benachbarten Berg, den Alimp, um das Naturereignis besser beobachten zu können. Ein übermütiger Bursche machte sich den abergläubischen Sinn seiner Genossen zunutze, hing sich ein weißes Laten um und erschien urplötzlich als „Gespenst“ vor den verdutzten Kometengütern. Aber der Streich nahm ein übles Ende. Ein Zimmerlehrer griff zum Messer, ging auf das Gespenst los und stach wütend auf dasselbe ein. Das Behelbschrei, das die Erscheinung anstimmte, und das reichlich fließende Blut verrieten nur zu deutlich die tödliche Herkunft der unheimlichen Gestalt. Zwei tiefe, nicht unbedenkliche Wunden, eine im rechten, die andere im linken Arm, waren das Ergebnis der Stocherei.

Der erst 15-jährige Messerheld mußte am Freitag vor der Göttinger Strafkammer erscheinen. Diese verwarf seinen Einwand, er habe in Notwehr gehandelt, und verurteilte ihn zu der hohen Strafe von 5 Monaten Gefängnis.

Die Verurteilung und die Höhe der Strafe erscheint unbegreiflich. Dafür, daß der 15-jährige Mensch an Gespenster glaubte, ist doch nicht er derantworlich. Daß er auf ein Gespenst mit einem Messer blindwütig losging, war doch lediglich Folge seiner Furcht und seines Aberglaubens. Ein aus Vätern bestehendes Jugendgericht hätte schwerlich die entsetzlich hohe Strafe dem Opfer seines Aberglaubens auferlegt.

Simulierte Krämpfe.

Zu einem recht eigenartigen Schauspiel kam es gestern in einer Sitzung der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Im Wieder- aufnahmeverfahren war der 20-jährige Fürsorgezögling Hermann Krüger wegen Diebstahls angeklagt.

Der Angeklagte hatte im Jahre 1904 mehrere Diebstahle verübt, wegen der er seinerzeit zu einer Gefängnisstrafe von 6 Wochen verurteilt wurde. Die Strafverbüßung bei dem damals Bierzeughaus wurde jedoch ausgesetzt. Er wurde der Zwangsarbeitsanstalt überwiesen. In der Anstalt spielte er den „wilden Mann“ und handelte so geschickt epileptische Krämpfe vor, daß er nicht nur der Irrenanstalt Wagharten überwiesen, sondern auch in einem anderen gegen ihn anhängig gemachten Strafverfahren auf Grund des § 51 freigesprochen wurde. Der Angeklagte wurde nach dieser Verhandlung der Irrenanstalt überwiesen. Da die Vermutung aufsteht, daß der Angeklagte schon bei der Begehung der ersten Diebstahle geisteskrank war, leitete die Staatsanwaltschaft ein Wieder- aufnahmeverfahren ein, welches auch Erfolg hatte. In-

zwischen waren dem Angeklagten wohl von anderen „Geisteskranken“ über das Schicksal, welches ihm nun blühte, die Augen geöffnet worden. Als er erfuhr, daß er in der Zwangsarbeitsanstalt nur bis zum 21. Jahre bleiben, dagegen in einer Irrenanstalt als gemeingefährlicher Geisteskranker ständig interniert werden könne, gab er sein bisheriges Spiel auf.

In der gestrigen Verhandlung erklärte er mit verschämtem Lächeln, daß er damals die Krämpfe simuliert habe, um aus der Erziehungsanstalt herauszukommen. Als von einer Seite Zweifel hiergegen geltend gemacht wurden, mußte der Angeklagte aus der Anklagebank herabtreten und nochmals die Krämpfe simulieren. Im nächsten Augenblick lag er auch schon vor dem Zeugenstisch am Boden und bot mit Schaum vor dem Munde und mit Armen und Beinen wild herumschlagend, ganz den Anblick eines sich in epileptischen Krämpfen windenden Menschen. Dieses widerwärtige Schauspiel wurde damit beendet, daß der Angeklagte vergnügt lächelnd aufsprang und wieder auf der Anklagebank Platz nahm. — Das Gericht nahm an, daß der Angeklagte seinerzeit nur Geisteskrankheit simuliert habe und erlannte wiederum auf 6 Wochen Gefängnis.

Eine turbulente Szene.

Die sich in dem Hause Steinmünder Straße 102 abgespielt hatte, hatte gestern vor dem Strafrichter ein Nachspiel. Wegen Freiheitsberaubung, Nötigung und Behrohung verhandelte die zweite Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrats Kade gegen den Krankenträger Hugo Schöneberg. Wegen der zur Anklage stehenden Straftaten war erst ein Ermittlungsverfahren wegen versuchten Mordes eingeleitet worden, welches jedoch später wieder eingestellt wurde. — Der Angeklagte ist seit längerer Zeit verheiratet. Die Ehe, welche von Anfang an nicht sehr glücklich war, erhielt im April dieses Jahres einen nicht mehr heilbaren Riß, als die Frau des Angeklagten für eine in demselben Hause wohnhafte Frau L. Liebesbriefe empfing. Der Angeklagte, der von dieser „postillon d'amour-Rolle“ seiner Frau nichts wußte, glaubte, daß diese selbst den Pfad der ehelichen Tugend verlassen habe und ein ehebrecherisches Verhältnis unterhalte. Die Folge waren recht kräftige Auseinandersetzungen zwischen den Eheleuten. Als S. eines Tages nach Hause kam, fand er nur noch die Hälfte der Möbel vor. Die andere Hälfte hatte seine Ehefrau auf einen Wagen und zu ihrer Mutter schaffen lassen. Der Angeklagte hatte nun nichts anderes zu tun, als die übrige Hälfte der Möbel schleunigst an einen Tröbder zu verkaufen. Mit dem Erlös machte er sich einen vergnügten Tag und zog aus einer Kneipe in die andere. Als dann am anderen Tage das „graue Elend“ kam und er sich recht überlegte, was für einen dummen Streich er begangen habe, überfiel ihn eine recht verzweifelte Stimmung, die sich noch verstärkte, als er seine Frau auf der Straße traf und diese ihm verzichtete. Unter den Nachwirkungen des übermäßigen Alkoholgenusses kam der Angeklagte auf den Gedanken, sich das Leben zu nehmen. Er teilte seiner Frau mit, daß er sich durch Öffnen der Gas- hähne in der Wohnung das Leben nehmen wolle und forderte sie auf, mit ihm zu sterben. Als sie sich weigerte, zog er sie mit aller Gewalt die Treppe hinauf in die Wohnung hinein, wo er die laut Schreiende festhielt, nachdem er die Gas- hähne geöffnet hatte. Diese Szene hatte schließlich das ganze Haus alarmiert. Plötzlich stürzte die Frau, der es gelungen war, sich loszureißen, aus der Wohnung heraus und lief in die Wohnung einer Nachbarin. Ehe man es verhindern konnte, sprang sie dann in ihrer Angst aus dem im ersten Stockwerk gelegenen Fenster auf den Hof hinab, ohne sich jedoch größere Verletzungen zuzuziehen. Der Angeklagte wurde aus der schon stark mit Gas gefüllten Wohnung herausgeholt und der Polizei übergeben. — Der Staatsanwalt beantragte eine Gesamtsstrafe von 4 Jahren Gefängnis. Das Urteil lautete auf 2 Monate Gefängnis unter Anrechnung der vollen Untersuchungshaft, so daß der Angeklagte nur noch 5 Tage zu verbüßen hat. Der Verteidiger Rechtsanwalt Max Gutschowzewer hatte auf eine niedrige Strafe plädiert.

Vermischtes.

Der Tragödie letzter Akt.

Nach vielen vergeblichen Bemühungen ist es nunmehr gelungen, das Unterseeboot in den Hafen zu schleppen. In der Nacht zum Sonnabend wurde der „eiserne Sarg“ ins Trockendock gebracht; tagsüber war der Hafen durch Scheinwerfer erleuchtet; hinter den Absperrungsmannschaften drängte sich eine nach Tausenden zählende Menschenmenge. Gegen Morgen begann man den Turm des „Pluivio“ abzubauen. In dem freigelegten Raum fanden Krankenschwester der Marine den Leichnam des Steuermanns Lebreton, sie hüllten ihn in ein Leichentuch und bargen ihn unter allgemeiner Bewegung in einem Boot. Lebreton war auf seinem Posten im Turm vom Tode ereilt worden. Die Leiche war keineswegs verunstaltet. Ein Taucher stellte an dem Hinterteil des „Pluivio“ ein fünf Meter langes und sechzig Zentimeter breites Loch fest. Sonst war alles in dem normalen Zustand eines Bootes, das untergetaucht ist; alle Luken undel waren geschlossen. Heute abend bei eintretender Ebbe hofft man, den „Pluivio“ flott zu machen. Man wird dann Löcher in den Oberbau bohren, um die übrigen Leichen bergen zu können.

Das Unglück auf Beche „Konsolidation“.

Die am Freitag bei Gelsenkirchen verspürte Er- erschütterung ist auf einen Zusammenbruch auf der fünften Sohle im Schacht drei der Beche „Konsolidation“ zurückzuführen. Wie die Bechenverwaltung bekannt gibt, sind dabei ein Arbeiter schwer und zwei Arbeiter leicht verletzt worden. Zwei Arbeiter wurden durch die niedergegangenen Gesteinsmassen verschüttet. Trotzdem die Rettungsarbeiten sofort in Angriff genommen wurden, konnten die eingeschlossenen Bergleute bisher nicht geborgen werden. Die Erdererschütterung war so stark, daß im Stadtteile Hülsen zwei Schornsteine umfielen. Auch sonst machten sich die Folgen an Häusern bemerkbar, wo vielfach Deden zerprangen und Wände rissen.

Schwere Unwetter.

Das am Freitag über das östliche Frankreich niedergegangene Unwetter ist eines der schwersten, das in den letzten Jahrzehnten zu verzeichnen ist. Mit dem Gewitter war ein furchtbarer Sturm verbunden, der die Umgegend von Moulins heimsuchte und große Verheerungen im ganzen Gebiet anrichtete. Bäume von einem Meter Durchmesser wurden mit der Wurzel aus der Erde gehoben, Telegraphenstangen, Brückenpfeiler und Schornsteine wie dünne Halmchen geknickt. Der Kanal von Berry, der die Wasser- massen nicht fassen konnte, barst an mehreren Stellen und über- schwemmte meilenweit das Land. Wie wir bereits in unserer gestrigen Nummer meldeten, ist in der Nähe von Valon ein Zug entgleist. Die Beschädigungen an dem Bahnkörper traten so schnell ein, daß das Streckpersonal nicht mehr Zeit fand, den daherbrausenden Zug rechtzeitig anzuhalten. Die Maschine des Zuges legte sich quer über das Gleis, der Tender und ein schwerer Gepäckwagen fuhren auf die Maschine auf. Der Heizer, der Lokomotivführer und zwei Beamte des Gepä- wagens wurden als furchtbar verstümmelte Leichen unter den Trümmern hervorgezogen. In Loudun wurden durch die Uberschwemmungen zwei Kinder getötet. Fünf Personen sind schwer verletzt worden.

Auch über Norddeutschland sind am Freitagabend an verschie- denen Stellen schwere Gewitter niedergegangen. In Han- nover schlug der Blitz in das vierstöckige Lagerhaus einer Pro-

duktenhandlung. Das Gebäude brannte fast vollständig nieder. Die Stadt wurde durch die Regenmassen teilweise über- schwemmt, die Keller der Wohnhäuser stiegen zum großen Teil unter Wasser. In Langenhagen schlug der Blitz in das Wohnhaus eines Gärtners ein. Ein Kncht wurde erschlagen, das Wohnhaus brannte vollständig nieder. In Isenhagen schlug der Blitz in eine Personengruppe, die vor einem Hause stand, ein. Ein 20-jähriger Gärtnergehilfe wurde getötet, ein Kind schwer verletzt. In Warrnzup schlug der Blitz in eine Scheune ein, in der 10 Arbeiter vor dem Gewitter Schutz gesucht hatten. Vier Arbeiter wurden verletzt, davon zwei schwer. Auf den Feldern hat das Unwetter unermesslichen Schaden angerichtet.

Hereingefallen.

In der „Post“ erzählt ein „alter Offizier“ eine geradezu rührende Geschichte, um aller Welt den Terrorismus der Sozial- demokratie zu künden. Bei dem chronischen Abkennenschwund des Scharfmacherblattes dürfte die Erzählung nicht in allzu weite Kreise dringen, mag sie hier also ein Räthseln finden. Und das um so mehr, da der „alte Offizier“ damit beweist, wie einige Ber- liner Rekruten ihn und seine Vorgesetzten genasführt haben. Es heißt in dem Artikel:

„Ein preussisches Regiment erhielt bis zum Jahre 1890 an Rekruten nur Berliner Gesah. Schreiber dieses war bis zu diesem Jahre Kompagniechef im Regiment. Eines Tages, kurz vor Weih- nachten (?) etwa 1890, kam ein Rekrut zu mir und trug mir fol- gendes vor: „Ich bin als Sozialdemokrat überwiesen, ich bin verheiratet, ich bin kirchlich nicht getauft und meine Ehe ist kirchlich nicht eingesegnet, ich bitte zu Weihnachten um Urlaub nach Berlin, um das nachholen zu können, ich bin jetzt als Soldat ein freier Mann, die Sozialdemokratie hat mir nichts mehr zu befehlen.“ Ich trug darauf die Angelegenheit im Einverständnis mit meinem Bataillonskommandeur dem Regi- mentalkommandeur vor. Dieser ließ daraufhin bei allen Kom- pagnien Nachfragen nach ähnlichen Fällen anstellen. Soweit mir erinnerlich, ergaben sich ungefähr zwölf gleiche oder ähnliche Fälle. Die Leute erhielten sämtlich zu Weihnachten einen längeren Urlaub und kehrten mit der kirchlichen Bescheinigung als getaufte Christen bezw. der kirchlichen Einsegnung ihrer Ehe in die Garnison zurück.“

Die Vaterlandsvorbediger werden auf Urlaub nicht schlecht ge- lacht haben über den Belagerungsseifer ihrer Vorgesetzten.

Millionen veruntreut.

Die gestern von und gemeldeten Veruntreuungen eines Ban- beamten der Brüsseler Bank „Caisse General de reports et de deposits“ nehmen einen viel größeren Umfang an, als die ge- schädigte Bank nach der ersten Durchsicht der gefälschten Geschäfts- bücher gefürchtet hat. Bisher wurden Unterschlagungen in Höhe von 1 180 000 M. festgestellt; es ist jedoch sehr wahrscheinlich, daß die Summe der tatsächlich unterschlagenen Gelder noch bedeu- tend höher ist, da die Durchsicht der Geschäftsbücher vor drei Tagen nicht beendet sein kann, und man bestimmt damit rechnet, daß noch weitere Unterschlagungen an den Tag kommen. Die Staatsanwaltschaft sowie die betroffene Bank haben die befähig- sten Kriminalisten mit der Verfolgung des Defraudanten beauftragt. Da derselbe sprachlos und ein äußerst gewandter Geschäftsmann ist, dürfte es keine geringe Arbeit für die Polizei sein, den Flüchtling einzufangen. Dazu kommt, daß er einen Vorsprung von mehreren Tagen hat und wahrscheinlich bereits einen Hafen erreicht hatte, ehe die Verfolgungen einsetzten.

Ein Brigantenstreich.

Dem kühnen Anschlag eines Banditen sind in der Nacht zum Sonnabend die Passagiere eines Schnellzuges in der Nähe von Koblenz (Neumagis) zum Opfer gefallen. Während der Fahrt stieg der Bandit in einen Schlafwagen ein und forderte die Reisen- den mit dem Revolver in der Hand auf, ihm ihre Schmucksachen und ihr Geld herauszugeben. Auch ein höherer Beamter der Eisen- bahngesellschaft befand sich in dem Wagen. Der Räuber soll für mehrere Millionen Dollar Schmucksachen und Geld erbeutet haben. Dann ergriff er die Flucht, nachdem er durch Revolvergeschüsse die Lichter des Zuges zum Erlöschen ge- bracht hatte. Polizeigentagen sind zur Verfolgung des Banditen ausgesandt worden.

Kleine Notizen.

Ein deutscher Ballon in Frankreich gesendet. In Karreb en Ange (Nordfrankreich) landete ein deutscher Ballon, in dem sich ein Offizier des 14. Artillerieregiments in Saarburg und ein Student der Universität Bonn befand. Bald nach der Landung wurde der Ballon von französischen Gendarmen beschlag- nahmt und die Luftschiffer für vorläufig verhaftet erklärt. Nach der Durchsichtung des Ballons wurden die Luftschiffer wieder freigelassen, der Ballon aber zurückgehalten, da die Luft- schiffer nicht in der Lage waren, die Botschaften für den Ballon zu entrichten.

Ein weitverzweigtes Diebesbande ist die Polizei in Rah- schob (Rheinland) auf die Spur gekommen. Bei der Durch- sichtigung eines Hauses wurden sieben Einbrecher in Rifen verdeckt aufgefunden. Sechs davon sind verhaftet, einer ent- kom. Auf das Konto der Bande werden zahlreiche Einbrüche ge- setzt, die in der dortigen Gegend vorliefen.

Jugentgleisung. Auf der Brücke bei Luise Burgas (Türkei) ist am Sonnabend früh ein Zug entgleist. Verleht sind neun Personen, drei davon schwer.

Die Bubonenpest in Odesa. Die Obduktion eines im städti- schen Hospital in Odesa Verstorbenen hat als Todesursache Bu- bonenpest ergeben.

Eine große Feuersbrunst vernichtete in Seattle (W. St. v. N.-A.) zehn Häuserblöcke. Der Schaden wird auf eine Million Dollars geschätzt. Nach den bisherigen Feststellungen sind Ver- luste an Menschenleben nicht zu beklagen, wohl aber sind etwa 500 Menschen obdachlos.

Bei einem Einbruchdiebstahl in London erbeuteten die Ein- brecher Juwelen im Werte von über 350 000 Mark. Die Ein- brecher hatten sich in den unter dem Juwelierladen gelegenen Räumlichkeiten eingemietet, bohrten ein Loch in die Decke und gelangten so an die Geldschränke, die sie mit Dynamit zur Explosion brachten.

Orts-Krankenkasse der Möbelpolierer.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß sich die Geschäftsräume der Kasse vom Montag, den 13. Juni er., ab in der Schulleinstr. 21, v. III, bei Volta befinden.

Schulleinstr. 21, v. III, bei Volta befinden. Geschäftszelt 8-1 Uhr. Der Vorstand.

Kredit. Monatl. 10 M. Hebere eleg. Herrenpardenete n. Blau (billigste Preise) Schneidermeister, Lindenstr. 110. Kasse 10 Proz. Rabatt.

Ausgekämmtes Frauenhaar Wirrhaare

kauft zu höchsten Preisen jederzeit gegen Kasse. Verkäufer wollen sich melden. H. H. 8. 7887, Haasenstain & Vogler, Berlin W. 8.

Uhren, Ketten Goldwaren in bester Ausführung zu billigsten Preisen. Preisliste umsonst und portofrei. S. Kretschmer, Berlin 595, Neue Königstr. 4.

Literarische Rundschau.

Die Verteidigung der Arbeit.

Thomas Hodgkin, Verteidigung der Arbeit gegen die Ansprüche des Kapitals. Aus dem Englischen übersetzt von Dr. J. Paffel. Mit einer Einleitung von Georg Adler. Leipzig 1909. G. L. Hirschfeld, 76 Seiten. Preis 1,20 M.

Karl Marx, Theorien über den Mehrwert. Herausgegeben von F. A. Bause. Bd. III. Stuttgart 1910. J. G. B. Metz Nachf. Abschnitt III: „Gegen die Ökonomen auf Basis der Ricardoschen Theorie.“

In seiner Streitschrift gegen Vraudhon: „Das Elend der Philosophie“ vom Jahre 1847 hat Marx darauf hingewiesen, daß die Geltendmachung des Rechts auf den vollen Arbeitsvertrag für den Arbeiter auf Grund der Werttheorie Ricardos durchaus keine neue Entdeckung des französischen Anarchisten sei, sondern, daß diese Folgerung aus jener Theorie schon längst vorher in England von verschiedenen Sozialisten gezogen worden war. Besonders führte er die Schriften von Hodgkin, Thompson und Edmonds an, und an dem ausführlich dargestellten Beispiel J. B. Wards zeigte er das utopistische und die Unhaltbarkeit dieses Standpunktes.

Das hinderte Anton Renger, für den der Sozialismus überhaupt nur eine Frage des Rechtsbewußtseins war, und der daher Marx' Auffassung überhaupt nicht begriff, nicht, gerade diese Autoren, besonders Thompson, als geistige Väter des Marx'schen Systems zu bezeichnen, die hier in der erbärmlichsten Weise plagiirt habe. Durch diese Polemik wurde das allgemeine Interesse auf jene englischen Autoren gelenkt, die bis dahin in Deutschland ziemlich unbekannt geblieben waren, und daher kommt es wohl auch, daß sie bisher stets lediglich als Vertreter dieser moralisierenden Deutung des Wertgesetzes angesehen und betrachtet wurden. So behandelt sie z. B. auch noch Müller in seiner kürzlich erschienenen „Geschichte der sozialistischen Ideen im 19. Jahrhundert.“ Daß es so lange dabei blieb, ist wohl durch den Umstand mit verursacht, daß diese Schriften im Buchhandel überhaupt nicht zu haben sind und auch in den öffentlichen Bibliotheken zu den größten Seltenheiten gehören.

Es ist daher sehr zu begrüßen, daß Professor Georg Adler die Uebersetzung von Hodgkins „Verteidigung der Arbeit“ heranzieht und dadurch dieses hoch interessante Werk wieder leicht und allgemein zugänglich gemacht hat. Das kommt uns um so gelegener, als Marx in dem eben erschienenen 3. Band seines „Theorien über den Mehrwert“ dieser Schrift eine sehr ausführliche und eingehende Besprechung gewidmet hat, die zeigt, daß an ihr doch mehr ist, als eine bloße, sozialistische Umdeutung“ von Ricardos Arbeitstheorie in ethisch-juristischem Sinne.

Betrachten wir zunächst die Schrift selbst, die nicht mit den Ansprüchen eines gelehrten Werkes auftritt, sondern als Gelegenheits-Pamphlet, dessen deutsche Uebersetzung 62 Druckseiten einnimmt.

Nach langen und heftigen Kämpfen war endlich im Jahre 1824 das gesetzliche Verbot von Arbeiterkoalitionen in England gefallen, und es trat nun ein mächtiger Aufschwung der bis dahin drangsalierten Gewerkschaften ein, dem auf der einen Seite mit ungeheuren Hoffnungen, auf der anderen mit Schrecken und Entsetzen entgegengekommen wurde. Die Agitation der Fabrikanten gegen das Gesetz rührte nicht. Mit allen Mitteln suchten sie die öffentliche Meinung für die Anschauung zu gewinnen, daß ein Aufbruch der Gewerkschaften zum Ruin nicht nur der Industrie, sondern der Nation überhaupt führen müsse. Die wuchtigsten Waffen bot ihnen in diesem Kampf die politische Ökonomie, wie sie damals von den Professoren, den Anwälten und oft Klaffschneidern der industriellen Klasse, verstanden wurde. Danach wurde „die Arbeit“, d. h. also die Arbeiter, durch die Masse des Lohnfonds, d. h. der für ihre Konsumtion bestimmten aufgehäuften Lebensmittel erhalten, die Höhe des Lohnes war also durch diese Menge bestimmt, die unter die Arbeiter zur Aufteilung gelangte. Es war daher nur im Interesse der Arbeiter selbst gelegen, diesen Fonds zu stärken, und das konnte nur geschehen indem sie den Kapitalisten es erleichterten, von ihrem Profit Ersparungen zu machen, um sie wieder in der Produktion anzuwenden. Je höher der Profit, desto größer die „Ersparnisse“ und somit der für die Beschäftigung von Arbeitern bestimmte Fonds. Die Gewerkschaften handelten daher sehr kurzfristig, wenn sie die Löhne erhöhen und dadurch zugleich den Profit schmälern wollten. Ihr Interesse lief vielmehr mit dem ihrer Ausbeuter parallel.

Gegen diese Theorie vor allem wendet sich Hodgkin im Jahre 1825 erschienene Kampfschrift, und ihr nächster Zweck ist daher nicht weniger als utopistisch. „Vielleicht vermögen die Arbeiter“, heißt es gleich im ersten Absatz, „ihre Herren zur Billigkeit zu zwingen; auf jeden Fall aber müssen sie das Publikum von der Gerechtigkeit ihrer Forderungen überzeugen.“ Und ausdrücklich erklärt er, daß eine öffentliche Abwehr schon durch die gegnerischen Angriffe geboten sei, die die Presse beherrschen. Wir dürfen dabei nicht vergessen, daß das damalige England noch nicht ganz von dem Gegenfah zwischen Kapital und Lohnarbeit beherrscht war. Die Industriellen lagen gerade zu dieser Zeit in heftiger Fehde mit den Agrariern, und diese zeigten sich, wenigstens in ihren geistig fortschrittlichen Vertretern, durchaus nicht abgeneigt, die Hilfe des Proletariats durch Zugeständnisse zu erkaufen. Dieser Umstand erklärt es auch, daß sich Hodgkin wiederholt scharf gegen die Auffassung wendet, daß die Grundbesitzer und die zu ihren Gunsten errichteten Kornzölle in erster Linie die Schuld an dem fürchterlichen Elend trügen. Er zieht hier bereits wiederholt Argumente heran, die später von den Chartisten gegen die Anhänger der Liga für die Abschaffung der Kornzölle ins Treffen geführt wurden, wie sich überhaupt der geistige Einfluß Hodgkins in der Chartistenbewegung stark geltend machte.

Den Vertretern der liberalen politischen Ökonomie stellt nun Hodgkin eine Analyse des Kapitals und besonders des Lohnfonds vom Standpunkt des Proletariats gegenüber. „Ohne zirkulierendes Kapital“, hatte Ne. Gualdo, einer der populärsten und schiefsten Ökonomen jener Zeit, gesagt, und er verstand darunter Lebensmittel und Kleidung für den Arbeiter, „könnte sich der Arbeiter nie einem Unternehmen zuwenden, das nicht einen mehr oder weniger unmittelbaren Erfolg lieferte.“ Was also der Arbeiter heute mehr produzierte, als der von der Hand in den Mund lebende Wilde, das verdankte er dem Vorzuschuß an Lebensmitteln und der Verreichung des fixen Kapitals und des Rohmaterials von Seiten des Kapitalisten. Diefem gebührte daher auch dieser Ueberlohn.

Daß nur die Sicherheit, stets Unterhaltsmittel zu finden, den Arbeiter befähigt, sich auf langwierige und verwickelte Unternehmungen einzulassen, gibt Hodgkin zu. Aber er stellt die Frage, ob denn diese Sicherheit wirklich auf den Vorzuschüssen des Kapitalisten beruht? Hat denn in der Tat der Kapitalismus einen Vorzuschuß an Lebensmitteln, Kleidern usw. für seine Arbeiter bereit? Nein, sondern er bezahlt ihnen Geld, für das sie sich dann selbst alle diese Dinge kaufen, die aber in eben derselben Zeit hergestellt worden sind, während deren sie gearbeitet haben. Das ist ja auch gar nicht anders möglich, da die meisten Konsum-

artikel in der Zeit bis zur Fertigstellung größerer Arbeiten längst verborben wären, wenn sie schon bei deren Beginn bereit lägen. Diese Vorzuschüsse von zirkulierendem Kapital (Hodgkin verwechselt hier ebenso wie alle seine Zeitgenossen den zirkulierenden und den variablen Kapitalteil) sind daher bloßer Schein. Was den einzelnen Arbeiter befähigt, langwierige Arbeiten zu übernehmen, das ist nicht das Kapital, sondern es ist die Arbeitsteilung. Während der eine Arbeiter z. B. Maschinen baut, produziert ein anderer Getreide, wieder ein anderer mahlt Korn, badt Mehl, spinnt Garn, webt Tuch, näht Röcke usw., und das Vertrauen darauf, daß alle diese Produktionsprozesse fortwährend nebeneinander laufen, daß also jederzeit fertiges Brot, fertige Röcke usw. auf den Markt kommen, bietet die Möglichkeit aufgreifender Produktion. „Das eingige aber,“ fährt Hodgkin fort (S. 39), „was man aufgespeichert und im voraus produziert nennen könnte, ist die Geschicklichkeit des Arbeiters. Wenn die Arbeiterschlachtheit des Bäckers, des Schächters, des Viehhüters, des Schmieders, des Malers usw. nicht vorher geschaffen und aufgehäuft wäre, so könnte man auch nicht die Ware bekommen, die jeder von ihnen produziert; wo aber diese Geschicklichkeit existiert, kann man sich diese Waren stets verschaffen, wenn man sie begehrt.“

Die toten Werkzeuge, die gemeinhin als Kapital bezeichnet werden, können für sich nichts produzieren. Nicht die in ihnen aufgehäuften früher geleistete Arbeit verschafft ihnen ihre Nützlichkeit, sondern die lebendige Arbeit, die sie in Bewegung setzt, und ohne die sie bald ein wert- und nutzloses Gerümpel wären. Das fixe Kapital bringt daher dem Eigentümer nicht deshalb einen Gewinn ein, weil es aufgespeichert worden ist, sondern weil es ein Mittel darstellt, über die Arbeit anderer zu gebieten. Auch dieser Teil des Kapitals ist daher nicht selbst produktiv, seine Ergiebigkeit hängt ganz von der Geschicklichkeit des Arbeiters ab. Was also die liberalen Ökonomen für Produktivität des Kapitals ausgeben, ist weiter nichts als die Ergiebigkeit der gelehrten Arbeit, die allerdings von den Kapitalisten durch ihre Ueberwachung der Produktionsmittel ausgedeutet und um ihren gerechten Lohn gebracht wird. Es ist gerechtfertigt, daß die Arbeit bezahlt wird, die die Produktionsmittel herstellt ebenso wie die, die sie in Betrieb setzt; nicht aber, daß derjenige, der nichts gearbeitet hat, sich zwischen diese beiden drängt und ihnen den gehörigen Teil ihrer Produkte entreißt. „Man könnte glauben, Kapital sei eine art labballistisches Wort wie Kirche, Staat oder irgend ein anderer jener allgemeinen Ausdrücke, die von Reuten, die darauf ausgehen, die Menschheit zu rupfen, erkundet worden sind, um die Hand zu verbergen, die sie rupft. Es ist eine Art Abgott, vor dem die Menschen zum Niederknien aufgefordert werden, während der schlaue Priester hinter dem Altare die Hand ausstreckt, um die Gabe annochlich einzustreichen, um die er im Namen der Religion bittet.“ (S. 48.)

Hodgkin gelangt so zur Forderung des vollen Arbeitsvertrages für die Arbeiter, zu denen er auch die geistigen Arbeiter und die Unternehmer rechnet, soweit sie sich in der Produktion nützlich betätigen, im Gegensatz zu den untätigen Kapitalisten, die nur ihren arbeitlosen Gewinn einzuheben. Aber darin zeigt er sich z. B. Vraudhon schon weit überlegen, daß er dieses Recht nicht für jeden einzelnen Arbeiter in Anspruch nimmt. Er erkennt klar, daß die Arbeiter in einem modernen Gemeinwesen alle voneinander sozial abhängig sind, daß daher kein Produzent feststellen kann, was das Produkt gerade seiner Arbeit ist. Deshalb soll die Aufstellung der Güter nach einem gütlichen Uebereinkommen der Beteiligten vor sich gehen.

Die Wertminderung dieses Zukunfts wie er allein der sozialen Gerechtigkeit entspricht, erwartet aber Hodgkin durchaus nicht, wie etwa sein Zeitgenosse Owen, von der Macht seiner Ueberzeugung, von der zwingenden Gewalt der Gerechtigkeit und Wahrheit, vom Mitleid der Herrschenden, von der Güte eines überlegenen Staatsmannes. „Die Arbeiter“, sagt er, „sollten es jedem Staatsmanne verzeihen, sich in diese Angelegenheiten einzumischen. Die Arbeit gehört ihnen, das Arbeitsprodukt sollte ihnen gehören, und sie allein sollten entscheiden wieviel jedem einzelnen von dem Erzeugnis aller zukommt.“

Die Wortführer der Kapitalisten drohen, daß die Ansprüche der Gewerkschaften das Kapital aus dem Lande treiben werden. Das ist aber eine sinnlose Drohung. Denn die auswandernden Kapitalisten können nichts mit sich nehmen als einen Teil ihres Vorrats von Kleidern, Korn, Maschinen usw. Das alles aber läßt sich bald ersetzen, solange die geschickten Arbeiter da bleiben. Auf diesen beruht also das Lande Wohlstand, und nicht auf den Kapitalisten, diesen unnützen Parasiten der Gesellschaft. Den Unternehmergewinn, soweit er Lohn für qualifizierte Arbeit ist, wollen die Gewerkschaften nicht anerkennen. Wenn sie aber erreichen, daß die Unternehmer überhaupt keinen Profit mehr von ihrem Kapital bezogen, dann werden sie sich selbst und dem Lande einen unberechenbaren Dienst erwiesen. Der Kampf, der heute zwischen Arbeiter und Unternehmer zu toben scheint also „zwischen zwei verschiedenen Arten der Arbeit“, wird sich bald als „ein Kampf der ehrlichen Arbeit gegen die widerwärtige Trägheit“ entpuppen.

„Die Kapitalisten und Arbeiter bilden bei weitem die Majorität in der Nation, so daß es keine dritte Macht gibt, die sich in ihre Angelegenheiten einzumischen thunte. Sie müssen und werden den Streit selbst entscheiden. Der entwürdigte Erfolg wird, wie ich hoffen möchte, auf Seiten der Gerechtigkeit sein. Doch dessen bin ich ganz sicher, daß es nicht eher Wohlwollen und Frieden zwischen den kämpfenden Parteien auf Erden geben kann und geben sollte, als bis die Arbeit einen endgültigen Triumph davongetragen hat, als bis der produktive Gewerkschaft nur wohlhabend und der Wählergang allein arm ist, . . . als bis der Mensch mehr in Ehren gehalten wird, als die Erbscholle, auf die er mit Füßen tritt, oder die Maschine, die er ansetzt.“ (S. 78.)

In diesem Kampfe der Arbeit gegen das Kapital ist es dringend notwendig, das Proletariat aufzuklären. Dabei handelt es sich aber nicht um die Verbreitung „allgemeiner Bildung“, die von den Wortführern des Liberalismus propagiert wird. „In den sorgfältigen Untersuchungen der Geologen“, sagt Hodgkin (S. 71), „aber den künstlichen Klassifikationen des Botanikers mag der Arbeiterklasse nichts liegen; sicherlich aber wird sie herausfinden, warum sie als die einzige von allen Gesellschaftsklassen immer der Armut und dem Elend überliefert worden ist.“ Die Verbreitung dieser Wissenschaft wird auch den Kapitalisten jenen Nimbus rauben, jene abergläubische Scheu vor ihnen beseitigen, die heute noch ihre mächtigste Schwärze gegen das ihnen physisch überlegene revolutionäre Proletariat bildet.

Hodgkin ist also durchaus nicht der utopistische Schwärmer, als den man ihn darzustellen pflegt. Müller z. B. behauptet, „Hodgkin habe durch die Enttöpfung der „natürlichen“ Prinzipien den Menschen das unfehlbar wirkende soziale Heilmittel an die Hand geben, die wahre soziale Erkenntnis vermitteln wollen, die aus dem Labrinth kapitalistischer Unordnung hinführt in einen Zustand vollkommener Eintracht“; denn das kapitalistische System befinde sich noch im seiner Weise im Einklang mit den Grundgesetzen der Natur. Ebenso läßt auch Georg Adler **) Hodgkin seinen Standpunkt rein ethisch motivieren und das Heil davon erwarten, daß das natürliche Recht das künstliche schließlich überwinden werde. Diese Darstellung ist, aber mindestens schief da sie ganz außer Acht läßt, daß Hodgkin durchaus nicht, wie etwa Owen, die Verbeiführung des von ihm erstrebten Gesellschaftszustandes

von der Einsicht oder dem Wohlgefühl der Herrschenden, von der steigenden Kraft der Wahrheit und Gerechtigkeit oder von anderen dergleichen mystischen Faktoren, sondern von den sehr realen Fästen der Proletariat. Auch sein Appell an die öffentliche Meinung, d. h. an die große Masse derer, die an der kapitalistischen Produktion nicht unmittelbar interessiert waren, beruhte nicht auf Illusionen. Das hat der spätere Verlauf der sozialen Gesetzgebung Englands, die wiederholt durch die Vitalität zwischen Agrariern und Industriellen gefördert wurde, das hat die Bewegung der Chartisten bewiesen, an der sich besonders in der ersten Zeit das Kleinbürgertum stark beteiligte.

Wären die ökonomischen Voraussetzungen richtig, von denen Hodgkin ausging, war wirklich das Kapital nichts anderes als gelebte Arbeit, hätten Kapital und arbeitende Bevölkerung genau denselben Sinn“ (S. 75), stellte wirklich der Unternehmergewinn nur den Lohn der qualifizierten Arbeit der Vertriebsleistung dar, dann wären nicht nur die Kapitalisten in der Tat nutzlose Parasiten, dann müßte auch die Erkenntnis dieser Tatsache das revolutionäre Proletariat befähigen, sich von diesen unnützen Blutsaugern zu befreien, wenn es wirklich die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ausmache.

Eine fruchtbare Kritik von Hodgkins „Verteidigung der Arbeit“ muß sich daher vor allem dieser Untersuchung zuwenden. Allerdings hat sich Hodgkin auf Ricardos Werttheorie berufen, um zu zeigen, wie sich die herrschende Lehre der politischen Ökonomie gegen deren eigene Vertreter wendet; aber gerade diese Berufung auf Ricardo ist, wie wir gesehen haben, nicht grundlegend für seinen Standpunkt. Das fürchterliche Raffenele, die schamlose Ausbeutung sind Tatsachen, die damals noch greifbarer vor jedem Standen als zu irgend einer anderen Zeit. Und Hodgkin zeigt nun, daß gerade diejenigen, die hungern und darben, den ungeheuren Reichtum wirklich schaffen, während das Kapital ohne ihre Hände unfruchtbar bleibt. Er zeigt, wie diejenigen, die das Kapital, seine dinglichen Bestandteile schaffen, ebenso arm bleiben wie die, die es anwenden, wie aber die reich werden, die keine nützliche Rolle in der Produktion spielen, die nichts tun, als faul verwehen, was andere für sie geschaffen. Das alles hat mit Theorie nichts zu tun, das sind handfeste Tatsachen, die sich auch durch Theorien nicht wegargumentieren lassen. Die Erkenntnis, daß ein solcher Gesellschaftszustand den Anforderungen der Gerechtigkeit nicht entspricht, erforderte keine gewaltigen Geistesgaben, am wenigsten hat jemand, der sich wie Hodgkin ganz auf den Standpunkt des Proletariats stellte. Dieß er doch sein Pamphlet nicht unter seinem Namen erscheinen, sondern bezeichnete sich auf dem Titelblatt lediglich als Arbeiter.

Was seine Schrift interessant und wertvoll macht, ist auch nicht diese Feststellung der Ungerechtigkeit des kapitalistischen Wirtschaftsystems, sondern dessen Analyse; und dieser wendet sich daher auch die eingehende Kritik zu, der Marx Hodgkins Schrift in seinen „Theorien über den Mehrwert“ unterzogen hat.

Der Zweck von Hodgkins Schrift war die Zurückweisung der Ansprüche des Kapitals durch den Nachweis seiner Inproduktivität. Aber er verwechselt dabei Gebrauchswert und Tauschwert und folgt zugleich der unhistorischen Auffassung seiner Gegner, für die das Kapital nicht ein bestimmtes, geschichtlich bedingtes Verhältnis zwischen Menschen bedeutet, sondern einen Vorrat von Lebensmitteln, Rohstoffen, Maschinen usw. Glaubt man wie Hodgkin von den Gebrauchswerten aus, so ist es unrichtig, zu behaupten, z. B. das Getreide sei nur ein Produkt menschlicher Arbeit. Ohne Ansaat und die natürlichen Kräfte des Bodens läme es nie zur Ernte. Hierin hat Hodgkin Ricardo völlig mißverstanden. Dieser führte nicht die Dinge, sondern nur ihren Wert, nach dem sie sich gegeneinander austauschen lassen, auf menschliche Arbeit zurück. Dem Wert des Produktes steht das angewandte Kapital nichts Neues zu, es verleiht ihm nur so viel als es selbst verliert. Neuer Wert wird nur durch Arbeit geschaffen; aber auf die Masse des Produktes, auf seinen Gebrauchswert ist die Anwendung von Maschinen usw. von größtem Einfluß. Dieselbe Arbeitsmenge, die mit primitiven Werkzeugen z. B. einen Hut herstellt, mag sich unter Beihilfe von Maschinen usw. in sechs Hüten realisieren, die auch sechs mal soviel Bedürfnisse befriedigen können als der eine Hut; diese werden aber zusammen keinen größeren Tauschwert haben als der eine mit dem gleichen Arbeitsaufwand hergestellte Hut, wenn in beiden Fällen die zur Herstellung der Hute verwendete Arbeit gesellschaftlich notwendig war. Die Maschinen haben daher hier zwar keinen Tauschwert geschaffen, wohl aber Gebrauchswerte. Das ohne menschliche Arbeit unproduktiv geblieben wären, beweist nichts; denn ebenso bleibt auch die menschliche Arbeit ohne Arbeitsmittel, ohne Rohmaterial und Werkzeuge unfruchtbar.

Hodgkin glaubt nun diese Wirksamkeit der Arbeitsmittel auch auf menschliche Arbeit zurückzuführen zu können und kommt so schließlich dazu, das Kapital schließlich mit der Arbeiterbevölkerung gleichzusetzen. Dieser Versuch stellt sich als eine sehr greifliche Reaktion gegen die Darstellung der professionalen Ökonomie dar, die im Kapital lediglich eine Ansammlung von Maschinen, Hilfs- und Rohstoffen usw. sieht. Zum Teil war ja Hodgkin selbst noch in dieser Anschauung gefangen; auch er erkannte noch nicht den rein sozialen Charakter des Kapitalverhältnisses. Aber an mehreren Stellen seiner Schrift bezeichnet er es doch schon als das Mittel, die Arbeit anderer auszubuten. Wie wir gesehen haben, führt er aber die Wirkung, die man sonst dem Kapital zuschreiben pflegt, auf das Vorhandensein der „koexistierenden Arbeit“ zurück, d. h. darauf, daß andere Arbeiter zur gleichen Zeit die Produkte herstellen, die von den in den anderen Produktionszweigen tätigen Arbeitern benötigt werden.

Marx zeigt nun den richtigen Kern dieser Behauptung auf. Die gesellschaftliche Teilung der Arbeit macht auf einzelnen Punkten Konzentrationen der Lebensmittel und Arbeitsmittel nötig, die sehr zerstreut und zerplittert waren, so lange die noch primitive Arbeit alle die verschiedenen Arbeitsprozesse nacheinander durchmachte. Es ist nun gerade das Wesen der kapitalistischen Wirtschaft, daß diese Konzentrationen und daher deutlich sichtbar gemachten Vorräte dem Arbeiter als fremdes Eigentum gegenüberstehen, als Kapital eine Herrschaft über ihn ausüben. Hätte Hodgkin den historischen Charakter der kapitalistischen Produktionsweise erkannt, so hätte er wohl zugegeben, daß es notwendig sei, daß diese Vorräte, diese akkumulierte Arbeit notwendig seien, nicht aber, daß sie im Besitz der Nichtarbeiter seien. „Wenn Akkumulation von Kapital“, meint Marx (S. 338), „nichts sein soll als Akkumulation von Arbeit, so schließt dies durchaus nicht ein, daß es die Akkumulation von anderer Leute Arbeit zu sein hat.“

Hodgkin machte aber keinen Unterschied zwischen der dinglichen Existenz der Werkzeuge, Rohmaterialien usw. als Arbeitsmittel und ihrer historischen Funktion als Kapital und glaubte daher, den Gegnern auf ihrem eigenen Boden begegnen zu müssen. Gatten diese auf dem Kapital einen Fetisch gemacht, der aus eigener Kraft wuchs, so versuchte er, es ganz in lebendige Arbeit aufzulösen. In der Tat aber ist es bei der Produktion auf großer Stufenleiter stets notwendig, daß ein Vorrat von Rohmaterial und Hilfsstoffen jederzeit zur Verarbeitung bereit liegt, daß der Arbeiter Lebensmittel, Kleider, Wohnung usw. in gebrauchsfähigem Zustande vorfindet. Damit das geschehe, ist notwendig, daß diese Dinge fortwährend auch gleichzeitig erzeugt werden; aber das geschieht nicht die Notwendigkeit des stetigen Vorhandenseins eines gewissen Vorrats, der mit dem Wachen der Produktion, wenn auch nicht im Verhältnis zu diesem, mit wachsen muß. Daß aber diese Vorräte dem Arbeiter als fremdes Eigentum entgegenstehen und ihn so

*) Vgl. „Vorwärts“ Nr. 129.
**) Leipzig, V. G. Teubner. Aus Natur- und Geisteswelt.
***) Müller a. a. O. S. 78. Hier zeigt sich, wie auch an vielen anderen Stellen des Buchs, daß sehr mangelhafte Verständnis des Autors für ökonomische Fragen.

*) A. a. O. S. 76.
**) A. a. O. S. 22.

stößen, einen Teil seiner Arbeit ohne Entgelt herzugeben, das ist keine Notwendigkeit der Produktion, sondern nur die Eigentümlichkeit des Kapitalismus. Seinen bürgerlichen Gegnern gegenüber war Hodgskins im Recht, wenn er die Bedeutung der lebendigen Arbeit gegenüber dem toten Material hervorhob; aber er verkannte den hoch historischen Charakter des Kapitals und sah sich so veranlagt, die sachliche Bedeutung der Produktionsmittel zu unterschätzen.

Besonders interessant ist, was Marx gegen Hodgskins Aufklärung der Bedeutung des fixen Kapitals in gelebte Arbeit einwendet. Er vergleicht hier das innige Zueinandergreifen von Erhöhung der Geschicklichkeit des Arbeiters und Ausgestaltung der Produktionsmittel, ihre wechselseitige Bedingtheit, mit dem Vorgang der Anpassung in der Entwicklung der Organismenwelt. Die Anpassungen, die das einzelne Tier, die einzelne Pflanze durch Veränderung ihrer Organe vornimmt, sind ihre „Erfindungen“, die aber durch Vererbung gesammelt und gefestigt werden. Es entwickeln und steigern sich so zugleich die Fähigkeiten und die Organe ihrer Ausübung. Ähnlich verhält es sich mit der Entwicklung der Produktionskräfte des Menschen. Die von einer Generation zur nächsten vererbten Produktionsmittel und

Kenntnisse ermöglichen es dieser, wieder neue Fähigkeiten zu gewinnen und danach wieder ihre Werkzeuge und Kenntnisse weiter auszugestalten. Mit Recht hat Hodgskins die gewaltige Bedeutung der Entwicklung des menschlichen Geistes, der menschlichen Fertigkeiten in den Vordergrund gestellt; aber diese sind mit bedingt durch die dinglichen Produktionsbehelfe, die jenen allerdings wieder ihre Ausgestaltung verdanken. Eine Trennung dieser beiden Momente ist unmöglich. Auch hier aber hat er den entscheidenden Punkt außer acht gelassen. Es handelt sich für die Entscheidung der Frage nach der Berechtigung des Kapitalismus nicht darum, wie weit die Werkzeuge, Maschinen usw. als solche zur Produktion notwendig sind, sondern darum, wie weit es erforderlich ist, daß sie als Privateigentum der Kapitalisten den Arbeitern gegenübergestellt werden. Diese Frage, die nur auf Grund einer historischen und ökonomischen Analyse des Kapitalismus und seiner Entwicklungsstadien, wie sie Marx geboten hat, entschieden werden kann, hat sich Hodgskins gar nicht gestellt.

Diese Untersuchung zeigt dann die historische Berechtigung, die historische Notwendigkeit des Kapitalismus ebenso wie die seines Unterganges, sie zeigt aber auch zugleich die Würzeln seiner Macht. Darin, daß Hodgskins diese nicht erkannte, daß er glaubte, der

Kapitalismus werde schon im Beginn seiner eigentlichen Entwicklung vom Proletariat überwunden werden können, darin liegt sein Grundirrtum. Zwar finden sich bei ihm bereits Andeutungen über die inneren Widersprüche des Kapitalismus; er leidet das Sinken der Profitrate von dem Gegensatz ab, in den das Ausdehnungsbedürfnis des Kapitals mit der Ausbeutungsfähigkeit der Arbeiter geraten muß; in einer späteren Schrift weist er auch darauf hin, wie das Privateigentum an den Produktionsmitteln die Entwicklung der Produktivkräfte einengt und hemmt; aber es bleibt nur bei Andeutungen, er weiß den Gedanken nicht fruchtbar zu machen.

Wenn man also Hodgskins zu den Vorläufern von Karl Marx rechnen will, darf man nicht auf seine Geltendmachung des Rechts auf den vollen Arbeitsvertrag hinweisen; er war es durch seine allerdings noch recht unvollkommene ökonomische Analyse des Kapitalismus, hauptsächlich aber durch seine Betonung des Klassenkampfes als Weg zur Verwirklichung des Sozialismus. Hierin liegt seine Bedeutung, die noch dadurch erhöht wird, daß er diesen Standpunkt nicht nur in der Theorie einnahm, sondern auch seine Überzeugung in der Agitation unter dem Proletariat Englands betätigte. Gustav Götze in.

Theater und Vergnügungen

Lessing-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Rajernenluft.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taifun.**
Morgen: **Taifun.**

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die goldene Ritterzeit.

Morgen und folgende Tage:
Die goldene Ritterzeit.

Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Sonntag nachmittags 3 Uhr, zu ermäßigter Preisen: **Die Dollarprinzessin.**

Volkoper.
SW. Belle-Alliance-Strasse Nr. 7/8.
Gastspiel des Neuen Schauspielhauses.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Der Herr Verteidiger.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Sonntag, den 12. Juni, abends 8 Uhr:
Sherlock Holmes.

Detectivromäne in 4 Akten von Ferd. Bonn.
Morgen und folgende Tage:
Sherlock Holmes.

Lustspielhaus.
Abends 9 Uhr:
Das Leutnantsmündel

ROSE-THEATER
Große Brandenburger Str. 134.
Zum 25. Male:
Einjährig-Unfreiwillig.

Schwanz in 3 Akten v. B. Zaverenz.
Anf. 8 Uhr. Ende 1/11 Uhr.
Auf der Gartendüne: Theater.
Vorstellung, Spezialitäten, Gr. Konzert. Anfang 4 Uhr.

Apollo Theater
Abends 8 Uhr: Das neue Programm der Attraktionen!
Abends 9 1/2 Uhr:
Die weltberühmte Schluspanna

Grete
als Universal-Künstlerin.

WINTERGARTEN
Neues Programm!
La Tortajada

in ihrer neuesten Schöpfung: Abenteuer eines Toreros.
Kaufmanns Lady Cycle Troupe

De Dio
Phantasio-Künstlerin und eine Kette hervorragender Kunstkräfte.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Künstler d. Landstraße.
Wufl. Anf. von Meysel.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Schweizer-Garten
Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater, Spezialitätenvorstellung, Volksbelustigungen.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Montag 8 Uhr:
Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.

200
LOGISCHER GARTEN
Heute Sonntag:
— Eintritt 50 Pf. —
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
15 nachmittags 4 Uhr:
Gr. Konzert
3 Kapellen.
Morgen sowie täglich: **Militär-Doppel-Konzert.**

Berliner Aquarium
Unter den Linden 68a
Eingang Schadow-Strasse No. 14.
Heute Sonntag Eintrittspreis:
50 Pf.
Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Säugetieren, Reptilien etc. 68/8

Castans Panoptikum
Friedrichstr. 165 (Pachorppal).
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abds.

Der **Mann mit der eisernen Zunge.**
× Täglich 7 1/2 Uhr abends ×
Sonntags 4 Uhr:
Heitere Vorträge.

Passage-Panoptikum.
Lebend! **Prinz Atom**
der kleinste Mensch, der je gelebt.
Buddhas Tafel
weiß, kann, schreibt alles!
Alles ohne Extra-Entree!
Eintritt 50, Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Tartakoff
Blädel
Mika Mikun
The Kaylons
Zezelarette
und das große
Variété-Programm.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Schweizer-Garten
Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater, Spezialitätenvorstellung, Volksbelustigungen.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theat.)
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die zärtlich Verwandten.
Lustspiel in 3 Akten v. A. Benedix.
Hierauf: **In Zivil.**
Schwanz in 1 Akt v. Gustav Kadelburg.
Ende 10 1/2 Uhr.
Montag, abends 8 Uhr:
Die zärtlich Verwandten.
Hierauf: **In Zivil.**
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die zärtlich Verwandten.
Hierauf: **In Zivil.**

Schiller-Theater (Charlottenburg).
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Goldfische.
Lustspiel in 4 Akten von Franz von Schönthan und Gustav Kadelburg.
Ende 5 1/2 Uhr.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Schwanz in 4 Akten v. Gustav Kadelburg.
Ende 10 1/2 Uhr.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Liebe wacht.

NEUE WELT-PARK
Hasenheide 108—114
Amerikanischer Vergnügungs-Park
Spezialitäten-Vorstellung
Mittwoch: **Kinderfest**
Donnerstag: **Feuerwerk**
Wasserrutschbahn, Liebesmühle, Gebirgsbahn

„Pharus-Sommer-Theater“
Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhart.
Berlin N., Müllerstr. 142.
Täglich: Im herrlichen Naturgarten Bei Regen im Theatersaal!
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung
20 Künstler-Attraktionen. Stets wechselndes Familien-Programm.
Außerdem jeden Freitag: **Die beliebten Apollo-Sänger.**
Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 6 Uhr.

Achtung! Diez' nur Achtung!
Seeterrasse Sichtenberg
Röderstrasse 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.
Größtes und schönstes Lokal Berlins.
Heute Sonntag: **Großes Sommer-Fest des Arbeiter-Rancherbundes.**
Bei unangenehmem Wetter Schutz für 8000 Personen. — Täglich:
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Auftreten der besten Turnseilkünstler der Welt Tho Liepeltz (solche der neuesten und größten Sensationen der Gegenwart: Die Reise um die Erde in **1 Sekunde: Saltomortale v. 10 Meter Höhe** mit dem Fahrrad in den See.
Sensationell: **The O. Goudsmits**, Iomischer akrobatisch. Burleske Akt mit ihren konturlosen Akrobatenhänden. — **4 Lepoos**. Mensch oder Affe? phänomen. utomische Affenphantomime. **Quert Krill, Leopold Rosser**, Original-Humorist mit ihren wunderbaren aktuellen politisch-jatigischen Schlagern und das neue beste Programm Berlins.
Jeden Sonntag: **Hlesen-Land- und Wasser-Feuerwerk.**
Nur Neuheiten! **Der Halleysche Komet.**
15 Ruderboote, Riesenartefische, 4 verdeckte Regelmahnen. Volksbelustigungen aller Art, **50 000 Personen fassend**, im großem See. Vereinen u. Gesellschaften täglich unt. günst. Bedingungen zur Verfügung. Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamteintritt 30 Pf. Kinder frei. Jedes Kind erhält eine Stadtkarte gratis. Im Saal: **Ball.**

Folies Caprice
Anfang 8 1/2 Uhr.
Pariser Ehen.
Der Athlet.
Die verfolgte Unschuld.
Das Veröhnungsfest.

Königstadt-Kasino.
(Inhaber: Max Schindelhauer.)
Dolymarktstraße 72.
Im herrlichen Naturgarten täglich: **Marguerit Gilton**, dress. Raffetaub. Anton Hildach, Emmy und August Clever, Rimiatur-Duo und das andere reichhaltige Programm.
Sportmädels!
Operetten-Burleske in 1 Akt.
Anf. Sonntag 7 1/2, Sonnt. 8 Uhr.

Burgtheater-Kinematograph
vom Groterjan, Inhab.: Rud. Merz,
Schönhäuser Allee 129. Tel. 3, 9353.
Lebende Photographien.
Bogen 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.
Sonnt. 30, 40 u. 60 Pf. Anf. 4 Uhr.
Vorzugskarten nur Wochentags gültig.
25 Pf. auf allen Bildern.
Stets wechselndes Programm.
Jeden Sonntag im Oberaal:
Künstler-Konzert.
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
R. d. Konzert: **Familien-Kränzchen.**

V.T.
Vitaskop-Theater
Charlottenburg
Wilmersdorfer Straße 53/54.
Heute
neues
Programm!
U. a.:
Wolfsjagd
in
Rußland.

Max Linder
der bekannte Komiker,
in seinen neuen Szenen
::: Maxens Duell :::
Serum gegen Schlichternheit
? Protrektophon ?
Dauervorstellung:
Wochentags von 6 1/2 Uhr,
Sonntags von 4 1/2 Uhr an.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Am Park täglich **Doppel-Konzert.**
Eintritt: 10—6 Uhr 1 Mk., v. 6 Uhr ab
50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauert. 6 Pf.

Städtebau-Ansstellung
10—8 Uhr. Eintritt 1 Mk.
Königl. Akademische Hochschule,
Schluß 15. Juni
Groß-Berlin.
13. Juni: Geh. Baerrat Eger:
„Die Entwicklung der Wasserstraßen Groß-Berlins und anderer Großstädte“ (Lichtbilder).

Karl Haverland
Anfang **Theater**, präz. 8 U.
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Täglich nur erstkl. Spezialitäten.
Das wunder- **Juni-Progr.**
bare
Sonntags, Sonntag, Mittwoch,
Donnerstag: **Ball.**

Voigt-Theater
Geundbrunnen Badstr. 68.
Sonntag, den 12. Juni 1910:
Großes Alpenfest.
Abends 8 1/2 Uhr:
Ueberr großen Teich.
Gr. Lebensbild mit Ges. und Tanz in
4 Abteilungen von Adolf Philipp.
Das große Juni-Spezialitäten-
Programm!
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
Konzert, Theater, Spezialitäten.

Volksgarten-Theater
früher Weimann.
Badstr. 8, Seiten u. Bellermannstraße.
Täglich: **Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.** Das Riesensprogramm. Zur Aufführung gelangt:
Der fliegende Berliner.
Vollständig in 5 Bildern mit Gesang und Tanz.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Täglich:
Im Reiche des Mars
Spezialitäten, Konzert u. Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Max Kleins Sommertheater
und Festsäle.
Inh.: **Rudolf Krüger.**
Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Artist. Leitung: Walter Grävenitz,
Kapellmeister: Max Wolffheim.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.

Markgrafen-Säle
34. Markgrafen-Damm 34.
An der Stralauer Allee.
Jeden Sonntag: **Großer Ball.**
Im Restaurant täglich musikalische Unterhaltung. Vorsätzliche Küche, ff. Biere u. Weine, Billard u. Regelsaun

Alhambra
Wallner-Theaterstraße 15.
Jeden **Großer Ball**
Sonntag:
Großes Orchester. Anfang Sonntags 5 Uhr.
A. Zameitat.
Für den Inhalt der Zinereate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Walhalla Varieté-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr:
Die großen Juni-Spezialitäten.
In jedem Wochentag:
Ball.

Zum Besten der ausgesperrten Bauarbeiter

Sonntag, den 12. Juni 1910,
im Café Bellevue am See (Inh.: Gustav Tempel),
Boxhagen-Rummelsburg, Hauptstraße 2:

Großes Gartenkonzert u. Vorstellung
arrangiert vom „Vorwärts-Frohsinn“ (M. d. A.-S.-B.)
Gesangverein „Vorwärts-Frohsinn“ (M. d. A.-S.-B.)
Anfang 3 Uhr. Entree 20 Pf.
Familien können Kaffee kochen.
Im Saale: Ball. 2473b*

Hagenbeck
Bülow-Platz, an der Kaiser-Wilhelm-Straße
3 Minuten vom Bahnhof Alexanderplatz.

Uni-Sensationsprogramm
Mit Ruth Radjah in ihren indisch-Original-Tänzen im Raubtierkäfig sowie 5 neue Debuts.

LUNA-PARK
Terrassen am Halensee
Größter Vergnügungspark des Kontinents
Täglich geöffnet: Terrassen ab 1 Uhr, Lunapark ab 3 Uhr.

Neu! **Schau-Tanzsaal.** Neu!
Mon Pläsier - Lachhaus und viele andere Attraktionen.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.

Täglich: **Große Militär-Konzerte.**
Jeden Dienstag nachmittags 3-6 Uhr:
Frei-Vorstellung
der beliebten
Apollo-Sänger.

Allen Vereinen, Gewerkschaften und Klubs zur gefälligen Mitteilung,
daß ich das Etablissement

Ballschmieders Kastanienwäldchen
Konzertgarten u. Prachtfeste - Badstr. 15/16
übernommen und aufs neueste renoviert habe. Ich empfehle solches zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art unter günstigsten Bedingungen. Herrlicher schattiger Garten, 3000 Personen, 4 Säle 50-1500 Personen fassend, mit prachtvollen Bühnen versehen. Während des Sommers
Konzert und Sänger-Gesellschaften.
Vorzugsarten stehen zur Verfügung; auch sind noch Sonnabende frei.

:: :: Jeden Sonntag: **Großer Ball.** :: ::
Jeden Dienstag u. Donnerstag: **Ball tout chic.**

Um günstigen Zuspruch bittet
Berlin N. **Fr. Walter,** Ballwirt.
Wilm III, 8974.

Paul Schmidts Spezialitäten-Theater
Landsberger Allee 70/77, Ringbahnstation Landsberger Allee.
Täglich:
Großes Konzert. Spezialitäten-Vorstellung. Ball.
Das neue Juni-Programm. 14 erstklassige Nummern.
Besonders hervorzuheben: Ott u. Knaut, komische Excentrics.
The Darcion, Akrobaten. Erich Kersten, Original-Humorist.
The Strados, kom. Doppel-Red-Act. Tilly-Trio, gymnast. Akt.
Barré-Truppe, Pantomime.
Anfang Sonntags 4 Uhr, wochentags 6 Uhr [5721c*]
Gr. Kaffeeküche u. Volksbelustigungen aller Art.
Den geehrten Gewerkschaften, Vereinen usw. empfehle mein neu renoviertes Lokal zu den besten Bedingungen. Der Wirt.

Moabiter Schützenhaus am Plötzensee
an Wald und Wasser gelegen.

Sonntag, den 12. Juni: **Gr. Extra-Vorstellung**
auf dem neu erbauten Kino-Theater.

I. Teil: Die Jagd nach dem Sonnenschirm. - Die weißen Schuhe.
II. Teil: Die Fasanenzucht. - Der Chef kommt.
Ein leicht empfindbarer Scherz.
Nachmittags 4 Uhr: **Gr. Militär-Konzert** v. d. Kapelle des Regiments d. Gardes du Corps (Herr Obermusikmeister Louis Lehmann. - Solist: Herr Willi Frank, früher königl. Hofopernsänger, in seinem glanzvollen neuen Repertoire. Die herrliche Illumination der elektrischen Lichtanlagen. Eine Überraschung und Schenkwürdigkeit ersten Ranges. Ein Flammenmeer von 34678 Kerzen.
Im großen Saal: **Elite-Ball** bei verstärktem Orchester.
Es ladet ergebenst ein **A. Freyer.**

Hundertjahr-Feier
des Dichters Ferdinand Freiligrath
veranstaltet vom
Sozialdemokratischen Wahlverein des IV. Berliner Reichstags-Wahlkreises
am Freitag, den 17. Juni 1910, in der Brauerei „Friedrichshain“
unter Mitwirkung
des Rezitators Herrn Fritz Richard vom Deutschen Theater, des Organisten Herrn Paul Kurz, der Gesangsvereine
„Kreuzberger Harmonie“ „Berliner Männerchor“ „Friedrichstädter Männerchor“
(M. d. A.-S.-B.)
unter Direktion des Chorleiters Herrn Franz Bothe.
Festrede gehalten vom Genossen Max Grunwald.
Eröffnung 7 Uhr. - Eintrittspreis 20 Pfennig. - Anfang präzise 9 Uhr.
218/15* **Der Vorstand.**

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“
Gau 9 Provinz Brandenburg

Sonntag, den 19. Juni 1910:

Großes Gausportfest
in der „Seeterrasse“, Lichtenberg, Röderstraße 11-13
(zwischen Landsberger Allee und Röderplatz).
Größtes und schönstes Lokal Berlins. 50 000 Personen fassend (mit großem See).
Bei ungünstiger Witterung Schutz für 8000 Personen.

Reichhaltiges Programm. Von 3 Uhr an: 11/7*
Großes Konzert • Auftreten allererster Kräfte • Kunst- und Reigenfahren.
Volksbelustigungen und Kinderspiele aller Art.
Preiskegeln • Riesen-Land- und Wasser-Feuerwerk.
Billett (nur an der Kasse) 25 Pfennig.
Kinder unter 14 Jahren haben freien Eintritt. Jedes Kind erhält ein Präsent.
Sichere Aufbewahrung der Räder. In den Sälen: **Tanz.** Herren 50 Pfennig.
Fahrgelegenheit: Mit Hoch- und Stadtbahn sowie den Straßenbahnen No. 58, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 71, 75, 78, 81.
Der Gauvorstand.

Schwarzer Adler, Lichtenberg
Richard Arnhold. Frankfurter Chaussee 5.

Jeden Sonntag:
Gr. Garten-Konzert Dirigent: Otto Jung und **Gr. Spezialitäten-Vorstellung**
mit **Franz Sobanski.** Nur erste Kräfte!
Im **Großer Ball.** Volksbelustigungen aller Art.
Saale: Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet.
Im prachtvollen Lindengarten: **Täglich Künstler-Frei-Konzert.**
(Kapelle Hoffelder.) 5688L*

Bitte ausschneiden! **Abfahrtstelle** Bitte ausschneiden!
Schillingsbrücke
(am Schlesischen Bahnhof).
Billige Dampfer-Extrafahrten mit Musik.
Täglich außer Sonnabend **Waltersdorfer Schleuse.**
tägl. 9, mitt. 2 Uhr nach
Täglich außer Sonnabend **Neue Mühle.** Ein und zurück
u. Sonntag früh 10 Uhr nach 50 Pf.
Zed. Sonntag früh 8 u. 9, **Waltersdorfer Schleuse.** Ein. Fahrt
mittags 2 Uhr nach 50 Pf.
Tägl. v. mittags 2 Uhr **Restaurant Kyffhäuser.** Einl. Fahrt wochentags
ab ca. 1/2 stündlich nach 20 Pf. Sonntags 30 Pf.
Fahrtgäste zahlen kein Entree. [2474b] **R. Tismer.**

Etablissement Müggelschloßchen
vollständig renoviert.
Neu eröffnet.
Anerkannt vorzügliche Küche.
5514c* **Oekonom Anton Giesholt,**

Einer der **schönsten Ausflüge** ist die
nach der am Wald und Wasser gelegenen **Partie**
Mönchmühle Schildow!
bei
Vorzügliche schattige Plätze am romantischen Mühlen-
teich. Vorzügliche Küche und Getränke. Kaffeeküche.
Wanderer- und Turnvereine ganz besonders empfohlen.
Um günstigen Zuspruch bittet 5573L*
E. R. Arndt, Amt Mühlenbeck No. 10.

Ausstellung
für Bauindustrie u. Feinkeramik
unmittelbar am Bahnhof
Baumschulenweg
vom 2. Juni bis 18. Juli
Geöffnet täglich von 10 bis 8 Uhr.
Interessant u. lehrreich f. jeden
Fachmann und auch für Laien.
Heute: **Doppel-Konzert.**
Eintritt 50 Pfennig.

Puhlmanns Theater
Schönh. A. 148 - Kastanien-A. 97/99.
Lb. schön! Täglich: Lb. Regen!
Kouzer, Theater, Spezialitäten.
Abends 8 Uhr:
Berlin, wie's baut u. kracht.
Anfang wochentags 7/5 Uhr.
Sonntags 7/4 Uhr.
Entree wochentags 20-60 Pf.
Ehren- und Saisonkarten gültig!
Entree Sonntags 30-100 Pf.
Kinder auf allen Plätzen die Hälfte.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Böhm. Brauhaus
Landsberger Allee 11/13
H. Gießelmann, Oekonom

Täglich Militär-Konzert
Montag: III. Garde-Regiment zu Fuß
Obermusikmeister Herr Goerisch.
Dienstag: Garde-Pioniere
Obermusikmeister Herr Kühle.
Mittwoch: Ehem. Hoboisten des Garde-Korps
Dirigent: Herr Riemann.
Donnerstag: Kais. Alexand. Garde-Gren.-Rgt. No. 1
Obermusikmeister Hr. Neumann.
Freitag: III. Garde-Feldartillerie-Regiment
Obermusikstr. Hr. Spiegelberg.
Sonnabend: Ehem. Hoboisten des Garde-Korps
Dirigent: Herr Riemann.
Sonntag bei vollem Orchester:
Ehem. Hoboisten des Garde-Korps
Dirigent: Herr Riemann.
Montag, Donnerstag, Sonntag:
Tanz-Reunion.

Victoria-Brauerei, Lützowstr. 111/112
Im Garten oder Saal: Täglich
Gr. humorist. Solree.
(Gefangensoorche, Theater und
Varietés-Vorstellungen.)
Sonntags, Dienstags, Donnerst.
und Sonnabends: **Tanzkränzen.**
Knl.: Wochentags 8, Sonntags
7 Uhr. - Alle Baus gültig.
Im Refektor: Mittagsstich 75 Pf.
Gr. u. kl. Säle zu Festlichkeiten
aller Art. **Max Saeger.**

Kreuzberg-Festsäle und Garten
Bel. Otto Ernst, SW., Kreuzbergstr. 48

Jeden Sonntag: **Große Spezialitäten-Vorstellung** (Paul Jascheks Ensemble). Entree frei. Prop. pro Person 10 Pf. - Jeden Montag: **Hoffmann Nordd. Sänger.** - Jeden Freitag: Die lustigen Kalauer, Possen u. Vergnüg. gültig. Einige Sonnabende unt. hal. Bed. an Vereine zu vergeben.

Cranz' Sommer-Theater, Köplicher Str. 8.
Große internationale Ringkampf-Konkurrenz.
Siegeprämie 1000 Mk.
Anfang des Ringkampfes 9 1/2 Uhr.
Vorher: **Spezialitäten.**

Elysium
Landsberger Allee 40-41
Heute sowie täglich:
Gr. Konzert Spezialitäten Kavalier-Ball.
Kaffeekochen. 1/2, Str. 40 Pf.
Anfang 3 1/2 Uhr. Entree frei.

Humor-Quartett
Berliner
G. Creuer, Kastanien-Allee 20

Treptow Keglerheim Köpenicker Landstraße 19
Jeden Sonntag: **Spezialitäten-Vorstellung.**
Großer, schattiger Garten. Saal: 400 Personen fassend. Hallen, 4 Regelbahnen. Werkstätten, Vereinen, Bekannten bestens empfohlen.
5167c* **Franz Eschstruth.**

Andreas-Festsäle
Andreasstr. 21, vis-a-vis Andreasplatz.
Zusatz:
Hermann Borgmann.
Empfehle den geehrten Vereinen und Gewerkschaften meine bis 1200 Personen fassenden Säle zu Stellungen, Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen. 5691c*
Große Theaterbühne mit elektr. Beleuchtung.
Frei geworden: Sonnabend Diob., Dezember 1910
Telephon VII 3520. **Hermann Borgmann.**

A. Jandorf & Co

Spittelmarkt

Belle-Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

Billige Woche

Grösste Mode
Pierrot-Kragen



für halstfreie Blusen

aus plissiertem Batist mit Valenciennes- oder imitierter Klöppel- spitze garniert..... **30, 45, 60 Pf.**
 aus plissierter Stickereispitze moderne Muster..... **48, 95 Pf.**
 aus Batiststickerei reich bestickt, neue Formen..... **30, 35, 45 Pf.**
 aus Spachtelstickerei grosses Sortiment..... **25, 45, 75, 95 Pf.**

Herren-Oberhemden farbig Perkal, mit Manschetten..... **2.45**
Knaben-Waschanzüge Blusen-Fasson, mit garniertem Matrosen-Kragen, für 3 bis 8 Jahre..... **1.95**
Reisekörbe..... **6.75, 8.00, 9.50, 10.75**

Schuhwaren

Damen-Schnür-Stiefel braun oder schwarz, modernste Formen .. **6.50, 8.25, 10.25, 12.50**
Herren-Schnür-Stiefel modernste Formen **8.50, 10.25, 12.50**
 25-30 31-35 36-42 43-47

Kinder-Schnür-Stiefel breite Form, Box-Calf oder braun Ziegenleder..... **2.90 3.90 4.90 5.90**

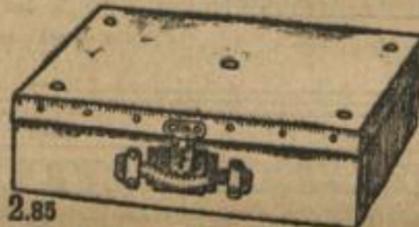
Turnschuhe Segeltuch, breite Form..... **1.50 1.80 2.50 2.90**

Braune Sandalen 20-22 23-24 25-26 27-30 31-35 36-42 43-47
 Rindleder mit biegsamer Sohle **2.25 2.75 3.25 3.75 4.50 5.25 5.75**

Kupeekoffer Leder-Imitation, braun **2.85 3.25 3.50 4.00**
 ca. 50 55 60 65 cm

Handkoffer brauner Bezug mit Leder-Einfassung **2.90 3.50 3.75 4.00**
 ca. 45 50 55 60 cm

Rucksack dunkelgrün, mit Vortasche..... **95 Pf.**



Damen-Hutkartons aus Lederpappe, mit Riemen, rund od. viereckig **95, 1.15, 1.35, 1.50**
 ca. 63 66 69 74 cm

Reisekartons mit Lederrisern..... **95 1.65 2.45 2.90**

Rucksack mit Futter und 3 Ausentaschen, Leder-Einfassung **2.85**

Umsonst zu jed. Apparate

10 neue Stücke

Die Welt Opera spielt wie eine Militärkapelle, singt u. lacht u. amüsiert alle!

Raten-Zahlung Kein Preis-aufschlag!

otto Jacob Friedenstr. 9 Berlin 506

Katalog gratis! Vertreter gesucht!

Brühl's
Kraffbrüh-Würfel
Marke „Ochsenkopf“
vorzügliche **5 Pfg.**
Bouillon

Marke **Solidaria**, gest. gesch. **erstklass. Fahrrad** auf Wunsch

Teilzahlungen.
Abzahlung Mark 20, 30, 40, 50, Abzahlung Mark 7,- bis 15,- Fahrradteile sportbillig.
Katalog gratis und franko.

J. Jendrosch & Co., Charlottenburg No. 81, Berliner Str. 108.

Wanzen Schwaben, Rotten, Ameisen, Biene, Wespe, Brut, Ratten und Mäuse vertilgen unter Garantie **M. Schweikart** Spezialmittel.
 Sie haben nur in meinen Geschäften Rantaustr. 92 - Hallesches Tor. 64. Tel. H. 4, 1221.

Neu! **Caramel-Weibier!** Neu!
 fass alkoholfrei, erfrischend, bekömmlich!
Prima Weibier
 in Flaschen und feineren Gebirgen bei Gumb.
Berliner Weibier-Brauerei
E. Willmer, Pankow-Berlin.
 Kefophon: Reinhold, Str. 4

Bräut- u. Hochzeit-Seide. der Inventur-Verkauf wird

durch die **Seiden-Messe** übertroffen. Das heisst: Während Seiden-Herzogs Seiden-Messe kauft jede Dame zu enorm billigen Preisen die kostbarsten Braut-, Hochzeits-, Gesellschafts- und Promenaden-Seiden direkt bei der bekannten Seiden-Engros-Firma Seiden-Herzog, nur Leipzigerstr. 79, eine Treppe. Von vielen Stückseiden Coupons und Resten prächtiger Seiden sind zu ganz besonders billigen Preisen 4 grosse Serien auf Extra-Tischen ausgelegt, und zwar: **1.-, 1.50, 2.-, 2.50.** Darunter echte Bastseiden, französische Foulardseiden sowie allerhand edle Qualitäten, welche teilweise das doppelte, ja das dreifache gekostet haben. In Seiden-Herzogs Spezialität für **Bräut- und Hochzeits-Seiden** sind viele einzelne Braut-, Hochzeits- und Silber-Hochzeits-Roben in wundervollen, einfach- und doppelbreiten Seiden-Geweben vorhanden. Darunter ein Posten herrlicher Crepe de Chine-Krepons, doppelbreit, Mark 2.75 per Meter; desgleichen in den schönsten Farben 1 Posten entzückender feinstrippiger Eolianne, 110 cm breit, Mark 2.75 per Meter. Jedes, auch das kleinste Maß, für Kravatten usw., schon für 0.75 Mark, wird verabfolgt. Viele Tausend Meter kostbare reisseidene schwarze Damaste in den apartesten Mustern, früher bis ca. 5.00, jetzt 1.50, 2.25 etc. (Nie wiederkehrend.) Adresse genau beachten. Der Verkauf beginnt Montag 9 Uhr.

Seiden-Herzog, Berlin, nur Leipzigerstr. 79, 1 Treppe, am Dönhofpl.
 Gegründet 1878.

Raucht Okassa Cigaretten

„Zünftigst Goldfarb „Königinn“! Die größten, weil bei Könnlichste Marken

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin, Druck u. Verlag: Hermann Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Sitzung vom Freitag, den 10. Juni 1910.

Nach der Vorlage sollen die Personen, die in einem Betriebe eines andern beschäftigt, aber trotzdem nicht versicherungspflichtig sind, das Recht haben, freiwillig der Krankenversicherung beizutreten...

Nach längerer Debatte wurde einstimmig beschlossen, die Berechtigung der kleinen Gewerbetreibenden, freiwillig der Versicherung beizutreten, nicht erst von einem Beschluß der Gemeinden oder Klassen abhängig zu machen...

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Berechtigung, der Versicherung freiwillig beizutreten, auch den Angestellten gegeben werde, die deshalb nicht versicherungspflichtig sind, weil ihr Einkommen mehr als 2500 M. pro Jahr beträgt...

Die baren Leistungen der Klassen sollen, so schlägt die Vorlage vor, nach einem Grundlohn bemessen werden. Als solcher soll der durchschnittliche Tagesentgelt derjenigen Klassen Versicherten gelten, für die die Klasse errichtet ist...

Die Sozialdemokraten beantragten, daß als Grundlohn stets der tatsächliche Verdienst des Versicherten genommen werde, und zwar in seinem vollen Betrage, da jede Kürzung unbedeutend und sehr nachteilig für die Arbeiter ist...

demokraten, des Polen und der Fortschrittler abgelehnt.

Dagegen wurde ein Antrag des Abg. Behrens angenommen, der den Höchstbetrag für den Klassenlohn von 4 auf 5 M. und für den Individuallohn von 5 auf 6 M. erhöht.

Einen bezeichnenden Verbesserungsvorschlag machte der Abgeordnete Ditzel. Er erklärte an, daß die Klasseneinteilung, wie die Sozialdemokraten nachgewiesen hätten, zu schweren Mängeln führt. Um diese Mängel zu beseitigen, wolle Abg. Ditzel ein anderes Mittel, als an die Allwissenheit der hohen Behörden zu appellieren...

Für die Landkrankenklassen schlägt der Entwurf weitere Ausnahmen zum Schaden der Versicherten vor. Die Sozialdemokraten, die sich überhaupt gegen die besonderen Landkrankenklassen erklärten, wiesen nach, daß für die Landkrankenklassen Ausnahmen zum Schaden der Versicherten unbedeutend seien und traten für die unbedingte Ablehnung dieser Vorschläge ein...

Außerdem wurde noch der folgende Zusatz des Abg. Behrens den Bestimmungen für die Landkrankenklassen hinzugefügt: Für Betriebsbeamte und andere in gehobener Lebensstellung befindliche Angestellte sowie für Hausarbeiter ist der Grundlohn wie in den Ortskrankenklassen festzusetzen.

Als Krankenhilfe sollen zwei Arten von Leistungen gewährt werden: 1. Krankenpflege. Sie wird gewährt vom Beginn der Krankheit ab und soll nach der Vorlage ärztliche Behandlung und Versorgung mit Arzneien sowie Brühen, Bruchbändern und anderen kleineren Heilmitteln umfassen.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß statt „kleineren Heilmitteln“ gesetzt werde: „Heilmitteln und die Hilfsmittel, die erforderlich sind, um den Erfolg des Heilverfahrens zu sichern oder die Nachteile der Krankheit zu mildern“.

nach, daß die Fassung der Vorlage zu eng sei. Es müsse gefordert werden, daß alles geleistet werde, was im Interesse einer möglichst wirksamen Krankenfürsorge notwendig ist.

Auch die Freikonservativen erklärten, daß der vorgeschlagene Vorkauf nicht den Bedürfnissen der Praxis entspricht, und machten Vorschläge, den Vorkauf weiter zu fassen. Jedoch wurden schließlich die Abänderungsanträge mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten, des Polen, der Freikonservativen und der Abg. Schirmer, Becker und Behrens abgelehnt und die Vorlage unverändert angenommen.

Die zweite Leistung der Krankenhilfe ist das Krankengeld. Es wird nur dann gewährt, wenn die Krankheit den Versicherten arbeitsunfähig macht, und soll nach der Vorlage den halben Grundlohn für den Arbeitstag betragen.

Die Sozialdemokraten erinnerten daran, daß nach den bisherigen Beschläffen der Kommission der Grundlohn in vielen Fällen geringer sein wird als der tatsächliche Lohn des Versicherten. Um so notwendiger sei es, daß wenigstens an dieser Stelle den erwerbsunfähigen Kranken der ganze Grundlohn als Krankengeld gewährt werde. Ebenso sei es nicht zu rechtfertigen, daß das Krankengeld nur für Arbeitstage, also nicht für Sonn- und Feiertage gewährt werden soll.

Endlich soll nach der Vorlage auch die dreitägige Karenzzeit beibehalten werden, das Krankengeld also nicht in die ersten drei Tage, sondern erst vom vierten Tage ab gewährt werden. Nur, wenn die Arbeitsunfähigkeit erst später eintritt, demnach der Versicherte zunächst mehr als 3 Tage krank gewesen war, aber seine Arbeit hatte fortsetzen können und darauf auch arbeitsunfähig wird, sollen die Karenztage fortfallen.

Die Bestimmungen über die Krankenhauspflge sind unverändert aus dem geltenden Gesetz in die Vorlage hinübergenommen. Danach kann die Klasse Krankenhauspflge gewähren; sie braucht es aber nicht zu tun.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Klasse in zwei Fällen verpflichtet sein soll, Krankenhauspflge zu gewähren: 1. wenn die Krankenhauspflge nach dem Gutachten des behandelnden Arztes notwendig ist, und 2. wenn der Kranke einen eigenen Haushalt nicht hat und die Krankenhauspflge verlangt. Hierfür stimmten aber wiederum nur die Sozialdemokraten, Fortschrittler und der Pole. Dann wurde noch ein Antrag der Freikonservativen angenommen, nach dem die Krankenhauspflge in den wichtigeren Fällen „möglichst“ gewährt werden soll.

GEGRÜNDET IM JAHRE 1816

N. JSRAEL

26-32 SPANDAUER STR. BERLIN C. KÖNIG-STRASSE 11-14

Wäsche - Ausstattungen Die Anfertigung erfolgt in eigenen Werkstätten

Wohnungs - Einrichtungen Ständ. Ausstellung fertig eingerichteter Zimmer

Von Montag, d. 13. Juni:

Sommer - Verkauf

in allen Abteilungen

zu bedeutend herabgesetzten Preisen

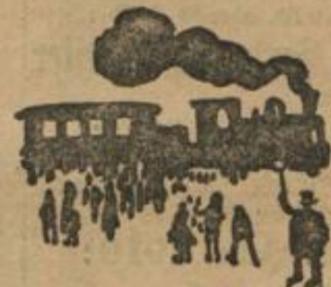
Ausserdem:

Besonderes Angebot in

Wiener Damen - Wäsche

Table with 4 columns: Batist-Garnituren, Batist-Nachthemden, Batist-Matinee, Weisse Batist-Röcke. Lists various items and their prices.

Der SOMMER-KATALOG wird auf Wunsch kostenfrei zugesandt.



Kinder umsonst

zur Weltausstellung in Brüssel

100 Mk. in Bar zur Ausrüstung. Näheres in jedem Paket Saman Tee (von 10 Pfg. aufwärts). Schluss des Preisausschreibens 15. Juni.

Saman Tee viel billiger als Kaffee

Allgemeine Teeimport-Gesellschaft. A. T. G. G. m. b. H., Berlin SO. 36, Harzer Straße 33.

Mehr als

1000 Grundstücke in kurzer Zeit nachweislich verkauft

woll unsere Preise so aussergewöhnlich billig sind

Gartenstädten:

Neu-Sadowa, Kaulsdorf, Biesdorf, Stienitzburg. Prices listed for each location.

Nieschalke & Nitsche BERLIN NO. Neue König-Strasse 16

Gartenstadt Hohen-Neuendorf

(Nordbahn) Wald, Wasser, Arzt, Gas, Wasserleit., Schulen etc. Am Schützenhaus, herrliche Hochwald-Landbaustellen. Rate 12 Mark an! 10% Anzahlung, Tilgung des Restes in 10jähr. Raten.



Sommer- u. Ferienhäuser 300 Mark an. Verlangen Sie illustrierte Gratis-Broschüre. Wollenberg, BERLIN, NO. 43, Neue Königstraße 71. Fernspr. 7, 3038.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins.

Dienstag, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Generalversammlungen der 6 Kreiswahlvereine.

1. Kreis.

Dräfels Festhale, Neue Friedrichstr. 35.

Tages-Ordnung:

1. Der Internationale Kongress in Kopenhagen. Referent: **Eduard Bernstein.**
2. Wahl der Delegierten.
3. Vereinsangelegenheiten.

2. Kreis.

Bockbrauerei, Tempelhofer Berg.

Tages-Ordnung:

1. Der Internationale Kongress in Kopenhagen. Referent: **Müller, vom Parteivorstand.**
2. Wahl der Delegierten.
3. Vereinsangelegenheiten.

3. Kreis.

Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Der Internationale Kongress in Kopenhagen. Referent: **Max Granwald.**
2. Wahl der Delegierten.
3. Vereinsangelegenheiten.

4. Kreis.

Keller, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:

1. Der Internationale Kongress in Kopenhagen. Referent: **Reichstagsabgeordneter Eichhorn.**
2. Wahl der Delegierten.
3. Einführung der Urabstimmung zur Vorstandswahl.
4. Antrag auf Entschädigung der Funktionäre.
5. Diverse Anträge.

5. Kreis.

Altes Schützenhaus, Linienstr. 5.

Tages-Ordnung:

1. Der Internationale Kongress in Kopenhagen. Referent: **Willi Friedländer.**
2. Wahl der Delegierten.
3. Vereinsangelegenheiten.

6. Kreis.

Germania-Säle, Chausseest. 110.

Tages-Ordnung:

1. Der Internationale Kongress in Kopenhagen. Referent: **Reichstagsabgeordneter Ledebour.**
2. Wahl der Delegierten.
3. Vereinsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreiches Erscheinen erwarten

Die Vorstände.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin, Hauptbüro: Col. I. Amt 3, 1289. Charitéstraße 3. Col. III. Amt 3, 1987.

Montag, den 13. Juni 1910, abends 6 Uhr:

Versammlung sämtl. Hartgummiarbeiter Berlins

im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.
- An dieser Versammlung werden wichtige Branchenangelegenheiten erörtert und muß darum jeder Kollege anwesend sein.

Mittwoch, den 15. Juni 1910:

Bezirks-Versammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin

in folgenden Lokalen:

- Norden:** Pharus-Säle, Müllerstr. 142, abends 8 1/2 Uhr.
Vortrag des Kollegen Adolf Wuschid.
- Norden:** Obligos Festhale, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr.
Vortrag des Kollegen Hilpert.
- Norden:** Franks Festhale, Sadstr. 19, abends 8 1/2 Uhr.
- Moabit:** Frachtsäle Nord-West, Wieleffstraße 24, abends 8 1/2 Uhr.
- Westen und Schöneberg:** Wieloch, Schöneberg, Grunewaldstr. 82, abends 8 1/2 Uhr.
- Osten und Lichtenberg:** Littins Festhale, Memeler Straße 67, abends 8 1/2 Uhr.
- Stralau und Rummelsburg:** Klumens Restaurant, Alt-Bogdener 56, abends 8 1/2 Uhr.
- Süden und Südost:** Lokal Süd-Ost, Waldemarstraße 75, abends 8 1/2 Uhr.
Vortrag des Kollegen Adolf Cohen.
- Rixdorf:** Hoppes Festhale, Hermannstr. 49, abends 8 1/2 Uhr.
- Charlottenburg:** Volkshaus, Rosinenstr. 3, abends 8 1/2 Uhr.
- Steglitz:** Warendorf, Groß-Lichterfelde, Bäckerstr. 22, abends 8 1/2 Uhr.
- Weißensee:** Feukerts Restaurant, König-Chaussee 38, abends 8 1/2 Uhr.
- Köpenick u. Friedrichshagen:** Restaurant Fr. Ritter, Bahnhofsstr. 44, 8 1/2 Uhr.
- Spandau:** Restaurant Borwärt, Schwanwalder Straße 80, abends 8 1/2 Uhr.
- Ober-Schöneweide:** Restaurant Wernicke, Wilhelmshofstr. 18, abends 8 1/2 Uhr.

Berichterstattung von der Generalversammlung.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Steinarbeiter.

Mittwoch, 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Donnerstag, 16. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15; im Verbandslokal, Seydelstraße 30.

Mitglieder-Versammlung der Sektion I (Bau- und Grabsteinbranche), der Sektion II (Marmorbranche).

- Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zur Beitrags-erhöhung. 171/15
 2. Verschiedenes.

An Anbetracht des nahen Quartalsabchlusses und des Markenwechsels wird in beiden Versammlungen fastiert.
Die Wichtigkeit der Versammlungen erfordert das Erscheinen sämtlicher Kollegen.

Die Ortsverwaltung.

Verein Arbeiter-Jugendheim.

Mittwoch, den 15. Juni 1910, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, großer Saal:

Mitglieder-Versammlung.

- Tages-Ordnung: 1. Vortrag über „Die Bedeutung des Jugendheims für die Jugendbewegung“. Referent Wilhelm Schenk. 2. Geschäftsbericht. 3. Diskussion. — Mitgliedskarte legitimiert!

Um zahlreiche Beteiligung ersucht 286/14*
Der Vorstand. J. H.: Dr. Kurt Rosenfeld.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Groß-Berlin.

Bureau: Linienstr. 215. Gedruckt v. 9-1 u. 4-8 Uhr. Tel. Amt III 938.

Bezirks-Versammlungen

Sonntag, den 12. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr:

- für **Spandau** bei Gottwald, Schwanwalder Str. 80.
für **Rummelsburg** bei Blum, Alt-Bogdener 56.
Mittwoch, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
für **Südost u. Süden** bei Hahn, Lanfischer Platz 8.
für **Schönhauser Vorstadt** bei Rath, Schönhauser Allee 131a.
für **Rixdorf** bei Gellert, Steinmehlf. 93.
für **Ober-Schöneweide** bei Rabe, Wilhelmshofstr. 43.

Donnerstag, den 16. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

- für **Norden** bei Kramer, Gussitenstr. 40.
für **Nordwest** bei Kirschkowski, Busselstr. 9.
für **Osten** bei Zietz, Warschauer Str. 61.
für **Tegel** bei Kakles, Berliner Str. 92.
für **Weißensee** bei Content, Lehderstr. 5.
für **Schöneberg** bei Doege, Steglitz, Duppelstr. 32.
für **Charlottenburg** im Volkshause, Rosinenstr. 3.
Sonntag, den 19. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr:
für **Johannisthal** bei Gobin, Roonstr. 2.
für **Köpenick** im Stadttheater, Friedrichstraße.
für **Adlershof** bei Kaul, Bismarckstr. 16.

Gruppe der Kunststeinarbeiter

bei Hahn, Rosenthalerstr. 57.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen: Vortrag, Diskussion, Bericht, Stellungnahme zur Generalversammlung usw. 63/13
Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwarten

Die Bezirksleitungen.

Deutscher Kürschner-Verband.

Filiale Berlin.

Bureau u. Arbeitsnachweis: NO. 43, Barnimstr. 21. Telefon: Amt 7, Nr. 6789.

Mittwoch, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Alten Schützenhaus“, Linienstraße 5:

Mitglieder-Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen M. H. Baago über: „Darwinismus und Sozialismus“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 102/10
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Mittwoch, 15. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstraße 72:

Vortrag des Herrn Dr. Röder: „Die sozialen Ursachen und die Verhütung von Verkrümmungen“. 65/13
Gäste willkommen. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Einsetzer!

Sonntag, den 12. Juni, pünktlich 9 Uhr vormittags:
Bezirks-Versammlungen
in den bekannten Lokalen.

Mitglieder-Versammlungen:

Tischler (Bezirk Osten II)

Montag, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) bei Litfin, Memelerstr. 67.

Tages-Ordnung:

1. Arbeitsnachweis und Arbeitsvermittlung. Referent: Kollege G. S. 14.
2. Verbandsangelegenheiten.

Tischler (Bezirk Osten III)

Montag, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) in den Prachtställen des Chens, Frankfurter Allee 153.

Tages-Ordnung:

1. Arbeitsnachweis und Arbeitsvermittlung. 2. Bericht von der Generalversammlung und Verbandsangelegenheiten.

Tischler (Bezirk Nordosten)

Montag, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) bei Bocter, Webersstr. 17.

Tages-Ordnung:

1. Arbeitsnachweis und Arbeitsvermittlung. Referent: Kollege H. Leopold. 2. Verbandsangelegenheiten.

Rahmenvergolder

Montag, den 13. Juni, abends 8 Uhr, bei Merktoffel, Andreaskstr. 26.

Tages-Ordnung:

1. Der Tarif der Rahmenvergolder. Ref.: G. Späthe. 2. Branchenangelegenheiten.

Modell- u. Fabriktschler u. Modelldrehsler

Montag, den 13. Juni, abends 8 Uhr, bei Wille, Brunnenstr. 188.

Tages-Ordnung:

1. Organisierte Selbsthilfe des Proletariats. Ref.: Genosse Buchholz.
2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Branchenangelegenheiten.

Möbelpolierer (Bezirk Norden)

Montag, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Kramer, Gussitenstr. 40.

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Die Verhandlungen mit den Unternehmern über unseren Lohn- und Akkordtarif. 3. Verbandsangelegenheiten.

Rahmenmacher

Montag, den 13. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 16, Eingang B, Saal 4 (Arbeitslokalraum der Holzarbeiter).

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Diskussion. 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.

Kisten- und Koffermacher

Montag, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15.

Tages-Ordnung:

1. Die neue Tarifvorlage. 2. Branchenangelegenheiten.]

Kammacher

Mittwoch, den 15. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, Eingang B, Saal 4.

Tages-Ordnung:

1. Branchenangelegenheiten. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Verbandsangelegenheiten.

Perlmutter-, Horn- und Steinnuß-Arbeiter

Mittwoch, den 15. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15.

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Bericht der Kommission. 3. Verbandsangelegenheiten.

Bautischler

Donnerstag, den 16. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 4.

Tages-Ordnung:

1. Arbeitsnachweis und Arbeitsvermittlung. Referent: Kollege G. S. 14.
2. Diskussion. 3. Bericht der Tarifberatungs-Kommission.

Achtung! Bibliothek!

Wegen der im Juli stattfindenden Inventur wird die Bibliothek bis auf weiteres geschlossen.
Sämtliche ausgeliehenen Bücher müssen bis Ende Juni eingeliefert werden. Vom 20. Juni ab werden keine Bücher mehr ausgegeben.
85/3 Die Ortsverwaltung.



Berlin N. 20, Hochstraße 21/24.

Amt III, 1608 und 3183.

Erstklassige Biere.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin.

Morgen, Montag, den 13. Juni 1910, abends 6 1/2 Uhr:

Außerordentl. Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshause, Engelufer 15 (großer Saal).

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Hauptlehrer Riedl-München über: „Die Bedeutung der feistechnischen Kommissionen für das Töpfergewerbe.“ 2. Berichterstaltung von der 9. Generalversammlung in Dresden. 3. Ergänzungswahl zum Zentralvorstand. 4. Verschiedenes.
Rein Kollege darf fehlen!
192/20
Der Vorstand.

Zentralverband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.

Sektion der Putzer.

Achtung! Putzer. Achtung!

Mittwoch, den 15. Juni, abends 8 Uhr:

Bezirksitzungen für Berlin und Vororte in den bekannten Lokalen.

Die Tagesordnung wird in den Sitzungen bekanntgegeben.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht.
NB. Alle Mitglieder, welche gewollt sind an der Besichtigung der Städtebau-Ausstellung teilzunehmen, werden ersucht, sich heute vormittag 10 1/2 Uhr am Bahnhof Zoologischer Garten einzufinden. Eintrittskarten stehen dort noch zur Verfügung.

Zentralverband der Schmiede.

Zahlstelle Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis: Lindenstr. 73. — Telefon: Amt III Nr. 9310.

Am Montag, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den Musiksaal, Kaiser-Wilhelm-Strasse 18 m:

Außerordentliche Mitgliederversammlung

Tagesordnung:

1. Bericht der Delegierten vom Verbandstag in München.
 2. Diskussion.
- Mitgliedsbuch legitimiert! Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!**
Kollegen! Der Verbandstag zu München hat für unseren Verband außerordentlich wichtige Beschlüsse gefasst, es ist deshalb notwendig, daß jedes Mitglied recht eingehend über die Beschlüsse des Verbandstages informiert wird. Wir richten deshalb an alle unsere Mitglieder das dringende Ersuchen, in dieser Versammlung anwesend zu sein. Die Vertrauensleute haben die Pflicht, alle Kollegen auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

Am Mittwoch, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Becker, Weberstraße 17:

Versammlung sämtlicher Innungsgehilfen.

Tagesordnung:

1. Bericht über den Stand der Lohnbewegung.
 2. Beschlusfassung über die weiteren Maßnahmen.
- Kollegen! In dieser Versammlung müßt Ihr alle pünktlich erscheinen, damit eine einheitliche Stellungnahme zu der Antwort der Meister möglich ist. Rein Innungsgehilfe darf fehlen!
176/10 Die Ortsverwaltung.



In Dosen zu 10, 20 und 25 Pf. überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Die Marke aller Feinschmecker unter den Rauchern sind
JOSETTI VERA
Cigaretten.
Sie bilden eine Klasse für sich und bieten auch verwöhntesten Rauchern dauernden Genuß.
Josetti-Vera-Cigaretten
m. u. o. M.
10 St. 30 Pfg.

Rixdorfer Baugenossenschaft „Ideal“ eingetr. Genossenschaft m. b. Haftst.
Montag, den 27. Juni 1910, abends 8 1/2 Uhr:
Außerordentliche Generalversammlung in Doppel-Behältern (großer Saal), Rixdorf, Detmannstraße 48.
Tages-Ordnung:
1. Errichtung einer Sparkasse. 2. Die dadurch ev. bedingte Statutenänderung. 3. Wahl eines Kontrolleurs. 4. Anstellung eines Beamten.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet.
Der Aufsichtsrat. Bruno Fiedler.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Beinkranke
Dr. Strahl's Ambulatorium
Operationslose Behandlung ohne Berührung
Sprechzeit: 10-12 und 3-5 Uhr,
Sonntags nur Vorm.
Prosp. gratis!
Berlin N 24
Friedrichs-In. 1059

mod. Karl Reinhardt's Spezial-Arztliche Institute für
Dr. Geschlechtskrankheiten
Haut-, Harnleiden, Schwäche (Impotenz)
Neanderstraße 12 nahe Jannowitzbrücke
1/5 bis 1/8 Uhr.
Potsdamer Straße 117 an der Lützowstraße, 1/2 12-2 Uhr
und 1/8 bis 9 Uhr abends. : : : :
Vollkommenstes kombiniertes Heilverfahren bei frischen und veralteten Fällen. Nachweislich unerreichte Dauererfolge in verhältnismässig kurzer Zeit. Um sich vor zwecklosen evtl. schädlichen Kuren zu schützen, verlange man ausführliche Broschüre in meinen Instituten oder durch die Post (verschlossen, Kuvert) gratis und franko.
Der nächste Vortrag über Geschlechtskrankheiten, Kurpfuscher und schwindelhafte, mit markt-schreierischer Reklame angepriesene Heilmethoden derselben findet am Dienstag, den 14. Juni, abends 9 1/2 Uhr, in den Fürstenberg-Sälen, Rosenthaler Straße 33, statt. —
Eintritt frei. 290/11

Schmerzlos

gezogen!

Fast gänzlich schmerzloses Zahnziehen 1.-M. Von uns endlich erreicht und zur größten Berühmtheit der Reform-Zahn-Praxis geworden. Beweis Hunderte von Dankschreiben.

Echte Zähne 180 M
Keine hohl. Loch-sähe oder Zähne mit Eisenstiften, sondern echte mit Platinstiften, die bei der Konkurrenz 4 und 5 M. kosten.

Man lasse sich nicht durch scheinbar billige Angebote irreführen. Z. B. werden in letzter Zeit von der Konkurrenz Zähne offeriert von 1.50 und 2 M. an. Mit solchem Angebot bitten wir unsere Preise nicht zu vergleichen, denn diese werden nur angewendet, um einen billigen Preis als Lockmittel auf das Papier zu bringen. In Wirklichkeit werden die Patienten in den meisten Fällen überredet, 4 und 5 M. anzulegen. Dieses Verfahren wird bei uns nicht geübt. Unser teuerster Zahnersatz mit nur echten Zähnen, mit Kautschukplatte einberechnet, kostet bei uns nur 2.80 M.
Wenden Sie sich vertrauensvoll nach unserem Atelier. Ueberzeugung macht wahr!

Reform Zahn-Praxis
Carl Rudolph.

1. Praxis: Friedrichstr. 35.
2. Praxis: Elsassstr. 14.
3. Praxis: Oranienstr. 61.
4. Praxis: Palisadenstr. 106.
5. Praxis: Moabit, Huttonstraße 63.
6. Praxis: Charlottenburg, Wilmsdorfer Str. 117.
7. Praxis: Lichtenberg, Frankfurter Allee 169.
8. Praxis: Spandau, Neuen-dorfer Straße 106.

50 Pl. wöch. **Ohne Anzahlung**
Bitte Spiegeln, Bilder, Decken, Portieren, Teppiche, Gardinen, genau auf Störas; ferner mit kl. Anzahlung (1 Mk. wöchentlich) Haus-Nr. Herren-, Damen-, Kinder-Garderobe, Bett- und Leib-wäsche, Betten, Kinderbettstellen sowie einz. Möbel.
J. Antel, Brückenstr. 1a erste Bitte Besuch nahe Jannowitzbr. 1a Etage. od. Postkarte.

Phänomen

Cigaretten
Qualitätsmarke
mit und ohne, auch mit Goldmundstück, St. 2, 3, 4 und 5 Pf.
Cigarettenfabrik
NAMKORI

Hochbau-Terrain Schloß-Allee
am Bahnhof Pankow-Heinersdorf
unmittelbar am Königl. Schloßpark
Anfangspreis, Baustellen, 18-19 m Front, je nach Größe,
11-17,000 M.
inkl. vollständig regulierter Straße.
Zulässige Bebauung 4 Stagen und 60 Quadratmeter Souterrain.
Auskunft jederzeit auf dem Terrain.
S. Joseph, Niederschönhausen, Schloß-Allee 32.
Für 10 Pf. zu erreichen mit der Sietlinger Vorortbahn in 16 Minuten, von der Station Gesundbrunnen in 10 Minuten. Haltestelle der Linie 49 und Siemensbahn am Terrain. In die Nähe führen Zugänge durch den Schloßpark) Wien 47, 47E und 67.

Möbel-Lechner
Brunnenstraße 7, am Rosenthaler Tor, Laden u. I. Etage.
Wohnungs-Einrichtungen auf Kredit
Anzahlung von 15 M. an, einzelne Möbelstücke von 5 M. an.
Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet.
Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf 5 M. gutgeschrieben.
Lieferung auch nach auswärts.



HERMANN TIETZ



LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Diese Woche

Extra-Verkauf im Lichthof:

Soweit Vorrat

Saison-Schluß-Verkauf in der Putzabteilung

Damenhüte

Feine Bastgeflechte in den neuesten Formen 2⁴⁰ 3⁰⁰ 3⁷⁵ 4⁵⁰
 Imitierte Rosshaargeflechte in den neuesten Formen 4²⁵
 Garnierte Damenhüte mit Blumengarnitur 6⁷⁵ 8⁵⁰ 9⁵⁰
 Matelot mit breitem Rand, englisches Geflecht, Sammetband-Garnitur 2⁵⁰ 3⁵⁰
 Ein Englisch garnierter Damenhüte 2²⁵ 3²⁵

Kinderhüte

Manilla-Hüte englisch garniert 95 Pf.
 Glockenformen Naturgeflechte, englisch garniert 1⁷⁵ 2⁵⁰
 Glockenformen Bastgeflecht, ungnarniert 2²⁵
 Japan-Bast-Cloche der leichteste Reisehut, ungnarniert 1⁶⁵
 Japan-Bast-Cloche für Damen und Kinder mit Shawl garniert 3²⁵ 4²⁵

Hut-Schleier

Kristalline ca. 50 cm breit, 200 cm lang 1²⁵
 Chiffon-Schleier mit Bordüre ca. 55 cm breit, 235 cm lang 2⁶⁰
 Voile-Schleier m. Hohl-saum, 50 cm breit, 235 cm lang 2³⁵ 3⁵⁰

Hutblumen

Stielrosen m. Laub, 1 teil., Piquet 25, 3 teil. 95 Pf.
 Monatsröschen mit Laub, 12 teil. Piquet 1⁰⁰
 Röschentuff 6 teilig 70 Pf.
 Camillen 35 Pf.
 Akazien mit Laub 95 Pf.
 Kornblumen 50, 75 Pf.
 Kornähren (natürliche) ... 10, 20 Pf.
 Präparierte Gräser 50 Pf.

Echte Panamas Original-Stumpfen für Damen und Herren Ecuador-Ware 4⁷⁵ 5⁷⁵ 7⁵⁰ 9⁵⁰
Herren-Matelots moderne Fassons 65, 95 Pf. 1²⁵ bis 4⁵⁰ | **Kinder-Gelsbuben-Hüte** grau und Natur-Stroh 45, 65 Pf.

Die teure Zeit

zwingt so manchen Herrn äußerst sparsam zu sein. Wie kann man sparen?

Im Verleihhaus feiner Herrenmoden Leipzigerstr. 59 finden Sie elegante, von feinsten Herrschaften nur ganz kurze Zeit getragene, vielfach auf Seide gearbeitete Anzüge, Paletots und Hosen.

Eine Quelle des Wohlstandes

erschließt sich Ihnen, denn wirkliche Maß-Kleidung wird Ihnen dadurch ersetzt.

Abonnements-Anzüge und Paletots M. 12.— 16.— 19.—

Monats-Anzüge und Paletots M. 7.50 10.50 14.—

Verleihhaus feiner Herrenmoden

Leipzigerstr. 59, am Spittelmarkt.

Verleihung von Anzügen, Paletots und Hosen auf Tage, Wochen, Monate.

Sonntags geöffnet von 7^{1/2}—10, 12—2 Uhr.

Stets großes Lager von :: Gelegenheitskäufen :: Anzüge und Paletots von 9.50 Mark an.

Reinigt Euer Blut im Frühjahr!

Die meisten Krankheiten haben ihren Ursprung im unreinen Blute, deshalb reinige man sein Blut mit

Reichel's Wacholder-Extrakt „Medico“

das vollkommenste und wirksamste Blutreinigungsmittel zur Auffrischung des Blutes und der Gäfte. Er wirkt, die Natur unterstützend und den Stoffwechsel mächtig anregend, nach allen Richtungen hin und auf alle Teile des Körpers in mildest, nur wohltätiger Weise ein und ist gleichsam

ein Filter für den ganzen Inneren Menschen.

Niemals löse, garantiert echt und unverfälscht nur in Flaschen mit Marke „Medico“ à R. 0.75, 1.50 und 2.50. In den meisten Drogerien erhältlich, wo nicht, direkt zu beziehen durch

Otto Reichel, Berlin 43, P.-Umschlässe, Offenbachstr. 4. IV 4751, 4752, 4753.

Man verlange aber ausdrücklich Marke „Medico“ und nehme keinesfalls andere Färbungen.

persil

löst Spitzten, Gardinen, Batist, Waschseide, o o o Stickereien etc., überhaupt o o o

alle zarten Stoffe beim Waschen

wieder wie neu werden! Denkbar gründlichste Reinigung bei grösster Schonung und Erhaltung des Gewebes. Ueberall erhältlich!

Ausschliessliche Fabrikanten: Henkel & Co., Düsseldorf, o o o auch der seit 34 Jahren weltbekanntesten o o o

Henkel's Bleich-Soda.

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmalor, Berlin 4, Tieckstr. 11.

Sie haben die Garantie

den echten Grimm & Triepel zu erhalten, wenn Sie sich von dem Vorhandensein des jeder Rolle beigefügten Zettels in Rotdruck überzeugen;



Spezialität: Kau-Tabak.

Fabrik von Grimm & Triepel in Nordhausen

Nordhäuser Kau-Tabak.



Adams

Präzisions-Uhr, die zuverlässigste Uhr der Welt!

Reich illustrierte Kataloge über Wand- u. Taschenuhren, Gold- u. Silberwaren, Ketten, Ringe u. Brillanten, etc. gratis!

Soliden Personen überall hin gegen Monats Raten

Monats Raten

ohne Preisaufschlag! Vertreter gesucht! Otto Jacob, Sen. 8, Friedenstr. 8, Berlin 505

Stoppdecken

nur eigene Fabrikation im Hause. Einzelst. an Private zu Fabrikpreisen.

Bernhard Strohmandel, Berlin, 72. Wallstr. 72,

wo auch alte Stoppdecken aufgearbeitet werden. — Muster, Preisliste gratis.

J. Baer

Ecke Badstr. 26 Prinz-Allee

Herrn- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Eleg. Paletots.

Großes Stofflager zur Aufertigung n. Maß.

Allerbilligste, streng feste Preise.



Die Hausfrau lobt und verwendet nur Kronen-Bouillon-Würfel



Wie können uns der Empfehlung enthalten!

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: E. Giese, Berlin. Druck-Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei - Angelegenheiten.

Die Generalversammlungen der Wahlvereine finden am kommenden Dienstag statt. In denselben wird über den Internationalen Kongress in Kopenhagen referiert und werden die Delegiertenwahlen vorgenommen.

Die Mitglieder werden gebeten, für zahlreichen Besuch Sorge zu tragen.

Zur Lokalliste. Auf wiederholte Anfragen teilen wir nochmals mit, daß das Lokal der Witwe Lenz in Johannisstral. der Arbeiterschaft zur Verfügung steht; dagegen ist „Grahl's Gesellschaftshaus“ in Mariendorf nach wie vor gesperrt.

Die Lokalkommission.

Charlottenburg. Diejenigen Genossen, die sich am Freitag nicht an der Flugblattverbreitung beteiligt haben, werden ersucht, sich heute früh an den bekannten Stellen einzufinden, um den Rest der Arbeit zu erledigen.

Für die 3. Gruppe findet heute um 10 Uhr im großen Saale des Volkshauses eine Gruppenversammlung statt. Der Vorstand.

Steglitz-Friedenau. Die Parteigenossen werden auf den heute, 12. Juni, stattfindenden Familienausflug nach dem Walde am Grunewald-See hingewiesen. Treffpunkte sind um 1/2 12 Uhr: Für Friedenau: Südwest-Corso, Ecke Landwäcker Straße, für Südende: Albrecht-, Ecke Siemensstraße, für Steglitz: auf dem Spielplatz Grunewald-, Ecke Kleiststraße. Da ein für uns passendes Lokal in Dahlem nicht zu haben ist, können sich Nachzügler nur bis 4 Uhr im Schützenhause Schmaragdweg, Dudenstr. 20, einfinden. Um 1/2 5 Uhr im Walde: Reigenpiele der Kinder. Gefang. Zwanglose Gesellschaftsspiele. Fadelzug der Kinder. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Bildungsausschuss.

Lankwitz. Am Mittwoch, den 15. Juni 1910, abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant Ebel, Wühlensstraße, eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Ragenstein über „Die Finanz- und Tagespolitik“ referieren wird. Parteigenossen! Erscheint vollzählig. Agitiert für regen Besuch!

Jehndorf (Bankebahn). Heute Sonntag, früh 7 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung von den Vegetationslokolen aus. Ferner findet kommenden Sonnabend, den 18. Juni, eine Volksversammlung für Frauen und Männer statt. Genossin Ottilie Wader-Berlin spricht über: „Die politische Betätigung der Frauen — eine Notwendigkeit“. Es wird gebeten, schon jetzt dafür zu agitieren. Der Vorstand.

Vorsigtalwe - Wittenau. Am Dienstag, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet in den „Vorsigtalwe Festsälen“ die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Vortrag.

Spandau. Heute Sonntag, den 12. Juni, nachmittags 4 Uhr, findet für die Einwohner von Ronnedamm, Sternsilde und Hahelhorst im Lokal von Karl Fricke, Ronnedamm, Siemensstr. 28, eine öffentliche Volksversammlung statt. Tagesordnung: „Der Gang der inneren Politik“. Referent: Genosse Dr. Karl Liebknecht-Berlin. Die Genossen Spandaus, welche an der Versammlung teilnehmen, treffen sich nachmittags 2 Uhr bei Böhlte, Fabelstr. 20. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Gerechtigkeit!

Kinder auf der Anklagebank, das ist ein Anblick, der jedem Freund der Jugend zur Pein werden muß. Aber „Gerechtigkeit muß sein“, mag darüber zugrunde gehen, was will.

Das betäubende Schauspiel, sechs Kinder zugleich auf der Anklagebank zu sehen, bot sich uns dieser Tage am Landgericht I vor der Strafkammer 7, die als Jugendgericht zu urteilen hatte. Der jüngste dieser jugendlichen Angeklagten hat erst das 13. Lebensjahr hinter sich und reichte mit der Nase knapp über die Schranke hinaus, hinter der er saß. Der älteste blickt auf das 16. Lebensjahr zurück und hat eine schon ganz stattliche Körpergröße, er ist aber eigentlich mehr noch als die anderen ein Kind. Seine Intelligenz ist so mächtig entwickelt, daß er in seiner Schullaufbahn nie über die Nebenklasse für Schwachbegabte hinauskam und sie als Bierzehnjähriger verließ. Die sechs waren angeklagt des sogenannten Vandalendiebstahls, d. h. gemeinschaftlicher Vandalendiebstahle, die sie in den nördlichen Stadtteilen Berlins vor jezt zwei Jahren begangen hatten. Damals war also der älteste erst vierzehn Jahre alt, und der jüngste hatte nicht mehr als elf Jahre vollendet.

Warum wurden sie erst jezt vor Gericht gestellt, um durch eine späte Sühne abzuhäfen, was weit hinter ihnen lag? Weil jene Straftaten erst jezt bekannt geworden und zur Anzeige gebracht worden waren. Inzwischen hatte man die Jungen längst wegen anderer Verfehlungen, die schon früher bekannt geworden waren, in Fürsorgeerziehung gesteckt. Zwei sind sogar schon wieder den Eltern widerrechtlich zurückgegeben worden, weil sie als gebessert gelten. Der eine davon, der oben erwähnte älteste der Angeklagten, wurde von der Polizeiverwaltung zurückgegeben, nachdem er aus Mielitz entkommen war und mit Wunden bedeckt sich in das Elternhaus geflüchtet hatte. Er weist seit nahezu einem Jahre wieder bei seinen Eltern und hat seitdem sich gut geführt. Aber, wie gesagt, Gerechtigkeit muß sein, darum wurden die sechs Jungen jezt noch vor Gericht geschleppt. Es scheint, daß einer der sechs in einer Erziehungsanstalt mit seinen Taten renommierter hat, auch mit solchen, die noch nicht zur Kenntnis eines Gerichts gelangt waren. Das ist dann wohl dem Anstaltsleiter bekannt geworden, der nunmehr es für seine Pflicht gehalten zu haben scheint, noch jezt gegen die Beteiligten das Gericht mobil zu machen.

Für die Ermittlung fanden keine Zeugen zur Verfügung, so daß die Anklage sich nur auf das Geständnis und die gegenseitigen Bezeugungen stützen konnte. Die bestohlenen Geschäftsleute hatten keine Strafanträge gestellt, weil sie die Diebe gar nicht bei der Tat bemerkt hatten. Sie haben mitgenommen, was ihnen unter die Finger kam, vor allem das Gemischbare, wie Wadware, Obst, Wurst, Schokolade, Marzipan, Zigaretten. Wegen der Entwendung dieser Nahrungs- und Genussmittel, die sofort verteilt und verbraucht worden waren, war keine Strafverfolgung eingetreten. Anklage war aber erhoben worden, weil die Jungen auch Spielsachen, Märchenbücher, eine Handtasche, Flaschen (gefüllte und auch leere), Likörgläser, Sparmarken gestohlen hatten.

Die Verhandlung vor dem Landgericht war nicht viel mehr als ein Verhör der Angeklagten. Die Zeugen wurden ersetzt durch einen der sechs Angeklagten, der die anderen durch seine Bezeugungen belastete. Er ist Jüngling des Rettungshauses „Samariterberg“ zu Hordburg (Bezirk Halle a. S.). Ist von dort diese ganze Justifikation — um der Gerechtigkeit willen — so spät noch in Gang gebracht worden? Die Gerichtsverhandlung trug nun freilich nicht dazu bei, den Sachverhalt zu klären. Die

Angaben der Jungen widersprachen einander so sehr, und auch jener Jüngling aus „Samariterberg“ setzte sich so stark in Widerspruch zu seinen früheren Angaben, daß der Vorsitzende schließlich erklärte, es habe sich eigentlich über keinen der Angeklagten etwas Sicheres feststellen lassen. „Und nun wird das“, fügte er hinzu, „hierher geschleppt, aus allen Himmelsrichtungen und mit großer Umständlichkeit!“ Vier der Angeklagten waren von weit her aus Erziehungsanstalten nach Berlin transportiert worden. „Na, wir können nichts dagegen machen“, schloß resigniert der Vorsitzende.

Aber der Vertreter der Staatsanwaltschaft fand, es sei genug erwiesen, und er beantragte gegen vier noch unbefristete Angeklagte je 1 Woche Gefängnis, gegen zwei vorbestrafte Angeklagte je 2 Wochen Gefängnis. Fremderbot und fast erschrocken blickte der Vorsitzende auf. In längerem Vortrag setzte er noch einmal auseinander, wie wenig Greisbores von der ganzen Anklage übrig geblieben sei. Da erhob der Vertreter der Staatsanwaltschaft sich zum zweitenmal und sagte: „Ich habe die Feststellungen — nicht richtig aufgefaßt. Ich ziehe jezt meine Anträge zurück und beantrage für alle Angeklagten die Freisprechung.“

Ein befreiendes Aufatmen ging durch den schwülen Raum, durch die Reihen der Eltern, die im Verhandlungsraum hatten Platz nehmen dürfen, und der Zuhörer, die hinter ihnen saßen. Ein Verteidiger schloß sich mit kurzen Worten dem Antrag auf Freisprechung an. Zum Wort kamen auch private Fürsprecher, die vor dem Jugendgericht mit seinem freieren Verfahren zugelassen sind. Für jenen ältesten der Angeklagten sprach zunächst eine Vertreterin der „Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge“, die auf seine Geistesminderwertigkeit hinwies. Dann trat die eigene Mutter vor und bot für ihn, der nun ein ganzes Jahr hindurch sich gut geführt habe. Das Gericht dürfe nicht durch so späte Sühne für längst hinter ihm liegende Verfehlungen ihn in jenen für ihn so verhängnisvoll gewordenen Abschnitt seines Lebens zurückzuschleudern — das war die Meinung, die sie in schlichten Worten vortrug. Ein Schrei nach Gerechtigkeit war es, der nach Ausdruck rang! Auch für die übrigen Angeklagten baten die Eltern, soweit solche vor Gericht erschienen waren.

Das Gericht fällt dann das folgende Urteil: Alle Angeklagten werden freigesprochen. Einwandfrei sei nicht festzustellen, wie der Sachverhalt war. Vor allem lasse sich aber heute auch das nicht mehr feststellen, in welcher Verfassung die Jungen sich zurzeit befänden. Sie seien damals noch zwei Jahre jünger als heute gewesen, da könne man nicht wissen, welchen Eindruck sie damals auf ein Gericht gemacht haben würden. Inzwischen sei Fürsorgeerziehung gegen sie angeordnet worden, so daß Anheil von ihnen nicht mehr angerichtet werden konnte, und hiermit sei Genüge geschähen.

Sechs Kinder verließen die Anklagebank! War es nötig gewesen, diese Kinder überhaupt erst noch vor Gericht zu schleppen?

Kommunalfreifeinn und Lustbarkeitssteuer.

Die Tatsache, daß in kommunalfreifeinnigen Kreisen der Stadt Berlin die Absicht besteht, eine sogenannte Lustbarkeitssteuer einzuführen, veranlaßt die „Kreuzzeitung“ in ihrer Nummer vom Sonnabend, den 11. Juni, den Liberalen anläßlich der Verhandlung in der Stabsverordnetenversammlung folgende Zeilen ins Stammbuch zu schreiben:

„Man hat, wenn man diese Steuerdebatte liest, fast den Eindruck, als bekämpfe der Liberalismus die eigenen Argumente, mit denen er die Reichsteuern der Bevölkerung in jeder Weise zu vermindern bemüht gewesen ist. Die Sozialdemokratie ist bei den übertriebenen Darstellungen der Wirkung auch der Lustbarkeitssteuer konsequent geblieben. Der Liberalismus ist, weil er für die reichshauptstädtische Finanzwirtschaft verantwortlich ist, in das Lager dertat abgewandert, denen er sonst nachläßt, sie unternehmen „Raubzüge“ auf die Taschen der ärmeren Bevölkerung. Auf diese Weise stellt der Kampf den Liberalen für neue Kommunalfreifeinn die schönste Satire auf ihren Kampf gegen die ebenfalls unvermeidlich gewordenen neuen Reichsteuern dar. Wie würde die bürgerliche Linke gemeinsam mit der Sozialdemokratie gemettert haben, wenn in der letzten Reichsfinanzreform eine Lustbarkeitssteuer enthalten gewesen wäre!“

Was die Sozialdemokratie betrifft, so würde sie auch gegen eine vom Reich vorgeschlagene Lustbarkeitssteuer Front machen, das ist selbstverständlich; nicht so selbstverständlich ist die Haltung der Liberalen, die ihre Grundsätze sehr schnell da über Bord werfen, wo sie bestimmenden Einfluss besitzen.

Die angebliche Austellung der Jungferneide. Ein Berliner Blatt bringt Nachrichten über die Austellung der Jungferneide durch Verkauf an die benachbarten/Gemeinden Berlin, Charlottenburg und Reinickendorf. Danach soll angeblich Charlottenburg den Hauptteil des forstwirtschaftlichen Besitzes durch Ankauf an sich zu bringen suchen. Diese Nachricht entbehrt der tatsächlichen Unterlage. Es schieben lediglich zwischen den genannten Gemeinden und dem forstwirtschaftlichen Umgemeindungsverhandlungen. Bei Gelegenheit derselben ist auch die Frage der Erhaltung bestimmter Waldgebiete Gegenstand der Erörterung gewesen. Hierbei hat der forstwirtschaftliche Dienst bei sonstigen Gelegenheiten gefordert Preis von 2 M für des Quadratmeter zu erhaltender Waldfläche beansprucht. Die Annahme, daß für die lediglich kommunale Umgemeindung besondere Auswendungen, die durch Anleihenmittel zu decken wären, erforderlich werden müßten, ist also unzutreffend. Der Hinweis auf die Charlottenburger 40 Millionen-Anleihe, welche für Grunderverwerb Mittel nicht vorsieht, bestätigt, daß Grunderverwerberhandlungen nicht im Gange sein können. Für die große Oeffentlichkeit hat hiernach die ganze Angelegenheit weniger Bedeutung, da es ziemlich gleichgültig sein kann, in welchen kommunalenbezirk die zum forstwirtschaftlichen Teil gehörigen Flächen eingemeindet werden.

Die alte Verbindungsbahn, die vom ehemaligen Niederschlesisch-Märkischen Bahnhof nach den Gasanstalten der „Communication“, so hieß früher die Wittchiner Straße, führt, findet jezt in einem Erlasse des Ministers der öffentlichen Arbeiten Erwähnung, durch welchen eine Polizeiverordnung des Handelsministers vom 21. Januar 1879 aufgehoben wird. In dieser war bestimmt, daß die zwischen dem genannten (jezt Schließstein) Bahnhofe und der Köpenicker Straße belegene Strecke dieser „Zweigbahn“ zur Passage von Fußgängern, Reitern und Fuhrwerken nicht benutzt werden durfte, und daß der Uebergang über die Drehbrücke über den Luisenstädtischen Kanal verboten war; für Fußgänger nur bei Annäherung eines Zuges, dem Beamte vorangehen mußten. Ferner sollte beim Eintreten des Läuferwerks der Lokomotive „Jedermann sofort das Bereich des Geleises verlassen“ und das „unbesetzte Bestreuen des Juges und Ausbringen von Gegenständen auf denselben“ (1) verboten sein. Die Bahnpolizeibeamten waren befugt, „einen Jeden vorläufig festzunehmen“, der sich einer Uebertretung der Bahnordnung schuldig machte und sich über seine Person nicht auszuweisen vermochte. Ältere Leute erinnern sich wohl der zuweilen empfindlichen Verlethörungen, welche diese „Ningelbahn“ zu gewissen Zeiten an den Straßenübergängen verurachte;

in den Kriegsjahren 1870/1871 wurde sie auch zur Ueberführung der aus Frankreich kommenden Gefangenentransporte benutzt. Jezt endlich ist die alte „Verbindungsbahn“, deren Geleise später die Straßenbahn benutzte, als solche beseitigt und jene Bestrebungen aufgehoben worden. Der Anschluß an den Schließstein Bahnhof ist beseitigt und das Gasanstaltsgeleise mit dem Görlicher Bahnhof verbunden worden. Diese Gleisanlage gilt von nun an als „Privat-Anschlußbahn“ im Sinne der §§ 43 ff. des Kleinbahngesetzes vom 28. Juli 1892.

Vier Automobilbeschüßige besitzt Berlin bereits. Die eben fertiggestellte Feuerwache in der Edinburger Straße gegenüber dem Schillerpark ist von vornherein zur Aufnahme eines Automobilbeschüßigen eingerichtet und wurde dieser gestern vom Branddirektor Magistratsmitgliedern und Stabsverordneten vorgeführt. Alle technischen Fortschritte und Erfahrungen sind bei der Neueinrichtung berücksichtigt worden. Zum Schluß der Besichtigung, bei der auch auf dem Hofe ein Löschmanöver veranstaltet wurde, ließ der Branddirektor sämtliche vier Automobilbeschüßige alarmieren und vor der Wache vorbeifahren.

Kein Eis auf dem Schlachthofe. Die Eismaschinenanlage auf dem Berliner Schlachthofe ist defekt geworden, und infolgedessen ist den Eingroschlächtern, wie die „Deutsche Fleisch-Zeitung“ mittels, ein enormer Schaden entstanden. Es wird eifrig an der Reparatur gearbeitet. Die Schlachthofdirektion hat das Polizeipräsidium um Erlaubnis ersucht, am Sonntag schlachten lassen zu dürfen, da sonst die Fleischversorgung Berlins ernstlich leiden würde.

Aus der Lungenheilstätte Grabowsee

geht uns ein vom 10. Juni 1910 datierter Brief des Chefarztes Dr. Schultes zu. Der Herr Chefarzt hat das Bedürfnis gefühlt, einiges aus unseren in Nr. 133 veröffentlichten Mitteilungen über diese Anstalt zu „berichtigen“. Er schreibt: An die Redaktion des Berliner Volksblatts „Vorwärts“, Berlin.

In Nr. 133, in einem Aufsatz: „Aus der Lungenheilstätte Grabowsee“ wird u. a. geschrieben:

„Da wird sogar außerhalb der Anstalt in dem benachbarten Ort Friedrichshagen auf einem privaten Hausbau, den ein Anstaltsangestellter für sich aufführen läßt, Stukkaturarbeit einem Pfingling zugemutet.“

Diese Angabe ist unrichtig, es ist keine solche Arbeit einem Patienten zugemutet worden; wohl aber hat sich ein Kranter mehrfach dem Bademeister, dem er gefällig sein wollte, für eine derartige Arbeit angeboten, hat auch (an einem Sonntag in der Ausgehzeit) etwa eine Stunde im Neubau sich beschäftigt; eine Fortsetzung der Arbeit wurde von dem Angestellten abgelehnt.

Ich bitte ergebenst um Aufnahme vorstehender Berichtigung gemäß § 11 des Preßgesetzes.

Ferner bemerke ich ergebenst, daß sofortige Entlassungen nur bei Verfehlungen schilimster Art, z. B. bei schwerer Trunkenheit (übrigens der häufigste Entlassungsgrund) verfügt wird.

Im allgemeinen gilt als Grundsatz, daß bei Verstößen gegen die Hausordnung eine Verwarnung durch den Chefarzt erfolgt; erst bei der dritten Verwarnung wird die Entlassung verfügt.

Der Chefarzt: gez. Dr. Schultes.

An dieser Zuschrift ist interessant, daß der Herr Chefarzt aus unseren Angaben über die von Patienten ausgeführten Arbeiten weiter nichts zu „berichtigen“ hat als die, daß jene Stukkaturarbeit einem Patienten „zugemutet“ worden sei. Da er alles andere mit Stillschweigen übergeht, so nehmen wir an, daß alles andere zugegeben wird: z. B. daß Patienten Stubben ausgerodet haben, Brennholz zerlegt und zerhackt haben, Bretter von 8 bis 10 Meter Länge transportiert haben, Baumstämme abgeschält haben, über einen Balkon ein Schußdach angebracht haben, regelrechte Tischlereiarbeit geleistet haben usw., und daß diese Zustände mit Wissen und Willen der Anstaltsverwaltung bestehen und von ihr aufrecht erhalten werden.

Der Herr Chefarzt bemerkt dann noch, daß sofortige Entlassung nur bei Verfehlungen schlimmster Art erfolgen. Warum äußert er sich nicht über unsere Angabe, daß Kranke sofort entlassen worden seien, weil sie bei der Verabschiedung von ihren Besuchern über die vorgeschriebene Zeit hinaus außerhalb der Anstalt verweilt hätten? Gehört ihm auch das zu den Verfehlungen schlimmster Art?

Allgemeine Städtebauausstellung. Der unmittelbar bevorstehende Schluß der Allgemeinen Städtebauausstellung und das sich in immer weitere Kreise verbreitende Interesse für dieselbe zeitig eine tägliche Frequenz in den Ausstellungsräumen, wie sie sonst nur an Sonn- und Feiertagen erreicht wurde. Besonders groß war das Gedränge am Donnerstagnachmittag, wo gleichzeitig etwa 1200 Mitglieder der Groß-Berliner Vorortvereine zusammen mit etwa 800 Mitgliedern der Groß-Berliner Ortskrankenkassen durch die Ausstellung geführt wurden, so daß die Leitung nur mit größter Mühe die nötige Anzahl von Führern beschaffen konnte. An demselben Abend wurden dann, nachdem in einer Zwischenpause die Restaurants der Umgebung förmlich gestürzt worden waren, gleichzeitig zwei Vorträge gehalten, bei denen nicht nur der Theatersaal mit seinen 600, sondern auch der große Saal mit seinen 1400 Plätzen bis auf den letzten Sitz gefüllt war. Im großen Saal sprach für die Vorortvereine Architekt Hermann Jensen über den Groß-Berliner Bedauungsplan, im Theatersaal für die Mitglieder der Krankenkassen Prof. Eberstadt über deutsche und englische Wohnungsverhältnisse und Dr. Hegemann über amerikanische Volksparks. Gleichzeitig wurden in der Ausstellung zwei weitere Führungen für den Zentralvorstand der Dirsch-Dunderschen Gewerbevereine veranstaltet. — Am Mittwochmorgen ließen sich 19 Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses durch die Ausstellung führen; an demselben Tage wurde dann, wie bereits mitgeteilt, im Abgeordnetenhause der Antrag der Herren v. Jellitz-Neukirch und Vorster zwecks Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Schaffung eines Zweiverbandes Groß-Berlin verhandelt.

Besonderes Interesse für die Ausstellung zeigt die Stadt Hamburg, die während der ganzen Woche täglich starke Kommissionen auf Kosten der Stadt in die Ausstellung schickt, und die bereits morgens um 1/2 8 Uhr ihre Studien beginnen. Ferner war die Ausstellung in diesen Tagen von einer 17 Mitglieder starken Kommission der Stadt Leipzig, sowie Kommissionen von Bremen, Frankfurt a. M., Elberfeld, Dortmund, München u. a. besucht.

Tragödie am Teislowanal. Am Ufer des Teislowanals hat sich vorgestern der 35 Jahre alte Metallarbeiter Adolf Riege aus der Riegelstraße 36 zu Schöneberg erschossen. Er fiel schwer verwundet ins Wasser, wurde heraufgeholt und nach dem Kreiskrankenhaus zu Groß-Wildersfelde gebracht, starb aber dort schon um 4 1/2 Uhr nachmittags. Riege war seit 12 Jahren verheiratet und Vater eines 9 Jahre alten Töchterchens Amanda. Seit acht Wochen klagte er über Herzleiden. Vorgestern nachmittag verließ der Kranke seine Wohnung und nahm das Kind, das auf der Straße spielte, unter dem Vorwande mit, daß sie zusammen nach Lichterfelde gehen wollten. Seitdem waren beide verschwunden. Das Kind ist noch nicht ermittelt. Man befürchtet, daß der Vater es in den Kanal geworfen habe, bevor er sich erschöß.

Ueber „Martha Hoff“, das bekannte, von Diakonissen geleitete Stift in der Schwedter Straße, geht uns folgende Beschwerde zu:

Mit diesem Institut, das in der Hauptsache die Unterbringung stellungloser weiblicher Dienstboten betreibt, ist auch eine von mehreren hundert Kindern besuchte Mädchen-Wittelschule verbunden. Zu den Schülerinnen gehören auch Töchter von Arbeitern und anderen kleinen Beamten, die ihren Kindern für das monatliche Schulgeld von 3 Mark eine bessere Schulbildung zukommen lassen wollen. Während der gegenwärtigen anhaltenden Hitzeperiode ist nun der Unterricht in dieser Schule selbst bei stärkster Hitze niemals vor 12 Uhr mittags geschlossen worden. Selbst die Allerfeinsten, die erst Ostern eingeschult wurden und an vier Wochentagen von 8 bis 11 Uhr, an zwei Tagen von 8 bis 12 Uhr Unterricht haben, mühten auszuhalten. Gerade für diese Schulkinder war bei der fürchterlichen Hitze, die auch auf allen Erwachsenen so schwer lastete, der vierstündige Unterricht hinter einander eine Grausamkeit. Denn während die Lehrerinnen, also die Diakonissen, mit Schluß des Unterrichts am Orte blieben, also schon zu Hause waren, mußten die armen sechsjährigen Würmer in der glühenden Mittagshitze den oft beträchtlich weiten Weg nach Hause erst über die Straße zurücklegen. Wie versichert wird, sind mehrere dieser Kinder vollständig erkrankt zu Hause angekommen, so daß sie nicht oder nur unter größter Anstrengung insstande waren, die obenstehenden noch ausgehenden Schularbeiten zum anderen Tage anzufertigen. Auf verschiedene Beschwerden von Eltern über diese rücksichtslose Schülerbehandlung erklärten die Diakonissen: „Das machen wir, wie wir es für gut halten. Die für die Gemeindefschulen geltenden Vorschriften bei großer Hitze gehen und nicht an!“ Sollten da die frommen Damen nicht gewaltig im Irrtum sein? Wenn es aber wirklich an entsprechenden Vorschriften fehlt, dann müssen sie schleunigst erlassen werden, damit der gefährlichen Selbstherrlichkeit ein Riegel vorgeschoben wird. Zum mindesten aber hätten für die Diakonissen die Gebote allgemeiner Menschlichkeit gelten sollen. Waren sie nicht fähig, die gesundheitlichen Gefahren der heißen Hitze richtig zu beurteilen, so hätten sie sich nach der unmittelbar gegenüber belegenen Gemeindefschule richten sollen, die ihre familiären Schüler an jedem der Hitzetage spätestens um 11 Uhr aus dem Unterricht entließ.

Aus einem fahrenden Zuge der Ostbahn gesprungen ist ein Fürsorgezögling, der aus der Fürsorgeanstalt Zühlendorf entlaufen war. Er befand sich bereits zwischen Erkner und Fürstenwalde, als er von einem Wagenturm ausgegriffen wurde. Auf dem Transport nach der Anstalt untermordet der 18jährige Mensch unweit Lebus den Hüftverbruch; er rebete seinem Begleiter vor, daß er den Abort des Wagens aufsuchen müsse. Ehe es der Transporteur verhindern konnte, verriegelte der Bursche die Tür hinter sich. Als der Begleiter die Tür sprengte, sah er gerade noch, wie der Zögling sich durch das kleine Fenster zwängte, sich auf dem Bahndamm mehrmals überschlug und dann querselbst stürzte.

Eine zerstückelte Mannesleiche wurde heute morgen kurz nach 4 Uhr auf dem Bahnkörper der Ringbahn in der Nähe der verlängerten Kniproderstraße aufgefunden. Sie lag auf dem Geleise etwa 150 Meter östlich von der Eisenbahnbrücke. Bei dem Toten fand man mehrere Papiere und eine geschriebene Visitenkarte auf den Namen eines Arbeiters Ernst Reinhardt aus Weihensee. Man vermutet, daß der Mann aus einem Zuge herausgefallen und von einem anderen überfahren worden ist. Vielleicht ist er auch zu weit gefahren, auf freier Strecke ausgestiegen, als er seinen Irrtum wahrnahm und von einem von entgegengesetzter Richtung kommenden Zuge gefaßt und germalmt worden.

Eine furchtbare Ueberraschung wurde gestern dem Kaufmann Schmidt, Stettinerstraße 67, und dessen Kindern bereitet. Frau Schmidt ihren Ehemann und die Kinder fort mit dem Vermerken, sie möchten sich im Freien etwas erholen. Als der Mann mit den Kindern nach einiger Zeit wieder in die Wohnung zurückkehrte, verfuhr er vergeblich, die Tür zum Wohnzimmer zu öffnen. An der Klinke hatte sich in der Zwischenzeit die Ehefrau erhängt. Was die Lebensmüde in den Tod getrieben hatte, weiß man nicht. Sch. glaubt, daß ein unheilbares Herzleiden zu der Tat Veranlassung gegeben hat.

Ein Armenarzt — ein Arzt für Arme.

Wenn der Armenpfleger die Bedürftigen, die zu ihm kommen, einem geschäftsmäßigen Verkehr über ihre Einkommensverhältnisse unterwirft, ehe er hilft, so ist das nötig, aber es gilt denen als Härte, die es trifft. Wenn ein Armenarzt einen hilfesuchenden Armen gleichfalls noch über die Bedürftigkeit ausfragt, indem er den erbetenen Beistand leistet, so wird solche Gewissenhaftigkeit doppelt bitter empfunden, und man kann sogar zweifeln, ob sie überhaupt zulässig ist. Unzulässig ist sie mindestens dann, wenn ein Bedürftiger schon beim Armenvorsteher war und einen von ihm ausgefertigten Schein dem Armenarzt vorlegt. Die Anweisung für die offene Armenpflege der Stadt sagt in § 72: „Auf Grund des Krankenscheines ist der Arzt verpflichtet, den ihm überwiesenen Armen in ärztliche Behandlung zu nehmen“; und in § 75: „Der Arzt ist nicht befugt, eine mittels Krankenscheins überwiesene Person wegen Zweifels an ihrer Bedürftigkeit zurückzuweisen.“

Wir möchten aber fast annehmen, daß diese Bestimmungen nicht allen Armenärzten bekannt geworden oder nicht allen mehr in Erinnerung geblieben sind. Uns wird mitgeteilt, daß der Armenarzt Dr. Weinstock (Straßburger Straße 30) kürzlich an eine Arbeiterfrau A., die ihn zu ihrem erkrankten Kinde gerufen hatte, die Frage gerichtet habe, ob denn ihr Mann keine Arbeit habe. Sie antwortete, Arbeit habe er, aber bei seinem Verdienst und vier Kinder könne sie keinen anderen Arzt holen, sie müsse ihn um die Bezahlung pressen. Frau A. versichert uns, sie habe diesem Armenarzt, als sie ihn um Hilfe bat, einen vom Armenvorsteher hoch ausgefertigten Schein überreicht, so daß er über ihre Lage unterrichtet sein konnte. Uebrigens habe Dr. Weinstock sie schon vom Winter her gekannt, wo sie gleichfalls seine Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Sie erzählt, auch um Witz für das eine ihrer Kinder habe sie damals gebeten, weil ihr Mann ohne Arbeit war. Dr. W. habe gefragt: „Warum hat denn Ihr Mann keine Arbeit?“ Auf ihre Antwort, daß doch ein Bauarbeiter im Winter feiern müsse, habe er bemerkt: „Ja, die Herren Bauarbeiter.“ Wir meinen, niemals sollte ein Armenarzt sich dazu hinreihen lassen, seiner Hilfeleistung solche überflüssigen und ungeschicklichen Redereien beizugeben.

Frau A. klagt übrigens auch darüber, daß in dem neuesten Fall sie schließlich doch auch einen Privatarzt habe herbeizurufen müssen. Dr. W. habe ihr gesagt, das Kind leide an einer Halsentzündung, und habe sie angewiesen, am anderen Morgen ihm Bescheid über den Zustand zu bringen. Da aber sehr bald darauf eine Verschlimmerung des Befindens eintrat, so sei sie noch in derselben Stunde zu einem Privatarzt gelaufen, der schleunigst gekommen sei, eine Diphtheritis angenommen habe und das Kind sofort in ein Krankenhaus habe dringen lassen. Frau A. macht schließlich noch Angaben darüber, wie dieser Arzt den Kostenpunkt erledigte. Sie hatte ihn gefragt: „Derr Doktor, was bin ich schuldig? Am Sonnabend will ich zahlen.“ Der Arzt wehrte ab: „Machen Sie sich keine Sorge darüber! Das ist schon bezahlt.“ Wir glauben im Sinne dieses Arztes zu handeln, wenn wir seinen Namen verschweigen. Es wird dem trefflichen Mann fern liegen, mit seiner Menschenfreundlichkeit prunken zu wollen.

Arbeiter-Vorbereitungsschule, Berlin. Wir erinnern daran, daß der Unterricht in Nationalökonomie heute, Sonntag, bei trockenem Wetter im Grunewald stattfindet.

Jugend-Fortschrittsschule. Wir erinnern daran, daß der Unterricht heute, Sonntag, bei trockenem Wetter im Grunewald stattfindet.

Der Verein Arbeiter-Jugendheim hält am Mittwoch, 15. Juni, abends 8½ Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 16, seine erste Mitgliederversammlung ab. Auf der Tages-

ordnung steht: Vortrag über: „Die Bedeutung der Jugendheime für die Jugendbewegung“, Geschäftsbericht und Diskussion.

Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Berlin. Dienstag, abends 9 Uhr, 1. Abteilung Drosdener Str. 45: Vortragabend. Es spricht Herr Spezialarzt Dr. Raikowski über: „Nagen- und Darm-erkrankungen“. In diesem so wichtigen Vortrage wird das Erscheinen aller Mitglieder erwartet.

Donnerstag abend 4. Abteilung in Lichtenberg bei Nielsenhagen, Scharnweberstr. 60: Liebesabend.

Zeugen, die gesehen haben, wie am 22. Februar d. J. nach Schluß einer Wahlrechtsversammlung bürgerlicher Parteien im Zirkus Busch ein Mann an der Rampe vor dem Kronprinzen-Palais verhaftet wurde, werden gebeten, ihre Adressen an Dries, Schöneberg, Kaiser Wilhelmplatz 2, gelangen zu lassen.

Vorort-Nachrichten.

Erneuter Wassermangel

Soll sich, wie berichtet wird, vorsehern und gestern in Charlottenburg bemerkbar gemacht haben. Namentlich sollen die Häuser der Stubentauer-, Prinz-Handjert- und der Anseebestraße während des vorgefertigen Nachmittags und Abends fast vollständig ohne Wasser geblieben sein, so daß die Bewohner auf die öffentlichen Brunnen angewiesen waren.

Der Magistrat stellt gegenüber im Publikum vereinzelt auftretenden Befürchtungen, als ob durch den vorübergehenden, nach seiner Ansicht seit Mittwoch früh beobachteten Wassermangel in Charlottenburg die hygienischen Eigenschaften des Charlottenburger Wassers irgendwie gelitten haben könnten, folgendes fest: Das Charlottenburger Wasser, das einem 26—38 Meter unter der Oberfläche in reiner Kies-schicht fließenden Grundwasserstrom unter den denkbar günstigsten Bedingungen entnommen wird, unterliegt der ständigen Kontrolle des städtischen bakteriologischen Untersuchungsamtes. Die erst gestern wieder vorgenommenen Untersuchungen mehrerer an verschiedenen Punkten der Stadt entnommenen Wasserproben haben wie stets ergeben, daß das Wasser auch jetzt den weitest gehenden hygienischen Anforderungen genügt. Die zeitweise beobachteten Trübungen des Wassers rühren von zahlreichen kleinen Luftbläschen her, die infolge des erhöhten Wasserdruckes in die Zuleitungsrohre gelangt sind. Auch können im Anfang in den Röhren durch den Strom abgelöste Eisenteilchen, die ebenso wie die Wasserbläschen durchaus unschädlich sind und auch den tabellosen Geschmack des Wassers in keiner Weise beeinträchtigen, zu diesen Trübungen beigetragen haben. Irigendwelche Krankheitskeime können unter keinen Umständen in das Wasser gelangen; es kann nach wie vor ohne Nachteil für die Gesundheit getrunken werden.

Schöneberg.

Som Spiel in den Tod. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern in der Brunnenwaldstraße. Der in Nr. 60 der genannten Straße wohnhafte Knabe Billi Grill war während des Spieles im Begriffe, den Strahndamm zu überschreiten. In demselben Augenblick kam eine Straßbahn herangefahren. Der Kleine wurde von den Rädern des Gefährtes erfaßt und so heftig zu Boden geschleudert, daß er festumklammert liegen blieb. Er wurde zunächst nach der Unfallstation und alsdann nach dem Krankenhaus gebracht. Dort starb er an den Folgen eines Schädelbruchs sowie schwerer innerer Verletzungen.

Johannisthal.

Ein Ueberfall ist am Freitagvormittag auf eine junge Arbeiterfrau verübt worden. Die Betroffene befand sich von Johannisthal auf dem Wege nach Rieber-Schöneberg, als ihr plötzlich aus dem Gebüsch unweit des Erholungshauses vom Roten Kreuz ein junger Mann entgegentrat. Der etwa 30jährige Mensch dergewaltig die Frau. Auf das Geschrei der Ueberfallenen eilten mehrere Arbeiter hinzu und fanden die junge Frau, welche in allernächster Zeit ihrer Niederkunft entgegensteht, betäubt am Boden liegend. Sie erhielt im Erholungshause zum Roten Kreuz die erste Hilfe, während der Unhold entkam.

Vogelagen-Kummelsburg.

Die Gemeindevertretung am Freitag vollzog zunächst die Wahl eines besoldeten Gemeindefschöffen (Beigeordneten), gewählt wurde Herr Moser, zurzeit juristischer Hilfsarbeiter in Weihensee. Die Zustimmung zur Umbenennung des Bahnhofs „Straßen-Kummelsburg“ auf den Namen „Dien“, wie es der Vogelagerer Grundbesitzerverein und der Grundbesitzerverein des Straßauer Vorortes beschloffen hat — wurde nach längerer Diskussion gegen 4 Stimmen abgelehnt. Eine Genugtuung bot unseren Genossen die einstimmige Annahme des Antrages der Finanz- und Grundeigentumsdeputation: „Die Mitglieder der Gemeindevertretung sind von Arbeiten und Lieferungen für die Gemeinde künftig auszuscheiden.“ Doch dieser Antrag, welcher von unseren Vertretern ständig alle Jahre bei der Staatsberatung eingebracht worden war, aber ebenso häufig von den bürgerlichen Vertretern einstimmig Ablehnung erfuhr — diesmal einstimmige Annahme fand, ist nur dem günstigen Umstande zu danken, daß der bisherige bürgerliche Gemeindevertreter Kleinvermesser Winter — welcher vielfach Arbeiten und Lieferungen für die Gemeinde ausführte — bei der diesjährigen Gemeindevertreterwahl in der zweiten Klasse gegen den Grundbesitzervereinskandidaten kandidierte und zum großen Verdruss der Hausbesitzerpartei auch mit Hilfe unserer Parteigenossen gewählt worden ist. Genosse John unterließ denn auch hierbei nicht die früheren und diesmalige Stellungnahme der bürgerlichen Vertreter zu diesen Anträgen noch besonders zu kritisieren. — Nach Erledigung einiger kleineren Vorlagen fand noch in nichtöffentlicher Sitzung die Festsetzung der Besoldungserhöhungen für die Gemeindefschöffen statt. Die von der Gemeindevertretung bei der Staatsberatung für 1910 bewilligte Summe von 10 000 M. soll nach dem Beschlusse der Finanzdeputation gleichmäßig an alle Beamten zur Verteilung kommen und zwar soll jeder Beamte und Angestellte eine Erhöhung seines Grundgehältes um 100 M. erhalten, der hierbei verbleibende Restbetrag von etwa 1000 M. soll dem Gemeindefschöffen erhalten bleiben. Die beantragte Verteilung wurde nach längerer Diskussion von der Mehrheit gutgeheißen.

Mariendorf-Südende.

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Ausbau der Ring- und Kurfürstenstraße und der das neu errichtete Gymnasium begrenzenden Straßen. Beschlossen wurde bezüglich der Ringstraße auf Antrag unserer Genossen Pflasterung mit Mainssteinen. Die bürgerlichen Vertreter waren zu diesem Beschlusse nur schwer zu bewegen, sie wünschten u. a. im Hinblick auf den starken Automobilverkehr Verwendung von Asphalt; doch sie mußten sich belehren lassen, daß dies aus praktischen Gründen und wegen der übermäßigen Steigung der Straße unbrauchbar ist. — Bezüglich des Ausbaus der Kurfürstenstraße wurde beschlossen, zunächst ein Projekt aufzustellen. Damit dürfte die Verwirklichung des Ausbaus trotz der Petition von Anliegern in weite Ferne gerückt, und dann auch nur mit dem Ausbau eines Teils, von der Gasse bis zur Rathausstraße, wie der Gemeindevorsteher vorgeschlagen, zu rechnen sein. — Daß die Bürgerlichen durch die und dann mit dem Gemeindevorsteher gehen, zeigte sich auch wieder bei der Beratung über den Ausbau der Straßen am Gymnasium. Dieses ist mit einem Kostenaufwand von über 600 000 M. erbaut und kann, im Gegensatz zum Rathausbau, für Mariendorf als etwas Herborogendes bezeichnet werden. Unsere Genossen waren für Anlegung von Straßen in einem Umfange, daß es möglich ist, Befestigung und Zugang von allen Seiten zu haben. Dafür war nur noch einer von den bürgerlichen Herren, während die übrigen mit dem Gemein-

dorfeher Verständnis für die Leiden des erkrankten Vertreters Herrn Dieckhoff zeigten, der als Eigentümer der umliegenden Grundstücke vertraglich zur unentgeltlichen Herstellung der Straßen verpflichtet ist. Geradezu grotesk wirkte es, daß Herr Dieckhoff selbst damit argumentierte, den Steuerzahlern würden die Unterhaltungskosten für die ungebauten Straßen aufgebürdet werden, denn er würde diese Grundstücke der Bebauung nicht erschließen. Der gegenwärtige Grundstückspreis scheint dem Herrn wohl noch nicht genügend hoch.

Rixdorf.

Alle die hiesige Gewerkschaftskommission betreffenden Zuschriften sind von nun an an den neugewählten Obmann, Genossen Hendrichs, Thomasstr. 28, vorn IV Treppen, zu richten.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Aus der Gemeindevertretung. Herr Thormon beantragte zunächst die Punkte 11, 14 und 17 in die öffentliche Sitzung zu verlegen, weil kein Grund einzuweichen sei, sie nichtöffentlich zu verhandeln. War dem Bürgermeister dies unbequem, oder waren es andere Gründe, die ihn veranlaßten, Herrn Wilski dreimal die Frage vorzulegen, ob er nichts zu sagen habe? Erst beim drittenmal schien Herr Wilski zu verstehen, denn erst jetzt erhob er Einspruch. Dadurch konnte man denn die Öffentlichkeit während der Aussprache über den Einspruch aufheben. Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wurde bekannt gegeben, daß nur Punkt 17 öffentlich verhandelt werde. Warum nicht auch Punkt 14? Will man die öffentliche Rechtsauskunft schon distanzieren, ehe sie besteht? Die Arbeiterchaft dürfte sich auch ohne dies in allen sie betreffenden Angelegenheiten an die Männer ihres Vertrauens wenden. Ein Beispiel dafür, wie man Ausgaben macht, ohne die Gemeindevertretung zu belästigen, zeigt die Abrechnung des neuen Feuerwehrdienstgebäudes. Dieses Gebäude war mit 140 000 M. veranschlagt. Durch verschiedene günstige Umstände war es dem Vaurat freigelegt, den Bau für die Summe von circa 137 000 M. fertig zu stellen. Wegen des Baues war aber notwendig die Verlegung der Feuerwehlanlage, die Einrichtung der Feuerwache und deren Verlegung vom 1. Juli 1908 bis Ende März 1909. Der Vorstand hatte den Vaurat unter Zustimmung des Hochbauausschusses angewiesen, diese Kosten einzuweilen auf den Betrag für das Feuerwehrdienstgebäude zu übernehmen. Durch diese Manipulation ist die bewilligte Summe um etwa 2000 M. überschritten, lediglich weil man die Vertretung nicht in Anspruch nehmen wollte. Dadurch wird in der Tat die Vertretung zur Selbstbilligungsmaschine herabgedrückt. — Der Besitzer der Heilanstalt Waldhaus hatte die Genehmigung verschiedener baulicher Veränderungen der Anstaltgebäude beantragt, um, wie der Bürgermeister sagte, zahlungsfähigere Kranke heranzuziehen. Entgegen verschiedenen Bedenken hob er hervor, daß die Zahl der Betten nach wie vor nur 47 betragen soll. Die Genehmigung wurde erteilt. Auf neue lagen die Bestimmungen zur Beschulung vor, die das Provinzial-Schulkollegium über die Rechte und Bedingungen des zu wählenden Schulkuratoriums für die höhere Mädchenschule eingefandt hat. Bei der letzten Beratung vor Monaten hatte der kompedmatige Herr Lange verschiedene Veränderungen verlangt. Ihm und dem Grafen Dohna waren dann die Redaktionen der damals formulierten Wünsche und die Verhandlungen mit dem Schulkollegium übertragen. Der Reformator hat gute Arbeit gemacht. Er hat sich das vom Minister ausgearbeitete Normalstatut hergenommen, das für ihn ein Evangelium zu sein scheint, und daraus und aus den Verhandlungen die Ueberzeugung gewonnen, daß die Gemeindevertretung weilere Rechte auf die Zusammenlegung und Wahl des Lehrpersonals und der Beamten nicht bekommen kann. Da durch das lange Hinziehen die höhere Mädchenschule faktisch in der Luft schwebt, indem sie der Schuldeputation nicht mehr untersteht, verschiedene Dinge in kurzer Zeit aber der Mitwirkung des Kuratoriums bedürfen, ist man jetzt genötigt, den Bedingungen des Schulkollegiums beizutreten. Als Veränderung wurde noch angenommen, daß die Mitglieder aus der Vertretung nicht auf sechs, sondern nur auf drei Jahre in das Kuratorium gewählt werden sollen. Von verschiedenen Bewerbern bei dem Preisausreiben für die Oberrealschule war die Anfrage gestellt, ob das Elektrizitätsamt bestehen bleiben soll. Auch reicht der bisher vorgesehene Platz nicht aus. Man wäre genötigt, bis auf fünf Meter an das Elektrizitätsamt heranzugehen. Dadurch wird diesem der Platz sehr beengt, den es zur Anfuhr und Unterbringung von Materialien bedarf. Der Direktor des Elektrizitätsamts erklärte, daß er den Platz nicht hergeben könne, wenn nicht entsprechende Erloy geschaffen würde. Es soll jedoch durch entsprechende Umbauten an den Amtsgebäuden versucht werden, dem Mangel abuhelfen. Dadurch kommt die Schule glücklichweise noch 7 Meter dem Bahnhof näher als ursprünglich geplant, trotzdem das Schulkollegium seinerzeit verlangte, nicht zu dicht an der Bahn zu bauen. Herr Köppen hat die Einrichtung des Nachttelefons für die Sanitätswache beantragt. Die Kosten belaufen sich auf 4000 M., wovon nach Angabe der Polizeidirektion durch Einnahme 150 M. wieder heringebracht werden könnten. Auf Wunsch des Herrn Schwarz wurde die Beschlussefassung ausgesetzt. Er hat sich an die vier Terraingesellschaften um Beihilfe gewandt. Von diesen hat bisher nur die Heimstätten-Vereinigung sich gemeldet, und zwar ablehnend geantwortet. Er hofft bei den anderen auf Entgegenkommen. Vielleicht überlegen sie auch erst die Gegenrechnung, die sie präsentieren sollen. Hat denn keiner der Vertreter ein Gefühl für das Würdelose dieses Vorgehens? Was der Allgemeinheit framm, soll durch die Allgemeinheit aufgebracht werden! Zum besoldeten Schöffen wurde Herr Wilski gewählt.

Kummelsburg.

Im Café Bellevue, Hauptstr. 2 (Zw. G. Tempel) findet heute, Sonntag, ein vom Gesangsverein „Vorwärts-Frohinn“ (M. d. A. G. B.) veranstaltetes Gartenkonzert statt. Der Reinertrag dieses Festes soll den ausgesperrten Bauarbeitern überwiesen werden. In Anbetracht des Zweckes wird erwartet, daß die Parteigenossen mit ihren Familien zahlreich erscheinen. Vorher dem Konzert und der Vorstellung wird auch der Gesangsverein durch Gesangsvorträge zur Verschönerung des Festes beitragen, so daß jeder Besucher des herrlichen Naturgartens auf seine Rechnung kommen wird.

Hohen-Schönhagen.

Eine längere Debatte entspann sich in der letzten Gemeindevertreterung über den Entwurf der Reichswertzuwachsteuer. Genosse Thiele zeigte den Bürgerlichen, wie bei Annahme dieses Gesetzes die Gemeinde benachteiligt würde. Es sei daher Pflicht der Vertreter, selbst eine solche Steuer einzuführen.

Trotzdem ließen sich die Bürgerlichen nicht überzeugen; einige unter ihnen langen wieder das bekannte Lied von der Fokage des Hausbesizers, die die Einführung einer solchen Steuer verbiete. Die Angelegenheit wurde schließlich gegen die Stimmen unserer Genossen vertagt. Vorher bewilligten die Bürgerlichen die Mittel für die Anschaffung einer Fahne auf das Verwaltungsgebäude. Desgleichen wurde dem Ankauf eines Grundstücks zum Preise von 4000 M. zugestimmt.

Weihensee.

Wegen die angeblich zu hohe Einschätzung zur Grundwertsteuer nahmen in einer Protestversammlung die Haus- und Grundbesitzer Stellung. Solche Protestversammlungen sind eine alljährliche Erscheinung und bringen durchaus nichts Neues; es wäre auch nicht nötig darauf einzugehen, wenn nicht diesmal die Herren Hausagrarier unverhüllt ihre Absicht kundgegeben hätten. Dem Steuerantrag gebühren bekanntlich außer sieben bürgerlichen Herren unsere Genossen Krenz und Seifert an. Diese Herren waren natürlich nicht zu der Versammlung geladen, da man unter sich sein wollte. Der Handelsmann Wergenthal, der sonst die Großen der Sozialdemokratie nicht verschmäht, bekundete als Vorsitzender des Grundbesitzervereins (alt) ganz offen, daß eigentlich nur die bösen Sozis an allem schuld seien. Nach dem „unabhängigen“ Grundbesitzerorgan hat er sich folgendermaßen geäußert: „Die Zusammenlegung der Einschätzungskommission müßte eine andere werden; solche Herren, die, wie die Sozialdemokraten, den sogenannten Zukunftsstaat vertreten, gehören nicht in die

Kommission. Und wenn demnachst für die Befegung des Steuer-
auschusses Vorschläge gemacht würden, so möchte er doch
bitten, gegen die Wahl solcher Herren zu stimmen.
Den Ausführungen folgte natürlich großes Händelsachen. Mund
heraus wurde von demselben Herrn gefordert, daß die erwählten
Gemeindevertreter nur für die Zukunft des Haus- und Grundbesitzes
zu sorgen haben. Wie die Herren getobt haben, ist aus dem Aus-
spruch des kleinen Herrn Krantenlassendandanten Brandt
zu erfahren: „Einen großen Erfolg können wir nur erzielen,
wenn wir so fahren, daß die breiteste Öffentlichkeit es
hört. Die Regierung muß erfahren, wie die Verhältnisse
in Weihensee liegen!“ Hierauf wurde eine lange Resolution an die
Gemeindevertretung und an die Regierung gegen die Stimme des
Schöffen Seberin angenommen. Der Passus, der auf unsere Ge-
nossen Bezug hat, besagt:

Die Versammlung ersucht eine anderweitige Zusammensetzung
der Einschätzungskommission für dringend notwendig und verlangt
unbedingte Ausschaltung von Personen, deren Programm den-
selben eine sachliche Behandlung der Einschätzung verbietet.
Sollte diese Resolution die Gemeindevertretung beschäftigen, werden
unsere Genossen die richtige Antwort schon zu geben wissen. Wobin
der Kurs weiter führt, geht aus folgenden paar Worten aus der
Resolution hervor: „Soziale Einrichtungen über die Steuerkraft des
Ortes hinaus sind unsozial“. Immer wieder wird betont, vor
sozialen Einrichtungen Halt zu machen. So nahm auch Herr König
das Wort, um seinen in letzter Zeit angezeigten Standpunkt be-
treffs des Ledigenheims richtig zu stellen. In der letzten Sitzung
der Gemeindevertretung seien unter dem Vorwand der verschiedenen
Sachen giftige Pfeile aus dem Hintergrunde gegen ihn geschleudert
worden; er stehe dennoch fest in der Ledigenheimfrage. Er habe
stets gegen das Ledigenheim gesprochen, und zwar aus dem Grunde,
weil die Hausbesitzer durch den Abgang der Mieter indirekt ge-
schädigt würden.

Oranienburg.
In einer auf dem Gehst des Genossen Reubert in Ralg statt-
gefundenen Volksversammlung sprach Genosse Eichhorn über
„Die politische Lage.“ Da der Versammlung eine Anzahl
Schiffer beiwohnten, streifte der Redner auch die Schiffabgabe,
außerdem kennzeichnete er im allgemeinen ihre traurige Lage. Am
Schlusse seines wirkungsvollen mit großem Beifall aufgenommenen
Referats forderte der Vortragende zur Stärkung der Kampfeskriegen
der Sozialdemokratie auf. Daß diese Mahnung nicht wirkungslos
blieb, bewies die erfreuliche Anzahl Neuaufnahmen für den Wahl-
verein.

Spandan.
Arbeiter-Samariterkassene Spandan. Die Genossen versammelten
sich am heutigen Sonntag, den 12. Juni, nachmittags 1/2 Uhr, zur
Demonstrationsversammlung auf dem Kommandamm bei Böhle,
Habelstr. 20. Abmarsch Punkt 2 Uhr.

Nowawes.
In der letzten Wahlvereinsversammlung wurden nach einem
Vortrag der Genossin Hoppe-Berlin über „Die Konsumvereine
als Machtmittel des Proletariats“ die Genossen Jahnke, Weinert
und Ufer in die Propagandakommission für den hiesigen Konsum-
verein gewählt. — Zur Verbands-Generalversammlung Groß-Berlins
wurden die Genossen Messerschmidt, Hr. Salzbrunn, Platz und
Brandt delegiert. — Beschlossen wurde, das Sommerfest des Wahl-
vereins am 14. August im Schmidtschen Lokal zu feiern. — Ferner
wurde die Aufnahme von 25 Genossen in den Wahlverein voll-
zogen.

Jugendveranstaltungen.

Borghagen-Rummelsburg-Stralau. Heute Sonntag, den 12. Juni,
veranstaltet der Jugendausschuß eine Befichtigung des Botanischen Gartens
in Dahlem. Treffpunkt mittags 12 Uhr im Jugendheim. Fahrt hin
und zurück 40 Pf. Um rege Beteiligung der Jugendlichen sowie auch der
Erwachsenen wird ersucht. Das Jugendheim bleibt Sonntag, den 12. und
19. Juni der Ausflüge wegen geschlossen.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus, Geschlossen.
Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Die die Allen jungen. Montag:
Die Journalisten. Dienstag: Der deutsche König. Anfang 7 1/2 Uhr.
Von Mittwoch an: Geschlossen.
Neues Königl. Opern-Theater. Sonntag: Margarete. Montag:
Leitan und Rade. Anfang 7 Uhr. Dienstag: Wagnon. Mittwoch:
Geschlossen. Donnerstag: Die Reiterfinger von Nürnberg. Freitag:
Lobengrin. Sonnabend: Die Reiterfinger von Nürnberg. Sonntag:
Ueberfall. Der verlorene Sohn. Montag: Lobengrin. (Krit. 7 1/2 Uhr.)
Deutsches Theater. Sonntag bis Freitag: Ueber unsere Kraft.
Sonnabend bis Montag: Laune des Verliebten. Juchitz und Holofernes.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches Theater (Kammertheater). Sonntag bis Dienstag:
Jakob und Arisioff. Mittwoch bis Freitag: Liebeswälder. Anfang 8 Uhr.
Freitag-Abend: Ueber den Tod. Samstag: Kaiserinlast. Anfang
8 Uhr.
Berliner Theater. Abends bis auf weiteres: Kaffan. Anfang 8 Uhr.
Neues Theater. Täglich: Die goldene Mittelzeit.
Neues Schauspielhaus. Täglich: Der Pflüger. Anfang 8 Uhr.
Schbell-Theater. Täglich: Dem gehört Helene? Koffertier.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Römische Oper. Sonntag: Die verkaufte Braut. Montag: Der
polnische Jude. Dienstag: Jigawerle. Mittwoch: Die Land. Donnerstag
bis Montag: Der Regimentepapa. Anfang 8 Uhr.
Thalia-Theater. Abends bis Freitag: Charleys Kante. Anfang 8 Uhr.
Kleines Theater. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Koral. Abends bis:
Kur ein Traum. Anfang 8 Uhr.
Schiller-Theater O. Sonntag bis Dienstag: Die jüdischen Ver-
wandten. In Jüdis. Mittwoch: Jansenreich. Donnerstag: Der Bibliothekar.
Freitag: Die jüdischen Verwandten. In Jüdis. Sonnabend: Fiedlo.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Der Wasserhahn. Abends und Montag: Die
Dollarprinzessin. Anfang 8 Uhr.
Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Goldfische. Abends und Montag: Der Bibliothekar. Dienstag: Die Liebe
macht. Mittwoch: Der Bibliothekar. Donnerstag: Die jüdischen Ver-
wandten. In Jüdis. Freitag und Sonnabend: Die Katakomben. Sonntag
und Montag: Der Bibliothekar. Anfang 8 Uhr.
Frederich-Weinmühlisches Schauspielhaus. Abends bis:
Scherlo Dalme. Anfang 8 Uhr.
Volksoper. Abends bis: Der Herr Becktelidger. Anfang 8 1/2 Uhr.
Kaisers-Theater. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Ob mich frei!
Abends bis: Lena Barnatzen. Anfang 8 Uhr.
Neues Operetten-Theater. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Die
Dollarprinzessin. Abends bis: Der Graf von Luxemburg. Anfang 8 Uhr.
Volksoper. Abends bis: Das Reutnantsmädchen. Anfang 8 Uhr.
Kaisers-Theater. Sonntag bis Mittwoch: Einjährig-Unterrichtl.
Donnerstag bis Montag: Bach- und Schützengesellschaft. Anfang 8 Uhr.
Apollo-Theater. Abends bis: Nabara. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Palais Caprice. Abends bis auf weiteres: Pariser Oper.
Verführungslist. Anfang 8 1/2 Uhr.
Metropol-Theater. Abends bis: Hallo! Die große Revue!
Anfang 8 Uhr.
Vasage-Theater. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Spezialitäten.
Abends bis: Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Wintergarten. Abends bis: Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Burggarten. Täglich: Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen-Theater. Abends bis: Steilener Sänger. Anfang
8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Karl Haverland-Theater. Abends bis: Spezialitäten.
Walhalla-Theater. Abends bis: Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Urania-Theater. Landstr. 48/49. Sonntag: Von der Jagdige
zum Wagnern. Montag: Die Gletscher der Hochgebirge. Dienstag: Im
Himmelsland des Oberengadins. Mittwoch: Im Lande der Ritterschloss.
Donnerstag: In den Dolomiten. Freitag: Im Lande der Ritterschloss-
sonne. Sonnabend: Von der Jagdige zum Wagnern. Sonntag: Ueber
den Brenner nach Venedig. Montag: Unbestimmt. Anfang 8 Uhr.
Stierwarte, Invalidenstr. 57-62.
**Antlicher Marktbericht der Köchlichen Markthallen-Direktion über
den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch:**
Zuliefer schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Eib: Zuliefer ge-
nügend, Geschäft ruhig, Preise bescheiden. Geflügel: Zuliefer in
Gänzen über Bedarf, sonst genügend, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise
nicht bescheiden. Fisch: Zuliefer sehr reichlich, Geschäft schleppend,
Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise
unverändert. Gemüse, Obst und Säfte: Zuliefer reichlich,
besonders in Erdbeeren und Gurken, Geschäft rege, Preise wenig verändert.

Allgemeine Familien-Streckkaffe. Heute Sonntag von 3-6 Uhr:
Sagplatz Kaserstr. 123 bei Bernke.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenkronde findet Lindenstr. Nr. 60, vom
vier Treppen - Fahrstuhl -, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends,
Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder Anfrager ist
zu Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche
Antworten werden nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Ehren-
kronde vor.
134. 521. Die Kündigung wirkt zum 1. Juli. — Niddorf 53. Be-
schaffen Sie sich von dem Vorkreuzer Qualitätskarte und lassen Sie für
zwei Jahre nach. Gleichzeitig geben Sie der Landesversicherungsanstalt den
Sachverhalt bekannt mit dem Ersuchen, unter den obwaltenden Umständen
von der Befreiung abzusehen. — G. M. 15. Das ist wahrscheinlich eine
leiblich für das Lazarett bestimmte Ordnungszimmer. — G. M. 12. Die
Kosten richten sich nach dem Objekt. — G. M. 1. Raagant, Kaffaus.
2. Oberpostdirektion. 3. Eisenbahndirektion. 4. Nicht bekannt. — G. M. 15.
Verboden ist das nicht. — H. G. W. Die Aufrechnung ist nicht mehr zu-
lässig. Ihr Anspruch ist verjährt. — H. G. 100. Sie haben Anspruch
auf Rückgabe der Urkunden. — H. G. 20. Bei der Erbschaftsamt-
schaft. — H. G. 25. Die Klage ist beim Landgericht Debus anzustrengen.
Der Antrag auf Revozierung des Kassenrechts und Befreiung eines
Rechtsanwalts kann zu Protokoll des Gerichtsschreibers des hiesigen Amts-
gerichts erklärt werden. — G. M. 2. Der Anspruch ist verjährt. — Löwe 1.
Eine Anzeige ist zwecklos, da Sie keine ausreichenden Beweise haben. —
G. M. 10. Der Anspruch verjährt erst Weihnachten 1910. Bis dahin muß
die eventuelle Klage zugestellt sein. — G. M. 1. Bei dem Gericht, in
dessen Bezirk der Schuldner seinen Wohnsitz hat. 3. Pfändung der — im
Sinne des Gesetzes — entbehrlichen Sachen ist zulässig. 3. Ein 4. Lohn
über 38,85 M. wöchentlich kann durch Befehl des Vollstreckungsgerichts
gepfändet werden. — G. M. 1. Das Verlangen der Steuerbehörde ent-
spricht leider dem Gesetz. — G. M. 1. Kein 2. Möglicherweise. Sonst
bleibt nur Klage übrig. — H. G. 9. Sie halten eine Klage gegen die
Gefellshaft für nicht ausschlüssig. — G. M. 70. Nach Ablauf von zehn
Monaten. — G. M. 14. 1. 60 000 M. 2. 30 000 M. — M. 56.
Die Angehörigkeit zur Kirchengemeinde verleiht nicht gegen das Programm.
— M. 2. 6. 1. Der Verwalter ist an den Vertrag nicht gebunden.
Ferdern Sie unter Mitteilung von dem Vertragsschluß den Verwalter unter
Erhebung einer Feil auf, ob er Erfüllung beanprucht oder nicht. 2. Kein.
Einpruch binnen 30 Tagen. — G. M. 2. Ein brieflicher Unterricht
ist nicht empfehlenswert. Und sind auch keine Arbeitervereine bekannt, die
diesfälligen Unterricht erteilen. — G. M. 1. 1. Nach Bürgerlichem Gesetzbuch
erhält die Witwe ein Viertel, die Kinder und die Kindesinder erhalten zu-
sammen drei Viertel. Die Kinder, gleichgültig, ob aus erster oder zweiter
Ehe, erben zu gleichen Teilen, die Kinder des Sohnes erhalten zu
gleichen Teilen den diesen gebührenden Teil. Ist die Ehe
vor dem 1. Januar 1900 geschlossen, so kommt eventuell das
für den ersten Ehegatten maßgebende alte Gesetz in Frage.
G. M. 31. Ihre Darstellung ist unerschütterlich. Kommen Sie in die
Sprechstunde. — G. M. 2. Streit. Anspruch auf Lehrgeld besteht nicht. Sie
können Ihren Restanspruch von 5 M. einlagern. — G. M. 76. Sie
haben Anspruch auf eine vierzehntägige Kündigungsfrist. — G. M. 7. Ja.

Wasserstands-Nachrichten

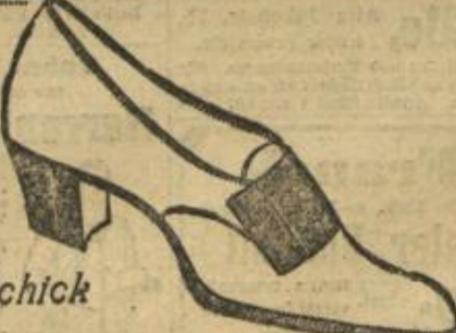
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner
Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit	
	10. 6.	9. 6.	10. 6.	9. 6.
Bemmel, Mühl	53	—3	56	—4
Bregel, Zinherburg	—3	—2	36	—4
Beichel, Thon	8	—4	51	0
Ober, Kaffbor	105	—8	57	0
Kroffen	90	—1	69	0
Frankfurt	104	—5	80	—13
Barthe, Schrimm	—2	—1	—	—
Landsberg	—1	—2	532	—2
Rehe, Forbamm	—25	—3	233	—6
Elbe, Zeitmery	—11	+13	281	+3
Dresden	—145	—4	75	—17
Barbo	88	—2	111	—4
Waggeburg	99	—7	67	+11

+) + bedeutet Sturz, — Fall, Unterpegel.

PUMPS
ausgeschnittener Straßenschuh
mit breiter Krawattenschleife

Elegant ■ Leicht ■ Schick



Weiß Leinen 5.90
Schwarz, braun, weiß, samisch Leder 7.50
Weiß, beige u. lila Serpolotstoff, unübertroffen preiswert 9.50
hochglanz. Goodyear Welt
Braun, schwarz Chevreux u. Lackleder Goodyear Welt 11.50

Unübertroffene Leistungsfähigkeit für modernste
Herren- und Damenstiefel in schwarz und farbig.
in den Hauptpreislagen
8.90 10.50 12.50 15.50

Leiser
Schuhhaus größten Stils

Leipziger Str. 65 Oranienstraße 47a
Königstraße 34 Müllerstraße 3a
Oranienstraße 34 Rixdorf, Bergstr. 7-8

Leichte Kleidung

Sommer-Joppen
Tausendfältige Auswahl 6.— 5.— 4.— 3.—
verschiedenst. Waschtstoffe 2.25 1.90 1.50 85 Pf.

Lüster-Jacketts
Tausendfältige Auswahl 18.— 14.— 12.— 8.—
schöner Lüster-Moden . . . 6.— 4.50 3.— 1.85

Knaben-Waschanzüge
Hübche Fassons 6.— 5.— 4.— 3.—
weiß und gestreift 2.50 2.— 1.50 90 Pf.

Schüler-Waschanzüge
Joppen- und Norfolk-Fassons, 8.— 6.— 5.—
einfarbig und kariert 4.— 3.— 2.50

Flanell-Anzüge Flanell-Hosen Touristen-Joppen.
Lüster-Anzüge Schilfl-Hosen Blaue Joppen
Weiße Anzüge Weiße Hosen Loden-Joppen
Panama-Hüte Leichte Wäsche Leichte Mützen

Wasch-Westen Schöne Muster Einzeln 2.25 3 Stück für 6.50



„Schweizerhof“
Melerei und Milch-Kuranstalt
liefert
Vollmilch u. Kindermilch
zu jeder Tageszeit
frei Haus zu den üblichen Preisen.
Lieferant der Konsumgenossenschaft
Berlin und Umgegend.
Besichtigung der Melerei jeder-
mann Sonntags, nachmittags 3 bis
5 Uhr, gestattet.

Bildschön
macht ein zartes, reines Gesicht, rosiges jugendfrisches Aus-
sehen, weiße sammetweiche Haut und blendend schöner Teint.
Alles dies erzeugt die allein echte
Steckenpferd-Lilienmilch-Seife
von Bergmann & Co., Radedeul, à St. 50 Pfg. Überall zu haben.

Sophien-Säle Sophienstraße 17/18
Querstraße der Rosenthaler Straße —
am Hackeschen Markt
Inhaber: **Paul Bantz**
empfiehlt seine von 40—2000 Personen besuchten Säle zu Versammlungen
Vorträge- u. Kunstabenden usw. Vorzügl. Rüstst. Kulant. Entgegenkommen

BAER SOHN
Chausseestraße 29/30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurterstr. 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10
Der Haupt-Katalog No. 39 (Neueste Moden) auf Wunsch kostenlos und portofrei.

Freund Enge!
Wir gratulieren zum heiligen
Tage und begießen Deine Rechts-
kraft!
25076
Deine Kollegen.

Unserem lieben Kollegen
Albert Keitel
zu seinem 60. Geburtstag
die herzlichsten Glückwünsche.
Wir wünschen ihm, der
jederzeit bereit war, durch
Brot und Tat unsere gemein-
samen Interessen zu fördern,
einen recht bequemen und sorgen-
freien Lebensabend. 24906
Die Kollegen der Firma
F. Schuchhardt.

Unserem Genossen
Karl Lehmann nebst Frau
zur Silbernen Hochzeit die herz-
lichsten Glückwünsche. 25196
Die Genossen des Bezirkes.

Unserem Vereinswirt
Heinrich Sauerweier
nebst **Gemahlin**
die herzlichsten Glückwünsche
zur Silberhochzeit!
Lotterie-Verein
„**Hoffnungslos**“.

Unserem Bezirksführer
Heinrich Sauerweier
nebst **Frau**
die besten Glückwünsche zur
Silberhochzeit!
Die Genossen des Bezirkes
728 a. Abt. 6. B. R. - W.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für
Treptow-Baumschulenweg.
Am 10. d. M. verstarb unser
Mitglied, der Graveur
Max Böhm
8. Bezirk
im 28. Lebensjahre nach langem
schweren Leiden an der Proletarier-
krankheit.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mon-
tag, den 13. d. M., nachmittags
4 Uhr von der Leichenhalle des
Trepptower Gemeinde-Friedhofes,
Rene Krug-Allee, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
25021/10

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Dreher
Gustav Müller
am 9. Juni an Krebsverfallung
gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Montag, den 13. Juni, nachmittags
4 Uhr, von der Leichenhalle des
Gemeinde-Friedhofes in Treptow,
Rene Krug-Allee, aus statt.
Ferner starb unser Mitglied, der
Graveur
Max Böhm
am 10. Juni.
Die Beerdigung findet am
Montag, den 13. Juni, nachmittags
4 Uhr, von der Leichenhalle des
Gemeinde-Friedhofes in Treptow,
Rene Krug-Allee, aus statt.
Ferner starb unser Mitglied, der
Dreher
Karl Koch
am 10. Juni.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 14. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung wird erwartet
116/20 Die Ortsverwaltung.

Todesanzeige.
Nach langem Leiden verstarb
am 10. d. M. mein lieber Mann,
der Schraubendreher
Karl Koch
im 67. Lebensjahre. 25175
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 14. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, in Friedrichsfelde
statt.
Breslauerstr. 6. Frau Koch.

Verband der Fabrikarbeiter
Deutschlands.
Zahlstelle Groß-Berlin. Bezirk
Zornsdorf.
Am 8. Juni verstarb nach
längerem Krankenlager unser Mit-
glied
Wilhelm Kleemann.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 12. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, vom Trauer-
haus aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
63/14 Die Ortsverwaltung.

Am 10. d. M. verstarb nach
langem Leiden mein innigst-
geliebter Sohn, unser guter Vater,
Bruder, Schwager und Onkel,
der Steindrucker
Fritz Noack
im Alter von 41 Jahren.
Dies zeigt liebetriibt an
Wwe. Elise Noack.
Die Beerdigung findet am
Montag um 1/5 Uhr von der
Leichenhalle des St. Thomas-
Kirchhofes in Rigdorf aus statt.

Invaliden-Unterstützungskasse
d. **Steindrucker u. Lithographen.**
Die Beerdigung des am 10. Juni
verstorbenen Steindruckers
Friedrich Noack
findet am Montag, den 13. Juni,
nachmittags 4 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des St. Thomas-Kirch-
hofes, Rigdorf, Hermannstraße,
aus statt. Das Komitee.

Frettagabend starb nach längerem
Leiden mein lieber Mann, unser
guter Vater, der Buchdruck-
maschinenmeister
Bruno Streubel
in noch nicht vollendetem 29. Lebens-
jahre. 25025
Diesbetriibt zeigen die
Laise Streubel und Kinder.
Beerdigung Dienstag 5 Uhr,
Zentralfriedhof Friedrichsfelde.

Nachruf!
Am 10. Juni verstarb nach langen
Leiden unser langjähriger Kollege
und Mitarbeiter, der Buchdrucker
Bruno Streubel.
Sein ehrliches, aufrichtiges Wesen
sichert ihm bei uns ein dauerndes
Andenken!
Das Personal 25025
der Fabrik Hing, Mariendorf.

Allen Verwandten, Freunden,
Kollegen und Genossen die traurige
Nachricht, daß am 9. d. M. unser
geliebter Vater
Gustav Kollé
im Alter von 52 Jahren an Herz-
lähmung erkrankt ist.
Um stille Teilnahme bitten
die trauernden Kinder Paul und
Frieda Kollé,
Tegel, Schöneberger Straße 29.
Die Beerdigung findet Son-
ntag, nachmittags 4 Uhr, von der
Tegeler Leichenhalle aus statt.

Allen Verwandten, Freunden,
Kollegen und Genossen die traurige
Nachricht, daß am 9. d. M. unser
geliebter Vater
Gustav Kollé
im Alter von 52 Jahren an Herz-
lähmung erkrankt ist.
Um stille Teilnahme bitten
die trauernden Kinder Paul und
Frieda Kollé,
Tegel, Schöneberger Straße 29.
Die Beerdigung findet Son-
ntag, nachmittags 4 Uhr, von der
Tegeler Leichenhalle aus statt.

Todes-Anzeige.
Am Donnerstag, den 9. Juni,
nachmittags 3 1/2 Uhr, entschlief
sanft, uns allen unerwartet, meine
innigstgeliebte Frau, unsere treu-
sorgende Mutter, Schwiegermutter,
Großmutter und Schwester
Pauline Lebender
geb. **Wittke**
im 52. Lebensjahre. 58103
Im Namen der Hinterbliebenen
der liebtverwandten Gatte
Konrad Lebender.
Die Beerdigung findet am
Montag, den 13. Juni, nachm.
4 1/2 Uhr, vom Wichow-Strand-
haus aus nach dem städtischen
Friedhofe, Müllerstraße, Ecke See-
straße statt.

Für die vielen Beweise der Teil-
nahme bei der Beerdigung unseres
lieben Sohnes
Karl Kohlt
sagen wir allen Freunden, Kollegen
und Bekannten unseren herzlichsten
Dank.
Karl Kohlt und Frau.

Danksagung.
Für die vielen Beweise tugiger
Teilnahme, die mir von allen Kollegen,
Freunden und Bekannten meines ge-
liebten Mannes, des Steinmehrs
Hermann Golling
heute am Grabe zuteil geworden sind,
spreche ich auf diesem Wege meinen
herzlichsten Dank aus. 24996
Schöneberg b. Berlin, 10. Juni 1910.
Die tiefgebeugte Witwe
Minna Golling nebst Kindern.
Von der Reise zurück 68/9
Dr. Paul Christeller,
Direksenstr. 21.

Die Harnleiden
ihre Gefahren, Verhütung und
Beseitigung von
Dr. med. Schaper,
BERLIN — Preis 1 Mark.
1700 Tausend.
Verlag Max Richter, Frankfurt, Oder
Bismarckweg.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung
elegant. Herren- und
Knaben-Garderobe
fertig und nach Maß,
feinste Verarbeitung.
S. Boltzsch,
Frankfurter Allee 75, 1
Eingang Tilsiter Straße.

W. Hermann Müller,
Berlin, Magazinstr. 14.
Beschnittene Java-Einlage
a. Pfd. R. 1.15 verkauft,
fertig zum Verarbeiten.
Beschnittene Brasil-Einlage
a. Pfd. R. 1.20 verkauft, gute
Qualität.

Syphilis-Nachweis
in allen frisch u. veraltet. zweifelhaft.
Fall. durch wissenschaftl. Untersuchung.
sicher; beagl. Darm- (bes. auf Gon-
orrhoe-Aiden) u. Spilium-Analyse.
Dr. Hameyer & Co., Spezial-Laborat.,
Friedrichstr. 189, im Strassen-
und Röhrenhause, I. 8724. Verf. Rückspr.
bist. u. kostenl. Geöffnet von 8-8
Sonntags von 12-1.

Hier ist's ja! — Ja, ja hier bei
WESTMANN
Mohrenstrasse 37a Grosse Frankfurter Str. 115
nahe Hausvogtel-Platz nahe Andreasstr.
ist jetzt grosser
Inventur-Ausverkauf
wo das Neueste der letzten Saison
so vorteilhaft billig verkauft wird!
Hier gibt's
Sommer-Gebirgs-Kostüme, Sommer-Reise-Mäntel
Pelerinen, Kleider, Röcke, Blusen, Kimonos
Jackets, Reckfisch-Konfektion
in allen Größen und Ausführungen
für teilweise die Hälfte, ein Drittel, ja sogar
bis ein Viertel der Saison-Preise:
früher bis M. 20.—
jetzt zum Teil M. 7.—, 9.—, 11.—, 12.—
früher bis M. 48.—
jetzt zum Teil M. 16.—, 17.50, 20.—, 22.50
früher bis M. 98.—
jetzt zum Teil 20.—, 34.—, 38.—, 42.— usw.
bis zu den vornehmsten Ausführungen!
Auf Wunsch: gratis 3/4 Meter Stoff an
einem Rock bei Einkauf von M. 12.— an.
Trauer-Westmann ges. gesch.
Sonder-Abteilung für fertige schwarze Konfektion,
Mäntel, Kleider, Blusen, Hüte etc.
Sonntags geöffnet 8-10, 12-2.

W. Hermann Müller,
Berlin, Magazinstr. 14.
Beschnittene Java-Einlage
a. Pfd. R. 1.15 verkauft,
fertig zum Verarbeiten.
Beschnittene Brasil-Einlage
a. Pfd. R. 1.20 verkauft, gute
Qualität.

W. Hermann Müller,
Berlin, Magazinstr. 14.
Beschnittene Java-Einlage
a. Pfd. R. 1.15 verkauft,
fertig zum Verarbeiten.
Beschnittene Brasil-Einlage
a. Pfd. R. 1.20 verkauft, gute
Qualität.

W. Hermann Müller,
Berlin, Magazinstr. 14.
Beschnittene Java-Einlage
a. Pfd. R. 1.15 verkauft,
fertig zum Verarbeiten.
Beschnittene Brasil-Einlage
a. Pfd. R. 1.20 verkauft, gute
Qualität.

„Hoffnung“
Berliner Schneideri-Genossenschaft
E. G. m. b. H.
Zwischen Rosenthaler Brunnenstr. 185 Zwischen Rosenthaler
Tor u. Invalidenstr. Tor u. Invalidenstr.
Gegr. i. Februar 1906 v. organisiert Schneidorgelhilfen Berlins.
Empfehlen sich allen
Arbeitern, Parteigenossen
und **Mitbürgern** zur Anfertigung eleganter

Herren- u. Knabengarderobe
Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge.
Große Auswahl in
Sommer-Paletots, Ulster, Radfahranzügen u. Fant.-Westen
in allen Größen und Preislagen sowie
Arbeiter-Berufs-Kleidung.
Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in
eigenen **Betriebswerkstätten** unter den von
unserer Organisation festgelegten Bedingungen.
Lieferanten 103/1*
der **Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend,**
des **Charlottenburger Konsum-Vereins** sowie des
Arbeiter-Radfahrerbundes.
NB. Wir weisen besonders darauf hin, daß wir nur für
eigenen Bedarf fabrizieren und unsere Waren in keinem
anderen Geschäft zu haben sind.

Sportshaus Ziegenhals Bahnhofstation Zeuthen,
Post Niederlehme.
Telephon Königs-Wusterhausen 176.
Empfehle den Vereinen, Gewerkschaften, Fabriken und Gesellschaften
mein herzlich am Kaffee gelegenes Lokal zu Dampfparties und
Ausflügen. — Beteiligungen nehme auch in meinem Berliner Geschäft:
Restaurant **von Leuchtturm, Fontane-Promenade 10** (Tel. Amt IV. 173),
entgegen. Auch stehen **Dampfer** und **Motorboote** zur Verfügung.
Max Mörschel.

Charlottenburg.
S. Hoffmann, Wilmersdorfer Straße 12
Ecke Schulstraße
empfehlen sein reichhaltiges Lager von
selbstangefertigten **Sommer-Anzügen und Paletots**
für **Herren und Knaben** zu sehr soliden Preisen.
Maß-Anzüge aus den modernsten Stoffen von 45.— M. an
in eigener Betriebswerkstätte.

Borussia-Säle 6/7 Ackerstraße 6/7
Telephon Amt III, 2674
Inhaber: **Georg Wolfgramm**
empfehlen seine vier Säle, 100 bis 800 Personen fassend, zu Ver-
sammlungen und Festlichkeiten. 5750L*
(mit Bühne), 600 Personen fassend, noch
einige Sonnabende und Sonntage frei.

W. Kuhes Festsäle, Alte Jakobstr. 75,
früher Feuerstein.
Empfehle meine Säle zu jeder Art Festlichkeiten und Veranstaltungen. Für
Sommereulte prachtvoller Garten mit Bühne und Kaffeehaus noch an einigen
Sonntagen ohne Bedingungen zu vergeben. Fernspr. Amt I Nr. 867.

Heinrich Franck
Tel.: Amt III 4352. **Brannenstraße 185. 8-7 Uhr geöffnet.**
1908er Bühlerthaler Umblatt
leuchtet sehr blattig, 130 Pfg. feinste Ortschaft,
lotter Blattbrand, 130 Pfg. vorzt. vorzt. Geschmack
Zusendung in Berlin kostenfrei und schnellstens.
Besichtigen Sie mein großes Lager!
Sorgfältige und schnelle Bedienung.

W. Hermann Müller,
Berlin, Magazinstr. 14.
Beschnittene Java-Einlage
a. Pfd. R. 1.15 verkauft,
fertig zum Verarbeiten.
Beschnittene Brasil-Einlage
a. Pfd. R. 1.20 verkauft, gute
Qualität.

Syphilis-Nachweis
in allen frisch u. veraltet. zweifelhaft.
Fall. durch wissenschaftl. Untersuchung.
sicher; beagl. Darm- (bes. auf Gon-
orrhoe-Aiden) u. Spilium-Analyse.
Dr. Hameyer & Co., Spezial-Laborat.,
Friedrichstr. 189, im Strassen-
und Röhrenhause, I. 8724. Verf. Rückspr.
bist. u. kostenl. Geöffnet von 8-8
Sonntags von 12-1.

Hier ist's ja! — Ja, ja hier bei
WESTMANN
Mohrenstrasse 37a Grosse Frankfurter Str. 115
nahe Hausvogtel-Platz nahe Andreasstr.
ist jetzt grosser
Inventur-Ausverkauf
wo das Neueste der letzten Saison
so vorteilhaft billig verkauft wird!
Hier gibt's
Sommer-Gebirgs-Kostüme, Sommer-Reise-Mäntel
Pelerinen, Kleider, Röcke, Blusen, Kimonos
Jackets, Reckfisch-Konfektion
in allen Größen und Ausführungen
für teilweise die Hälfte, ein Drittel, ja sogar
bis ein Viertel der Saison-Preise:
früher bis M. 20.—
jetzt zum Teil M. 7.—, 9.—, 11.—, 12.—
früher bis M. 48.—
jetzt zum Teil M. 16.—, 17.50, 20.—, 22.50
früher bis M. 98.—
jetzt zum Teil 20.—, 34.—, 38.—, 42.— usw.
bis zu den vornehmsten Ausführungen!
Auf Wunsch: gratis 3/4 Meter Stoff an
einem Rock bei Einkauf von M. 12.— an.
Trauer-Westmann ges. gesch.
Sonder-Abteilung für fertige schwarze Konfektion,
Mäntel, Kleider, Blusen, Hüte etc.
Sonntags geöffnet 8-10, 12-2.

Hier ist's ja! — Ja, ja hier bei
WESTMANN
Mohrenstrasse 37a Grosse Frankfurter Str. 115
nahe Hausvogtel-Platz nahe Andreasstr.
ist jetzt grosser
Inventur-Ausverkauf
wo das Neueste der letzten Saison
so vorteilhaft billig verkauft wird!
Hier gibt's
Sommer-Gebirgs-Kostüme, Sommer-Reise-Mäntel
Pelerinen, Kleider, Röcke, Blusen, Kimonos
Jackets, Reckfisch-Konfektion
in allen Größen und Ausführungen
für teilweise die Hälfte, ein Drittel, ja sogar
bis ein Viertel der Saison-Preise:
früher bis M. 20.—
jetzt zum Teil M. 7.—, 9.—, 11.—, 12.—
früher bis M. 48.—
jetzt zum Teil M. 16.—, 17.50, 20.—, 22.50
früher bis M. 98.—
jetzt zum Teil 20.—, 34.—, 38.—, 42.— usw.
bis zu den vornehmsten Ausführungen!
Auf Wunsch: gratis 3/4 Meter Stoff an
einem Rock bei Einkauf von M. 12.— an.
Trauer-Westmann ges. gesch.
Sonder-Abteilung für fertige schwarze Konfektion,
Mäntel, Kleider, Blusen, Hüte etc.
Sonntags geöffnet 8-10, 12-2.

Das
arbeitende
schaffende Volk
bevorzugt



das Haarpflegemittel
Shampoo
mit dem
schwarzen Kopf.

Es macht das Haar schuppenfrei,
voll und glänzend, beseitigt über-
mäßige Fettbildung der Haare,
reingt die Kopfhaut, erfrischt die
Nerven und gibt spürlichem Haar
ein volles Aussehen. Man ver-
lange beim Einkauf ausdrücklich
„Shampoo mit dem schwarzen
Kopf“ und weise alle Fabrikate
ohne diese Schutzmarke energisch
zurück. — Zu volkstüm-
lichen Preisen pr. Paket
mit Veilchengeschmack **20 Pf.**
7 Pakete in elegantem Karton
1,20 M. in Apotheken, Droge-
n, Parfümerie- u. Friseurgeschäften
käuflich. Alleiniger Fabrikant:
Hans Schwarzkopf,
G. m. b. H.
Berlin N. 37.

Ungewitter's
Kautabak

Patente
und **Erfindungen.**
Erwerbung, Vertretung und Rat
von guten Patenten. Rollenlose Beug-
achtung und Materialprüfung täglich
10-11 Uhr vormittags, auch Sonntags.
Ingenieurbureau
Bierhals & Engelhardt,
Berlin W. 35, Pilsenerstraße 85b
Telephon: VI 9064. 21200*

Schneiderei
für elegante
Herren-Moden
Fertig und nach
Maß. — Garan-
tie für tadelloste
Sitz und beste
Verarbeitung. Auf
Teilzahlung
Wochenrate von
1 Mk. an.
J. Kurzberg
Rosenthalerstr. 40
direkt am Hacke-
schen Markt, im
Laden u. L. Etage.



Hygienische
Brotartikel. Neuest. Katalog
in. Empfehle viel Aerte u. Prof. grad. u. g.
H. Vager, Quamineralbrot
Berlin NW. Friedrichstraße 119

Wachet auf!
Worte eines Freundes der Natur-
heilmethoden (50 Pf.)
von Dr. med. Adolf Schlessinger,
prakt. Naturarzt und Magnetopath
in Berlin.
Kranken zum Trost!
Gesunden zur Belehrung!
Eine mehrfach populär gehaltene,
aus der Praxis geschöpfte 74 Seiten
starke Streifenschrift, die mit unerbitt-
licher Schärfe und Logik, belegt durch
zahlreiche Beispiele, zu den Streitfragen
des Tages: „Der Schulmedizin — hier
Ratun heilbar“ Stellung nimmt.
Zum Preise von 50 Pf. in jeder Buch-
handlung erhältlich oder gegen Ein-
sendung von 50 Pf. direkt durch den
Kommissionsverlag **Otto Walter,**
G. m. b. H., Leipzig 5. 250/8*

Reste
Damentuche, schwarz u. farbig,
Kostümstoffe, neue, Reil, Seide,
Sammet, Bosätze, Futterstoffe,
Plüsch zu Mänteln, Chev.-Kamm-
garne zu Stroben-Kinzigeln.
Konfektion:
Paletots, Jackets, Staubmäntel,
Kostüme, Kostüm-Röcke.
Stets Gelegenheitskäufe!
Paul Karle,
Warschauerstr. 18. (*)

Land- u. Waldparzellen,
weil aus erster Hand, von 4 R. an pro
Qu.-M. nahe Bismarck-Friedrichsdorf gelegen.
Otto Breneke, Peteröbagen.

Verkäufe.

Leppiche (sehr gute) Gelegenheitskauf... Teppiche (sehr gute) Gelegenheitskauf... Kleider... Möbel...

Durch Rauch und Staub beschädigte Gardinen... Teppiche... Kleider... Möbel...

Nigarrengeheft, alles gangbar... Möbelverkauf... Kleider... Möbel...

Möbelverkauf, Rudolf Barth... Kleider... Möbel... Musik...

Piano, großes, freigelegt... Kleider... Möbel... Musik... Zimmer...

Möbliertes Schlafzimmer... Kleider... Möbel... Musik... Zimmer... Arbeitsmarkt... Stellenangebote... Vermietungen... Wohnungen... Achtung! Holzarbeiter...